56. JAHRGANG · NUMMER 1/2 · 14. MÄRZ 2015 · EUR 3,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

GRIECHENLAND NACH DER WAHL:

Kahlschlags-Diktat abgewählt – doch der Kampf hat erst begonnen

Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 25. Januar 2014 wurde SYRIZA mit Abstand die stärkste Partei. Die faschistische »Goldene Morgenröte« zog zwar wieder mit über 6 Prozent ins Parlament ein, ihr weiterer Aufstieg konnte allerdings zunächst gebremst werden. Dennoch, sie wurde zur drittstärksten Partei im Parlament und wartet auf ein Scheitern der neuen Regierung, wovon sie sich einen gewaltigen Auftrieb erhofft.

Während sich in Mittel- und Nordeuropa die politischen Kräfteverhältnisse nach rechts verschieben, gab es in Griechenland einen kräftigen Linksruck. Dies ist in erster Linie den zahlreichen Initiativen der Selbsthilfe und den Aktivitäten der Basisgewerkschaften zu verdanken. Ohne die gelebte Solidarität, beispielsweise in den sozialen Gesundheitszentren, ohne die vielfältigen Formen des Widerstandes wären sicherlich mehr verarmte und enttäuschte WählerInnen den faschistischen Demagogen auf den Leim gegangen. Syriza verdankt seinen Wahlerfolg wesentlich dem unermüdlichen Einsatz der unzähligen AktivistInnen aus dem sozialen und politischen Widerstand im ganzen Lande.

Mit der Bildung der neuen Regierung werden die vielfältigen Initiativen der sozialen Selbst- und Nachbarschaftshilfe und des politischen Widerstandes nicht überflüssig. Ganz im Gegenteil – ihre Möglichkeiten der politischen und außerparlamentarischen Mobilisierung entscheiden mit darüber, ob Syriza dem Druck ihrer äußeren und inneren Feinde standhalten kann. Dieser Druck ist enorm, wie die Reaktionen auf die ersten Beschlüsse der neuen Regierung zeigen. Die EU-Administration in Brüssel und die große Koalition in Berlin beharren auf der Erfüllung der Abmachungen, die man der alten Samaras-Regierung so reibungslos diktieren konnte. Sie drohen dem verschuldeten Land mit ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Erpressungsinstrumenten. Zeitgleich werden wir Zeuge einer medialen Hetzkampagne gegen die unbotmäßige Regierung. Das griechische Beispiel soll auf keinen Fall Schule machen.

Mit den ersten Maßnahmen versucht die durch Syriza geführte Regierung die ärgsten Folgen der sozialen und demokratischen Demontage zu beseitigen. Die Tarifautonomie, d.h. das Tarifvertragswesen, wird wieder hergestellt. Die Privatisierung zahlreicher öffentlicher Betriebe und Leistungen wurde ausgesetzt. Die Gesundheitsversorgung für alle, auch für die drei Millionen aus jeglicher Sozialversicherung gedrängten Menschen, soll wieder in Kraft treten. Der Mindestlohn und die Minirenten sollen angehoben werden. Dies ist ein glatter Bruch mit der Austeritätspolitik (Kahlschlags-Diktat), wie sie den Regierungen der EU auf Betreiben der Bundesregierung verordnet wurde.

Die Konstrukteure und Nutznießer der Austeritätspolitik – in Griechenland als auch in Europa – werden alles daran setzen, dem griechischen linken Aufbruch ein Ende zu bereiten bevor er in Spanien, Portugal, Italien oder anderen Staaten der EU Nachahmung findet. Die herrschende Klasse in Griechenland, an deren Spitze ein gutes Dutzend Familien steht (Reedereien und Bauunternehmen), kontrolliert über ihre privaten Medien nicht nur die Presselandschaft. Ihre engen Beziehungen in den Staatsapparat – in Justiz, Polizei, Militär, Geheimdienst, als auch in die Steuerbehörden – wird sie nutzen, um ihre bisherigen Privilegien zu sichern. Bisher waren diese Familien entweder von Steuerzahlungen befreit, wie beispielsweise die Reeder, oder sie blieben von der Steuerfahndung verschont. Die Privilegien, die Steuerhinterziehung und die Korruption

TTIP – Projekt d. bürgerlichen Klassen
TTIP-Diskussion i. d. Gewerkschaften
Islamismus, Terror, PEGIDA
Unzufrieden mit bürgerlicher Politik
Daimler-Bremen: Solidarität gefordert
DHL-Leipzig / Tarifkämpfe bei d. Post

Pleiteläden – Der kleinbürgerliche Mittelstand hat keine Perspektive mehr = Proteste sind das logische Ergebnis.

will die neue Regierung bekämpfen. Umgekehrt wird die griechische Oligarchie alles daran setzen, eine Regierung, die ihre Macht beschneidet, möglichst rasch zu beseitigen.

Syriza: Hoffnungsträger oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Der Wahlsieg von Syriza wird innerhalb der europäischen Linken völlig unterschiedlich bewertet: Von Sieg und Aufschwung für die Linke in ganz Europa bis hin zur Einschätzung, es handele sich um eine neue sozialdemokratische Partei, die auch nur ihre Leute mit einem Posten im Staatsapparat versorgen werde, reicht das Spektrum. Kritisieren die einen das fehlende revolutionäre Programm, sehen die anderen mit Syriza den Weg zu einem demokratischen, sozialen oder sogar revolutionären Europa beginnen.

Was ist tatsächlich passiert? Am 25. Januar 2015 fanden in Griechenland Wahlen statt, bei denen eine Partei der Linken mehr Stimmen bekam als die anderen Parteien. Durch die Besonderheiten des griechischen Wahlrechts erreichte sie trotz eines Stimmenanteils von nur etwas über 36% fast die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Umgerechnet auf die Wahlbeteiligung von 63,9% wurde Syriza aber von weniger als einem Viertel aller Wahlberechtigten gewählt. Von einem überwältigenden Wahlerfolg kann also erst mal nicht die Rede sein.

Syriza war nicht mit einem revolutionären Programm angetreten (das hatte die kommunistische Partei, KKE, die 5,5 Prozent bekam), sondern mit einem **Sofortprogramm gegen die soziale Not** und mit dem Versprechen, das Spardiktat der Troika zu brechen, aber innerhalb der Eurozone zu bleiben. Damit stimmt die Mehrheit der Bevölkerung überein, was insbesondere Umfragen in den Wochen nach der Wahl zeigen. Die Bevölkerung war also weit von einer revolutionären Stimmung entfernt, als gewählt wurde.

»Syriza hat uns unsere Würde zurück gegeben«

Dieses Gefühl drücken sehr viele GriechInnen nach der Wahl aus. Die Demütigungen insbesondere in der deutschen Presse (»faule Griechen«, »Pleitegriechen«) und durch das Diktat der wie eine Besatzungsmacht empfundenen Troika hatten sehr viele tief getroffen und verletzt. Auf dieser Basis eines verletzten Nationalstolzes durch ausländische Mächte (an der Spitze Deutschland) konnte Syriza eine Koalition mit den rechtsnationalen »Unabhängigen Griechen« bilden, die ebenso vehement die Spardiktatur der Troika ablehnen. Ein Bündnis auf einer Klassengrundlage war nicht möglich, weil die KKE mit ihrem nicht unerheblichen Anhang in der Arbeiterschaft jegliche Zusammenarbeit mit Syriza ablehnt.

Die neue Regierung löste alleine durch die Ankündigung, einige besondere Härten der Austeritätspolitik der letzten Jahre zurückzunehmen sowie der Ankündigung, nicht vor den EU-Institutionen zu kapitulieren, Großdemonstrationen zugunsten der Regierung aus – ein für Griechenland und andere Staaten unerhörter Vorgang. Gleichzeitig waren die Demonstrationen auch eine Warnung an die griechische Verhandlungsdelegation, nicht zurückzuweichen. Dabei ist jetzt schon klar, dass diese Ankündigungen nur umgesetzt werden können, wenn der Druck der Volksbewegung weiter anhält bzw. sich steigert. Ein soziales Not- und Minimalprogramm braucht zur Durchsetzung schon außerparlamentarische oder revolutionäre Mittel!

Syriza hat also nur eine Wahl gewonnen. Dass sie »*an die Macht gekommen*« sei, wie manche fabulieren, verkennt die tatsächlichen Verhältnisse. Die Machthabenden sind weiterhin die reichen Eigentümer der Unternehmen, die privaten Eigentümer von Presse und Fernsehstationen, die von Polizei und Militär geschützt werden – da darf man sich nichts vormachen. Ohne die Unterstützung der Solidaritätsstrukturen, der Menschen in Betrieben und Stadtteilen, ihre massenhafte Organisierung und Mobilisierung, ihre Einmischung und ohne Unterstützung in anderen europäischen Ländern wird die Syriza-Regierung auf verlorenem Posten stehen.

Die Austeritätspolitik ist gescheitert – was kommt, ist offen

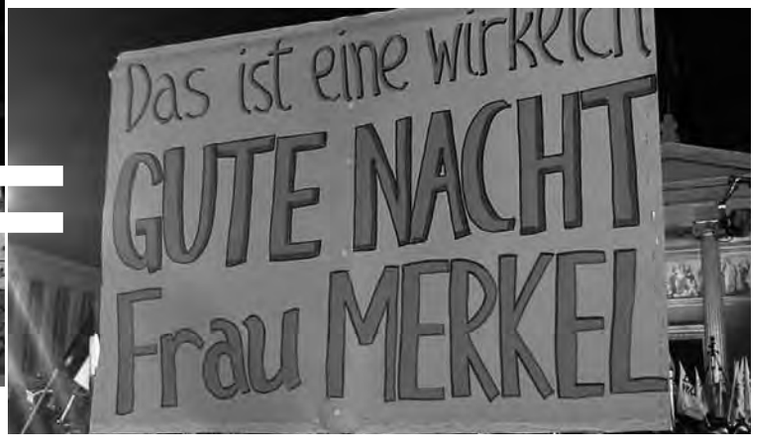
Die Weltwirtschaftskrise nach 2008 wurde bislang dadurch »überwunden«, dass die Staaten und die Zentralbanken durch eine enorme Aufblähung der Schulden und

Heft Nr. 1/2 · 10. März 2015 · Jahrgang 56

Griechenland: Kahlschlag-Diktat abgewählt – doch der Kampf hat erst begonnen 1
TTIP – das Freihandelsabkommen zwischen USA und der Europäischen Union. 4
TTIP – die globalen Zusammenhänge. 9
TTIP – die Haltung der Gewerkschaften dazu 11
Islamismus, Terror, Pegida. 13
»Unzufriedenheit mit der Politik«: Pegida 16
Vietnam auf dem Weg zum Industriestaat 20
Vietnam: Nachholende Industrialisiereung 22
Zur Entwicklung Vietnams – Thesen 24
Daimler-Benz Bremen: Ein grundsätzlicher Konflikt . . . 26
DHL – ein gelungener Tarifkampf 29
Die bevorstehenden Konflikte bei der Post. 30

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. · Postbank Hamburg · Kto 410 077 205 · BLZ 200 100 20
IBAN: DE 28200100200410077205 · BIC: PBNKDEFF
Zuschriften nur an: »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
e-mail: arpo.berlin@gmx.de · Internet: www.arbeiterpolitik.de



durch eine Schwemme neuen Geldes die Vernichtung großer Teile des Banken- und industriellen Kapitals und damit die Auslösung einer katastrophalen weltweiten Depression verhinderten. Die zu Grunde liegenden Probleme – gewaltige industrielle Kapazitäten einerseits, beschränkte Konsumtionsfähigkeit andererseits –, die sich immer mehr angehäuft hatten, blieben dadurch aber bestehen. Dem nur die Oberfläche sehenden Betrachter stellte sich diese Politik als »Bankenrettung« dar, tatsächlich handelt es sich um den Versuch der kapitalistischen Systemrettung. Das Ergebnis war eine enorme Ausweitung der Staatsverschuldung. Doch diese Kredite bewähren sich kapitalistisch nur, wenn sie verzinst werden. Die Kehrseite dieser »Rettungspolitik« innerhalb der gemeinsamen Eurozone ist die unter Führung der deutschen Regierung betriebene Sparpolitik sowohl nach innen mit der »Schuldenbremse« (um die Schulden wieder zu reduzieren) wie nach außen durch die Diktate der Troika gegenüber den zahlungsunfähigen Eurostaaten Griechenland, Spanien, Portugal, Irland. Insbesondere in Griechenland führte diese Politik zur Verelendung breiter Teile der Bevölkerung und zu einer Vertiefung der Krise, die Griechenland 2008 besonders hart getroffen hatte (siehe Arpo 2,3,4/2012, 3/2013, 1/2014, 3,4/ 2014).

Der Wahlsieg von Syriza zeigt nun, dass diese Form der Krisenrettungspolitik am Ende ist. Diese Politik setzte nämlich darauf, dass das Diktat der kapitalistischen Eigentumsrechte (wer Schulden hat, muss sie zurückzahlen, auch wenn er dabei kaputt geht) über die jeweiligen nationalen Regierungen und Parlamente »demokratisch« umgesetzt wird. Als erstes haben nun die Griechen nein gesagt, als nächstes werden es vermutlich die Spanier sein und dabei wird es nicht bleiben. Der Erdrutsch hat begonnen und lässt sich nicht aufhalten.

Die Krise aber bleibt – es gibt aus ihr auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise keinen Ausweg. Konkret für Griechenland gesprochen: **Die Vorstellung von Syriza, mit einem dem griechischen Wirtschaftswachstum angepassten Schuldenrückzahlungsprogramm die Situation meistern zu können, ist illusionär.** Woher soll das Wachstum kommen bei einem sowieso schon von Überproduktion verstopften Weltmarkt? Die Schulden sind unbezahlbar. Es gibt keinen »angenehmen« sozialdemokratischen oder keynesianischen Ausweg für Syriza, die Gläubiger werden auch nicht auf die Rückzahlung ihrer Kredite freiwillig verzichten. Wenn es diesen Ausweg gäbe, könnten die linken Kritiker von Syriza vermutlich Recht bekommen, dass Syriza auch nichts anderes sei als eine Systempartei.

Aber ein Haus auf einem Erdrutschhang kann man nicht nach den Tapeten beurteilen. Man muss die Entwicklung sehen und die ist momentan völlig unbestimmbar. Syriza, die Bevölkerung, Griechenland werden sich völlig verändern. Es kann durchaus sein, dass über kurz oder lang die Regierung vor der Alternative stehen wird: weiterhin sich den Forderungen der Gläubiger zu beugen oder sich zu verweigern. Es gab schon einmal eine Situation, in der eine griechische Regierung vor der Wahl stand zu kapitulieren oder sich zu verweigern. Das war im Oktober 1940, als das faschistische Mussolini-Italien die griechische Regierung aufforderte italienische Besatzungstruppen ins Land zu lassen oder angegriffen zu werden. Der rechtsnationale Diktator Metaxas sagte aufgrund des innenpolitischen Drucks nein, Italien griff an, Griechenland wurde zu einem Kampfplatz des 2. Weltkriegs mit damals unvorstellbaren Folgen. Zunächst gelang es den militärisch eigentlich unterlegenen griechischen Truppen die italienischen Angreifer zurückzuschlagen. Mit dem Überfall der Nazi-Wehrmacht begann dann eine dreijährige Besetzung mit Hunderttausenden von Toten. Bis heute ist dieser Oktobertag als »Ochi-Tag« (Tag des Neins) in Griechenland Nationalfeiertag.

Die Veränderung wird nicht nur Griechenland erfassen, sondern alle europäischen Länder. Es liegt an den Widerstandsbewegungen, der sozialen Bewegung auch hierzulande, auf diese Veränderung einzuwirken. 2. März 2015 ■

Gegen Spardiktate und Nationalismus

Reisetagebuch:
Dritte Solidaritätsreise nach Griechenland, Herbst 2014

Tagebuch der 3. Soli-Reise nach Griechenland, Herbst 2014
Kontakte zu: Metro-Gewerkschaftern / Putzfrauen / Schulwächtern / LehrerInnen / Krankenhaus-Beschäftigten / Klinik in Thessaloniki / ERT-open / PAME / Solidarity for all / Flüchtlingsnetzwerk u.v.m. // **70 Seiten**, viele Fotos, **3,00 EUR** (+ evtl Spende) auf folgendes Konto: Manfred Klingele-Pape, Kto-Nr. 12 11 47 89 10, Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50), Stichwort: Griechenland-Soli (Wer ein bestimmtes Projekt unterstützen will, sollte das in der Überweisung angeben.)

Nachtrag vom 9. März 2015

Die bisherigen Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den »EU-Institutionen« zeigen Folgendes:
Die von der deutschen Regierung mit Schäuble voran geführte Mehrheit zeigt, dass sie ihre Lektion gelernt hat: Man hat sich als Regierung den kapitalistischen Marktgesetzen zu unterwerfen, getreu dem Tucholsky zugeschriebenen Satz, dass die **Regierungsparteien nicht an der Macht, sondern nur an der Regierung** seien. Die griechische Tsipras-Regierung habe das zu lernen, mit Wünschen könne man nicht regieren, sondern man müsse die Realität begreifen. Deshalb werden die finanziellen Daumenschrauben angezogen und unverhüllt gedroht: Akzeptiert ihr nicht unsere Bedingungen, lassen wir euch bankrottgehen und ihr seid politisch erledigt. Die Bedingungen sind dabei klar: Fortsetzung des sozialen Kahlschlags und der Privatisierungen, d.h. des Ausverkaufs des Staatseigentums. ➜

Die von Syriza geführte griechische Regierung kann sich aber nur unterwerfen um den Preis des Untergangs von Syriza. Auch wenn vielleicht manche in der Partei sich dem Diktat beugen möchten, so ist Syriza viel zu sehr mit den sozialen Bewegungen verbunden, als dass sie das Spiel mitmachen könnte wie andere Regierungen in anderen Ländern zuvor, als letzte die Hollande-Regierung in Frankreich. Das zeigen jetzt die aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und das Erstarken des linken Flügels. Es ist der Parteiführung schon nicht mehr möglich die Vereinbarung mit den Gläubigern der griechischen Schulden im Parlament abstimmen zu lassen, weil sie keine eigene Mehrheit zusammen brächte. Das heißt, der Kampf auf der Straße und die Auseinandersetzungen mit den EU-Vertretern beginnt erst richtig. ■

TTIP – das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union

Projekt der transatlantischen Bourgeoisie zur Festigung ihres Weltherrschaftsanspruchs

Die »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft«, besser bekannt unter der Abkürzung TTIP für Transatlantic Trade and Investment Partnership, wird viel diskutiert. Mit diesem Projekt, das zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird, sollen Zölle und Handelshemmnisse zwischen den USA und der EU abgebaut werden, bis Ende 2015 soll dieses Freihandelsabkommen fertig sein. Ansonsten herrscht jedoch vielfach Unklarheit, die nicht zuletzt daher kommt, dass der Verhandlungsprozess unter höchster Geheimhaltung abläuft. Worum handelt es sich eigentlich bei TTIP? Was ist das Neue daran? Welche Interessen drücken sich darin aus? Wo liegen die Gefahren und für wen? Was bedeutet es für die Lohnabhängigen, wie sind die bisherigen Stellungnahmen und Protestbekundungen einzuschätzen und in welcher Weise und wogegen genau muss versucht werden, Widerstand zu entwickeln?

In diesem Artikel beschäftigen wir uns zunächst mit dem allgemeinen Interesse der Bourgeoisie am Freihandel. Dieses besteht in dem Verlangen nach dem Abbau bzw. der Verhinderung »tarifärer« (Zölle) und »nichttarifärer Handelshemmnisse«. In dieser allgemeinen Bestimmung ist TTIP nichts Neues, es gibt solche Abkommen wie Sand am Meer, von denen einige in ihrer Bedeutung herausstechen. Da es sich aber bei TTIP um eine Verbindung der beiden mächtigsten Wirtschaftsblöcke der Erde, USA und EU, handelt, geht davon ein starker Sog zu einer globalpolitischen Hegemonie aus, die ihresgleichen sucht. Sie stößt aber auch auf Widerstände, teilweise schon in den Reihen der herrschenden Klasse. An den gewaltig scheinenden Möglichkeiten von größeren Investitions- und Produktionsräumen bis hin zu nichttarifären Kosteneinsparungen partizipieren in der EU in erster Linie die Unternehmen und Konzerne der hochproduktiven Länder im ökonomischen Machtzentrum wie Deutschland, Österreich, Niederlande. Andere wie Frankreich und Italien, insbesondere aber Krisenökonomien wie Griechenland und Portugal, werden weiter zurückfallen. Wird TTIP sich als notwendige »Klammer« einer globalpolitischen Dominanz von USA und EU erweisen? Oder wird es andererseits die EU zerlegen und zu ganz neuen Konstellationen führen? Wird TTIP überhaupt zustande kommen? Wenn ja, wie wird es letzten Endes aussehen? Beim gegenwärtigen Stand sind das noch offene Fragen.

Freihandel als Prinzip

Bundeskanzlerin Merkel stellte in einer Regierungserklärung am 20.3.2014 fest: *»Europa und die USA erwirtschaften gemeinsam fast die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung. Fast ein Drittel des Welthandels wird über den Atlantik abgewickelt. Wir sind deshalb der tiefen Überzeugung, dass die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU von den Mitgliedstaaten unterstützt werden müssen und dass wir hier zu einem solchen Abkommen kommen müssen. Meine Damen und Herren, ich kenne all die Vorbehalte. Aber ich glaube, wenn wir nur mit Blick darauf, was alles schwierig ist, an dieses Thema herangehen, dann werden wir Folgendes erleben: Die USA werden mit nahezu allen anderen Regionen dieser Welt Freihandelsabkommen abschließen, und auch wir werden mit sehr vielen Regionen dieser Welt Freihandelsabkommen abschließen. Aber ausgerechnet die beiden führenden Märkte, im Übrigen noch angesiedelt in erkennbar demokratischen Gesellschaften, wären nicht in der Lage, miteinander ein Freihandelsabkommen abzuschließen. Wenn das unsere Maßgabe sein sollte, dann sind wir auf dem Holzweg; das ist meine tiefe Überzeugung.*« Diese Vorgabe der Regierung umreißt knapp und treffend die globale Dimension des Vorhabens, auch die Furcht, diesen Trend zu verpassen, beides aus Sicht der Kapitalisten und ihrer Interessenvertreter.

Auch auf dem CDU-Parteitag am 9.12.2014 bekräftigte die Kanzlerin diese Linie. Mit dem Freihandelsabkommen würden zwei große Wirtschaftszonen der Welt zusammen gleiche und mit ihrem Gewicht eben auch weltweite Standards setzen. Politik und Wirtschaft in Deutschland könnten da nicht abseits stehen und Bedenken hin und her wälzen. Hier wird deutlich ein (Mit-)Führungsanspruch formuliert: Entweder wir machen mit oder wir laufen den Standards hinterher, die andere setzen. *»Die Welt wartet nicht auf uns«*, so Merkel.

Es geht darum, durch Freihandelsabkommen einen größeren Markt zu schaffen, z.B. durch Abbau von Zöllen und *»nichttarifären Handelshemmnissen«*. Der Berliner »Tagesspiegel« (20.12.2014) geht noch weiter und nennt den »*extrem schwankenden Wechselkurs zwischen Dollar und Euro*« als *»größtes Hemmnis für den transatlantischen Han-*

1) Angela Merkel, Regierungserklärung in der Bundestagssitzung vom 20.03.2014, http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18023.pdf, S. 1758

del«. Zu nichttarifären Handelshemmnissen gehören etwa Importquoten, vertragliche Exportbeschränkungen, technische Normen und Standards, nationale Sozial-, Umwelt- und Datenschutzbestimmungen, Antidumpingmaßnahmen, national beschränkte Ausschreibungsvorschriften etc. Es handelt sich also um Maßnahmen, die Staaten erlassen, um die Wirtschaft auf ihrem Territorium zu regeln, zu fördern, vor überlegener Weltmarktkonkurrenz abzuschirmen, aber eben auch solche, die zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung erlassen werden, sei es, um den »sozialen Frieden« als Wettbewerbsvorteil zu wahren, sei es aus wirklicher Überzeugung, wenn es sich um Staaten mit sozialistischer Orientierung handeln sollte.

Es ist unschwer zu erkennen, dass dies alles in der Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung liegt. Mit dem Aufkommen frühkapitalistischer Produktions- und Handelsstrukturen im 14./15. Jahrhundert in Europa bildeten sich wirtschaftliche Zentren in Norditalien und Flandern, die miteinander in Kontakt traten. Mit der Entdeckung des Seeweges nach Amerika entstanden interkontinentale Strukturen aus einem zentralen Bereich in Westeuropa von den Niederlanden bis Spanien, einem abhängig gehaltenen, getreideexportierenden Zwischenraum in Osteuropa und der unterworfenen Peripherie jenseits des Atlantiks. Der industrielle Kapitalismus des 18./19. Jahrhunderts trieb diese Tendenz immer weiter; es bildeten sich Nationalstaaten und Kolonialreiche, die fast den ganzen Globus unter sich aufteilten.

Das Krisenzeitalter der Weltkriege und der Aufbau eines sozialistischen Lagers hemmten diese Entwicklung nur vordergründig und nur über sieben Jahrzehnte. Tatsächlich folgte sie im kapitalistischen Sektor der Weltwirtschaft weiterhin ihren eigenen Gesetzen. Die Geschichte der Europäischen Union (samt ihrer Vorläufer) ist in erster Linie eine des Freihandels und des Binnenmarktes in diesem Raum. Die Erfolge, die sie unzweifelhaft hervorbrachte, waren auch Ansporn für die Kapitalisten anderer Weltregionen, sich in übernationalen Strukturen zusammenzuschließen. Solche staatenbündischen Organisationen gibt es nahezu überall, in vielfältiger Weise und zu verschiedensten Zwecken, wie NAFTA, Mercosur, Golfkooperationsrat, ASEAN, APEC, Eurasische Zollunion u.v.m.

Widerstände bauen sich jedoch immer wieder an der alten Erfahrung auf, dass die Schaffung immer größerer Märkte mit dem Abbau von Zöllen und »*nichttarifären Handelshemmnissen*« Gewinner und Verlierer hervorbringt, was im Kapitalismus alles andere als erstaunlich ist. Das Niederreißen solcher Schranken führt dazu, dass die unterschiedliche Produktivität der nationalen bzw. regionalen Arbeiten unverhüllt zutage tritt. Als frühes historisches Beispiel dafür kann etwa die Vernichtung der einheimischen Textilproduktion in Indien nach der britischen Eroberung des Landes im 19. Jahrhundert gelten. Von daher ist die Kritik an Kontinent übergreifenden Projekten wie TTIP, seinem kanadisch-europäischen Gegenstück CETA (inzwischen nach Abschluss der Verhandlungen im September 2014 ratifiziert, aber noch nicht rechtswirksam von den Parlamenten beschlossen), dem geplanten Dienstleistungsabkommen TISA (Trade in Services Agreement, Nachfolger von GATS) und der von den USA angestrebten Freihandelszone TPP im Pazifikraum unvermeidlich und legitim.

Freihandel zwischen EU und USA

Anfang 2013 kündigte US-Präsident Obama den Beginn von Gesprächen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit der Europäischen Union an. Diese sollten 2015 in einem Abkommen umgesetzt sein. Vor allem zwei schwerwiegende Gründe mögen hierfür ausschlaggebend sein: die globale Finanzkrise von 2007/8 und das Bedürfnis, in Zeiten außenpolitischer Turbulenzen die EU-Staaten wieder fester auf das Bündnis mit den USA zu verpflichten.

Aus Washingtoner Sicht hatte die Finanzkrise gezeigt, dass ein zentraler Baustein der über mehrere Jahrzehnte hinweg gültigen US-Wirtschaftspolitik problematisch geworden war: Bekanntlich hatte man in den USA (wie auch in vielen anderen kapitalistischen Ländern) lange Zeit vor allem den Dienstleistungssektor gefördert (welcher das Finanzwesen einschließt), so dass der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt immer weiter zurückgegangen war. Um besser für die Zukunft gerüstet zu sein, wird seit einiger Zeit in den USA die Parole ausgegeben, dass wieder mehr in die heimische Industrie investiert werden müsse. Investitionen von internationalen (insbesondere europäischen) Konzernen werden da als hilfreich angesehen. Ausdrücklich nannte Obama in seiner damaligen Rede Siemens.

Dass die Industrie so sehr an Bedeutung verloren hatte, hatte auch mit einem äußeren Faktor zu tun: Es war billiger und bequemer gewesen, vieles an die »Werkbank China« zu delegieren. Gerade weil aber die chinesische Wirtschaft in den letzten Jahren eine enorme Bedeutung für die US-Ökonomie gewonnen hatte, schien es sinnvoll, sich jetzt zum Ausgleich umso nachhaltiger um eine Freihandelszone mit den Europäern zu bemühen. Je mehr Gewinne die US-Wirtschaft durch Geschäfte mit Europa machen würde, je stärker abgesichert sie durch solche Geschäftsbeziehungen wäre, umso offensiver könnte sie dann auf den asiatischen Märkten antreten. Das scheint insbesondere auch deswegen nötig zu sein, weil die US-Führung sich immer mehr auf den Pazifik orientiert und in der Rivalität mit China gegenwärtig die Hauptgefahr für ihre globale Vorherrschaft sieht[2)].

Daraus ergibt sich die außenpolitische Bedeutung. In Washington würde man es gerne sehen, wenn die EU mehr internationale Aufgaben übernehmen würde, die die USA früher selbst wahrgenommen haben. Das gilt wirtschaftlich, politisch und militärisch. Die eigene Bevölkerung ist nach den Kriegen in Irak und Afghanistan kriegsmüde. Das Bündnis mit der EU als verlässlichem Verbündeten soll daher gestärkt werden und mit der transatlantischen wirtschaftlichen Integration ein weiteres Standbein erhalten. Die anfängliche Skepsis gegen dieses Vorhaben des »großen Bruders« verflog recht schnell, auch diesseits des Atlantiks wurden die großen Vorteile eines neuen Marktes für die Kapitalverwertung begriffen, der immerhin rund 800 Millionen Konsumenten umfassen würde und in dem fast die Hälfte der globalen Produktion gefertigt und ca. ein Drittel des weltweiten Handels getätigt werden. Die Konsequenzen werden davon abhängen, wie weitgehend letztlich der Freihandel ausfallen wird. Würden nur ein paar weitere Zölle abgesenkt, müssten die Resultate zwangsläufig niedriger

2) Ausdruck dieser Rivalität sind einschlägige Verhandlungen im asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere: Trans-Pacific-Partnership (TPP; USA und 11 Verhandlungspartner – ohne China), Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP; ASEAN-Länder plus China, Indien, Japan u.a. – ohne USA). Hierzu ist zu ergänzen: Ein TPP genanntes Freihandelsabkommen gibt es bereits seit 2006 zwischen vier Ursprungsländern: Brunei, Chile, Neuseeland und Singapur. Die USA und mehrere APEC-Staaten streben mit ihrem Beitritt eine Ausweitung und Neufassung des Vertrages an.

3) Geopolitischer Sprengstoff: Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP, Studie der Informationsstelle Militarismus vom 6.10.2014, S. 2. http://www.imi-online.de/2014/10/06/geopolitischer-sprengstoff-die-militaerisch-machtpolitischen-hintergruende-der-ttip.

ausfallen, als wenn der Handel tatsächlich sehr weitgehend liberalisiert würde.

Dies betont auch die Informationsstelle Militarismus (IMI) in Tübingen aus ihrer speziellen Sicht[3] heraus: Es habe den *»Anschein, dass wesentliche Teile des westlichen Machtblocks aus USA und EU in dem Abkommen ein Werkzeug sehen, um die geopolitische Weltkarte wesentlich zu ihren Gunsten zu verschieben«*, der militärischen Organisation der NATO werde mit TTIP ein ökonomisches Standbein hinzugefügt. IMI bezieht sich hierbei auf einen möglichen *»europäischen Rüstungsschub und Vorfahrt für die Geopolitik«*, muss jedoch selbst zugeben, dass dies im Bereich der Spekulation verbleibt, weil im TTIP *»der Rüstungssektor explizit ausgeklammert«* sei. Solche nicht direkt angepeilten »Synergieeffekte« sind aber nicht auszuschließen.

Fragwürdige Prognosen und harte Interessen

Im Juni 2013 erschien eine von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebene Studie des ifo-Instituts mit der euphorischen Feststellung: *»Die USA und alle EU-Mitgliedstaaten würden von einer umfassenden Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) in erheblichem Umfang profitieren.«* Dort würde das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner deutlich steigen und neue Arbeitsplätze könnten geschaffen werden. Freilich seien Entwicklungsländer die Verlierer. Untersucht wurden die Folgen für 126 Staaten. Dabei gehen diese wie auch andere Expertisen von der Logik aus, dass ein größerer Freihandelsmarkt mehr Absatz, damit mehr Produktion und Sinken der Arbeitslosigkeit zum Ergebnis habe. Das wiederum bedeute im Regelfall weniger Konkurrenzdruck zwischen den Arbeitenden – also höhere Löhne. Letztlich würden das real um die zwei Millionen neue Arbeitsplätze sein, konkret in Deutschland zumindest etwa 44.000. Das ist etwa so viel, wie die mit-telhessische Kleinstadt Hanau auf ihrem Territorium zu bieten hat. Das kann nicht die Begründung für TTIP sein.

Die Unternehmerverbände hierzulande begrüßen das Projekt eines Freihandelsabkommens, weil sie sich einen kräftigen Schub für den Handel und die Wirtschaft im allgemeinen versprechen. US- und EU-Wirtschaft sind bisher schon eng verzahnt. Die Zölle zwischen den beiden transatlantischen Wirtschaftsblöcken sind bereits jetzt quantitativ zu vernachlässigen. Als abzubauende Kostenfaktoren bleiben die *»nichttarifären Handelshemmnisse«*, sie sollen durch gemeinsame Standards ersetzt werden. Konkret: Derzeit muss ein Autospiegel in den USA anderen Normen gerecht werden als in Europa. Wem der US-Markt wichtig genug ist, der baut also eine zusätzliche US-Version. Bei großen Konzernen ist das üblich - aber auch für die sind das doppelte Kosten, die in Zukunft wegfallen können. Besonders schwer traf es bisher Mittelständler, die aus Kostengründen verzichten mussten, Extraversionen für den US-Markt zu entwickeln, bei denen es nicht allein darum ging, einige Pläne, ein paar Schrauben zu verändern. So etwas erfordert ja auch eine variierte Produktionslinie, eventuell sogar eigenständige Maschinen. Es fallen außerdem gesonderte Prüfgelder und zusätzliche Lager für Einzelteile an. Fielen solche Unterschiede weg, müsste also der Absatz auf dem US-Markt wachsen.

Die Unternehmerverbände fordern daher politische Unterstützung seitens der Regierung und der Koalitionsparteien, »*mehr Transparenz*«, d.h. Veröffentlichung von Dokumenten und Studien, die ihren Standpunkt unterstreichen, und auf diese Weise eine »*Einbeziehung der Bürger*«. Doch die Kritik wächst auch. So warnt z. B. eine Studie der Tufts University (Massachusetts) vor erheblichen Job- und Einkommensverlusten und beziffert diese für die EU-Staaten auf 600.000 Stellen bzw. zwischen 165 bis 5000 EUR pro Person und Jahr, je nach Land (FR vom 19.11.2014). TTIP sei ein Angriff auf soziale Standards, Arbeitsrechte, Umweltschutz, nachhaltige Landwirtschaft und Demokratie sowie auf den Lebensstandard der Mehrheit der Menschen, erklärte Attac in einer Stellungnahme zu dieser neuen Studie.

Kritikpunkte in der Öffentlichkeit

Proteste aus den Reihen der globalisierungskritischen Bewegung wegen drohender Verschlechterung von Arbeitsrechts-, Umwelt- und Datenschutznormen etc. sind nicht neu. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind das (gescheiterte) MAI-Abkommen (eine Art Vorläufer des TTIP in den 1990er Jahren) und Richtlinien der EU zu Dienstleistungen (das seinerzeit berüchtigte »Herkunftslandprinzip«) oder zur Privatisierung von Einrichtungen zur Trinkwasseraufbereitung und -verteilung. Der Widerstand gegen solche Projekte war immerhin so groß, dass die Regierungen über politische Kosten nachdenken, Änderungen vornehmen oder die Vorhaben gar zurückziehen mussten, sei es auch nur, um später einen neuen Anlauf zu versuchen.

Im Wesentlichen sind es folgende Punkte, welche aktuell zu TTIP zur Verärgerung geführt haben:

1. Die Verhandlungen werden geheim geführt, befürchtet wird also ein massiver Demokratieabbau.
2. Die Zahlen zu den ökonomischen Effekten seien unrealistisch positiv, wie oben bereits dargestellt.
3. Nach Verabschiedung, so wird befürchtet, wird es zu einem deutlich verschärften Raubbau an der Natur kommen.
4. Bestimmte US-Lebensmittel, die aus Sicht vieler EU-Verbraucher höchst problematisch sind, könnten dann ungehindert auf den hiesigen Markt eingeführt werden.
5. Den Konzernen würden zu viele Rechte eingeräumt; sollten US-Konzerne Einbußen erleiden, weil EU-Staaten bestimmte einschränkende Gesetze im Bereich Soziales, Gesundheit oder Umweltschutz verabschiedet hätten, könnten die nämlich in Zukunft solche parlamentarischen Entscheidungen auf dem Rechtsweg bzw. über die nichtstaatlichen Schiedsgerichte kippen.

Schiedsgerichte

Häufig werden in diesem Zusammenhang zwei pauschale Bestimmungen angesprochen, die in TTIP vereinbart werden sollen: die Einrichtung internationaler, nichtstaatlicher Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen »Investoren« (Konzernen) und Staaten sowie die Unumkehrbarkeit der Verträge durch ein in alle »*Ewigkeit*« geltendes Austrittsverbot. Hierzu ist dreierlei zu bemerken:

Zum einen sind Investitionsschutzbestimmungen dieser Art in internationalen Verträgen nichts Neues, mittlerweile sind weltweit ca. 3.500 registriert, und an 1.300 davon sind Mitgliedstaaten der EU beteiligt.

Zum Zweiten: Sofern hierbei nur abstrakt die Gefährdung bürgerlicher Demokratie und nationalstaatlicher Souveränität beklagt wird, trägt die Konzentration des Protestes auf diese Regelungen wenig zur Erhellung der hinter dem TTIP-Prozess stehenden Interessen bei.

Schließlich: Verträge sind nur so lange »*ewig und unumkehrbar*«, wie die realen Voraussetzungen und Bedingungen noch bestehen, unter denen sie abgeschlossen wurden.

---

4) Solche Schiedsgerichte bestehen in der Regel aus drei Personen (meist international renommierten Anwälten), die jeweils von den streitenden Parteien sowie der vertraglich vereinbarten Kontrollstelle (also ICSID, UNCITRAL oder ICC) benannt **und bezahlt** werden.

Aus eigenem Interesse haben Unternehmer hierzulande Verständnis für ihre amerikanischen Klassenkollegen. Unter der Überschrift *»Wirksamer Schutzschild«* beschreibt ein Gastkommentator (Vorstand bei der B. Braun Melsungen AG und Präsident der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York) im »Handelsblatt« vom 19.11.2014 Probleme des amerikanischen Rechtssystems aus europäischer Sicht. In diesem sei die Rolle von nicht fachkundigen Juristen – teilweise als Laienrichter – so groß, dass der Ausgang eines Prozesses häufig unberechenbar sei, zudem die Gerichtskosten hoch liegen und nicht erstattet werden etc., so dass der Staat solche Verfahren durch Verhandlungen unter seinem Vorsitz ersetze, was aber auch nicht billig sei. Als Konsequenz daraus seien für amerikanische Unternehmen nichtstaatliche Schiedsverfahren der übliche Weg geworden, Investitionsstreitigkeiten zu klären. Was im TTIP angedacht werde, sei aus dieser Perspektive im Kern eine notwendige Anpassung für europäische Konzerne, um auf amerikanischem Boden nicht über den Tisch gezogen zu werden. Aus dieser Argumentation ist wohl zu schließen, dass die US-Konzerne hier nicht zu kampflosem Nachgeben bereit sind und ihre europäischen Partner aus Wirtschaft und Politik ihnen die Stange halten werden.

Ohne diese Praxis beschönigen zu wollen, lässt sich also feststellen, dass der zentrale Stellenwert, den der Einbau nichtstaatlicher Schiedsgerichte in ein TTIP-Abkommen in der Kritik häufig einnimmt, relativiert und genauer bestimmt werden muss. Solche Gremien[4)] arbeiten bisher schon nach Regelwerken, die von internationalen Organisationen aufgestellt werden: ICSID (International Center for Settlement of Investment Disputes, angesiedelt bei der Weltbank), UNCITRAL (United Nations Commission on International Trade Law, angesiedelt bei der UNO), ICC (International Chamber of Commerce mit Sitz in Paris und Filialen in mehr als 90 Ländern). Deren Regelwerke wurden auch bisher schon durch internationale Verträge und jeweilige staatliche Gesetzgebung anerkannt. Auch dies ist zunächst Folge der kapitalistischen Globalisierung und zu deren Funktionieren notwendig. Letzten Endes sind es die kapitalistischen Staaten selbst, die im Interesse ihrer Bourgeoisie die Schiedsgerichtsbarkeit vereinbaren und anwenden. **Im Investorenschutz wird der bürgerliche Rechtsstaat mit Wissen und Mitwirkung von Regierungen und Parlamenten ausgehebelt.** Wenn ein Konzern – in welcher Form der Gerichtsbarkeit auch immer – die BRD verklagt und Recht bekommt, ist es die Bundesregierung, die das Urteil vollstreckt und von uns, den SteuerzahlerInnen, die Summe einzieht.

Die Vermutung der weitgehenden Ablehnung von Investitionsschutzbestimmungen und Schiedsgerichten in der Bevölkerung der EU wird von einer Umfrage gestützt, die die EU-Kommission selbst auf einer hierzu eingerichteten Internetseite durchführte (FAZ vom 13.1.2015). Demnach erhielt unter 149.399 Befragten, z.B. GewerkschafterInnen, Mitglieder von NGO's, JuristInnen, aber auch Unternehmern, eine Ablehnungsquote von 97%. Davon sei der Hauptteil aus Großbritannien, (35%), Österreich (23%) und Deutschland (22%) gekommen. Dennoch wolle die Kommission an Schiedsgerichten festhalten, so Handelskommissarin Cecilia Malmström. Sie will nun in die Verhandlungen Schutzbestimmungen einbringen, die einigen der vorgebrachten Kritikpunkte Rechnung tragen sollen.

5) Thomas Fritz, TTIP: Die Kapitulation vor den Konzernen – http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/04/TTIP-KapitulationKonzerne-PowerShift-Brosch%C3%BCre_Thomas-Fritz_2014.pdf

Standards, Rechtssysteme, Lebensgewohnheiten

In vielen Bereichen des Arbeitsrechts, Umwelt-, Verbraucher-, Datenschutzes wird ein Freihandelsabkommen, je nachdem, wie es am Ende im einzelnen aussieht, derzeit bestehende Praktiken und Tendenzen verschärfen. Insoweit wendet sich die globalisierungskritische Bewegung gegen zusätzliche Wirkungen, nicht unbedingt Ursachen. Die Konkurrenz zwischen amerikanischen, japanischen und deutschen Automobilkonzernen, die bisher schon zu Lohnsenkungen und Rationalisierung führte, wird das weiterhin tun. Investitionsschutzklagen, auf normalem oder nichtstaatlichem Rechtsweg, gab es bisher schon (Beispiel: Klagen bzw. Drohungen der Energiekonzerne gegen den politisch begründeten Atomausstieg der Bundesregierung), sie werden weiter zunehmen. Besonders verunsichernd wirkt sich aus, dass völlig unterschiedliche Rechtssysteme und Lebensgewohnheiten diesseits und jenseits des Atlantiks über die angestrebte Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit von Standards und Verfahrensweisen in enge Berührung miteinander kommen.

Welche Standards durch TTIP zwischen USA und EU geregelt werden sollen und wie diese Regelungen im einzelnen aussehen werden, ist z.Zt. kaum zu klären, weil es ja Gegenstände von Geheimverhandlungen sind. Einen gewissen Überblick verschafft z.B. attac[5)]. Auch bei dieser Lektüre muss man sich zunächst von der Panikmache befreien, die im Titel der Broschüre und in Passagen des Textes zum Ausdruck kommt. Der Staat behält seine Funktion, wie wir schon am Beispiel der Schiedsgerichtsbarkeit dargelegt haben, und er wendet sie nicht zu unserem Wohl an, weil er ein Klassenstaat im Kapitalismus ist. Aber er achtet darauf, seine Aufgaben in der Gewährleistung der Kapitalverwertung ebenso zu erfüllen wie in der Wahrung des »sozialen Friedens«, soweit er notwendig ist, und im internationalen Auftreten. Wenn das TTIP-Abkommen am Ende unterzeichnet werden muss, werden die wichtigsten Funktionsträger wie Merkel und Hollande wissen, warum sie es tun, und sich die Legitimation in ihren Kreisen durch entsprechende Aushandlungen verschafft haben. *»Konzerne schreiben Gesetze«*, formuliert Attac. Dies trifft auch schon in unserem jetzigen Alltag zu. Lobbyismus ist ein altes Phänomen.

Nützliche und bedenkenswerte Informationen liefern solche Broschüren durchaus, wenn man sie unter dem Vorbehalt liest, dass es sich hierbei um Befürchtungen handelt, die wahr werden können, weil sie herrschenden Interessen ganz oder teilweise entsprechen. Attac rechnet damit, dass »Union Busting«, also »amerikanische« Methoden, gewerkschaftliche Präsenz in den Betrieben zu bekämpfen, auch hierzulande eingeführt wird. Amerikanische und europäische Auffassungen und Gewohnheiten zu gewerkschaftlichen Organisationsformen unterscheiden sich fundamental. Gerade das ist aber auch eine Garantie dafür, dass das »amerikanische System« nicht eins zu eins übernommen werden kann. Historisch gewachsene Klassenbeziehungen sind dermaßen komplex, dass sie nicht nach einem »Masterplan« plötzlich umgekrempelt werden können (es sei denn, durch eine faschistische Diktatur). Dass Unternehmen hierzulande trotzdem an Union-Busting-Modellen basteln, dass sich kapitalhörige Anwaltskanzleien für solche Zwecke zur Verfügung stellen und damit ihr Geld verdienen, ist dennoch seit längerem Realität. Hiergegen wehren sich Gewerkschaften, Betriebsräte und Belegschaften juristisch und mit Organizing-Strategien. Diese punktuellen Erscheinungen sind aber etwas anderes als der Verdacht einer großflächigen Systemänderung im bisherigen Kapitalismus in Deutschland und anderen EU-Staaten. Derart gravierende Änderungen in den Klassenbeziehungen hätten negativen Einfluss auf die Produktivität und würden

von den Unternehmen selbst nur unter schwerwiegenden Bedingungen akzeptiert.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die öffentliche Daseinsvorsorge bzw. die Privatisierung des öffentlichen Dienstes. Hier behauptet die EU-Kommission, dass TTIP damit nichts zu tun habe. Attac fragt in der Broschüre, warum dieser Bereich nicht ausdrücklich aus den TTIP-Verhandlungen ausgeklammert sei. Auch hier ist also nichts Genaues bekannt. Es kann damit zu tun haben, dass der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu den Gegenständen der TISA-Verhandlungen gehört. Risiken können auch durch TTIP-Bestimmungen zur Ausschreibungspflicht öffentlicher Dienstleistungen entstehen. Vor allem aber befürchten Attac wie auch andere Gruppen, dass Privatisierungen, einmal durchgesetzt, nach TTIP nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Dies schließt aber z.B. die Bundesregierung für die Rekommunalisierung von Dienstleistungen aus. Letzteres spielt auf einen Trend an, der gegenwärtig besonders im Bereich der Energieversorgung zu beobachten ist: Seit längerem werden ehemals privatisierte Stadtwerke von Kommunen wieder zurückgekauft, was zum einen der Einsicht von Verantwortlichen geschuldet ist, dass sie es eben doch billiger selbst machen können, als den Strom von profitorientierten Unternehmen zu kaufen, andererseits aber den enttäuschten Gewinnerwartungen der Privatunternehmen. Auch für TTIP gilt: Die Realität wird zeigen, was aus all dem wird.

Weitere Schwerpunkte der Verhandlungen sind Verbraucherschutz/Ernährung, Energiegewinnung durch Fracking, Finanzdienstleistungen und Datenmissbrauch. Es ist grundsätzlich positiv, dass diese Dinge aufgearbeitet werden, um die Informationen breit zu streuen, sonst würde eben nichts passieren. Aber wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, dass diese Entwicklungen, die mit TTIP, CETA, TISA usw. juristisch fixiert werden sollen, kapitalistischen Triebkräften entspringen, die mit der Abwehr solcher Abkommen nicht aufgehoben sind.

Widerstand gegen TTIP

Wird TTIP überhaupt zustande kommen? Ob Blütenträume des Kapitals reifen, hängt ja von den Umständen ab. Dass es zu Streitigkeiten zwischen Kapitalfraktionen und Staaten kommt, wurde schon angedeutet. Es formiert sich aber auch von unten Widerstand. Charakteristisch ist hier erneut, dass sich in einem der voraussichtlichen »Gewinner« – wenn man die staatliche Ebene nimmt –, Deutschland, am wenigsten tut. Hierzulande ist der gewerkschaftliche Protest noch schwach und vereinzelt, er macht sich nicht in betrieblichen Aktionen und großen Demonstrationen geltend. Die Organisationen aus dem Spektrum der »Nichtregierungsorganisationen« wie Attac, Greenpeace, Umweltverbände, Blockupy etc. formulieren ihre jeweilige Kritik an TTIP (wie auch CETA, NAFTA etc.). Sie beziehen sich zumeist direkt auf zu erwartende Verschlechterungen in ihrem unmittelbaren Betätigungsfeld. Das ist legitim und begründet, jedoch nicht ausreichend. In der Regel gehen sie nicht von der grundsätzlichen Kritik an den Klasseninteressen der Bourgeoisie, am Kapitalismus aus. Daher ist ihre Kritik auch häufig ein Feld, in dem Spekulationen und Verschwörungstheorien Anklang finden, die aufgrund mangelnder Bekanntheit der Einzelheiten noch nicht konkret begründet sein können.

»*An vielen Punkten*«, so IMI in der oben zitierten Studie (Fußnote 3), »*bleiben die Analysen des Elitendiskurses um das TTIP unscharf, und es bleibt abzuwarten, welche Strategien durch das Abkommen tatsächlich an Relevanz gewinnen.*« Damit laufen aber auch Gegenstrategien derzeit noch ins Leere, solange es an konkreten und vermittelbaren Anlässen fehlt.

Mehr tut sich in anderen EU-Ländern und auf europäischer Ebene in Form einer Europäischen Bürgerinitiative, die als Bündnis von 250 Gruppen und Verbänden unter dem Namen »Omnibus« auftritt, jedoch von der EU-Kommission nicht als Verhandlungs- und Gesprächspartner akzeptiert wird. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist ein Rechtsbegriff des EU-Rechts. Durch dieses Instrument sei es möglich, sich an der europäischen Gesetzgebung durch »Vorschläge« zu beteiligen. Hierfür sind bestimmte Verfahrensweisen und Kriterien (z.B. die förmliche Gründung einer EBI mit mindestens einer Million Unterschriften) vorgeschrieben, bis es zu einer Registrierung bei der Kommission und einer Anhörung im EU-Parlament reicht. Die EBI »Omnibus« schaffte zwar die eine Million Unterschriften in knapp zwei Monaten, fand jedoch keine Gnade vor den Augen der EU-Kommission; deren formale Begründung der Registrierungsverweigerung lautet: »*Ihre geplante Bürgerinitiative liegt offenkundig außerhalb des Rahmens, in dem die Kommission befugt ist, einen Vorschlag für einen Rechtsakt der Union vorzulegen, um die Verträge umzusetzen.*« So kann es kommen, wenn über die Zulässigkeit einer Initiative der Adressat (die EU-Kommission) selbst zu befinden hat. Das Bündnis arbeitet weiter mit der Herausgabe von Informationsmaterial, mit Aktionen wie Demonstrationen von Landwirten, Arbeitern, Erwerbslosen, Künstlern in Brüssel etc.

Weitere Stärkung des Kapitals

Im Endeffekt wird TTIP eine weitere Stärkung des Kapitals bringen, auf internationaler Ebene wie auch im nationalen Rahmen, so weit, so klar. Man stelle sich vor, TTIP kommt nicht zustande. Es liegt auf der Hand, dass damit nicht alles wieder »gut« ist, sondern nur weitere Verschlechterungen abgewehrt sind, vielleicht eine Etappe gewonnen wäre. Ebenso muss man sehen, dass andererseits, wenn TTIP (mit voraussichtlich vielen Kompromissen) eben doch kommt, nicht alles verloren wäre, *»was wir in den letzten Jahrzehnten erreicht haben«* (wie manchmal zu hören ist), sondern der Kampf weiter geht. Sollte dies hier Gesagte den Eindruck erwecken, dass wir TTIP verharmlosen würden, so halten wir dem entgegen, dass es grundsätzlich darum geht, Kapitalismus zu bekämpfen und perspektivisch abzuschaffen, auch in seinen konkreten Entwicklungsformen und Auswüchsen. Protest und Widerstand gegen TTIP, seine Ursachen und Folgen sind notwendig, aber sie dürfen nicht verbunden werden mit nationalstaatlichen Illusionen. Man kann möglicherweise ein Abkommen wie TTIP zum Kippen (s. MAI) bringen, aber die zugrundeliegenden ökonomischen und sozialen Tendenzen damit nicht aufheben.

14.2.2015 ■

6) Now online – EU negotiating texts in TTIP – http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1230.

August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg
1946, Gruppe Arbeiterpolitik,
32 Seiten A5, 1,50 EUR

August Thalheimer
Westblock – Ostblock 1945 – 1948,
Internationale monatliche Übersichten
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992,
460 Seiten A5, 7,50 EUR

TTIP – die globalen Zusammenhänge

Sicherung der Vormachtstellung des Westens und industrielle Vormachtstellung außerhalb der kapitalistischen Zentren

Nach der Auflösung der Sowjetunion und damit des sozialistischen Lagers ist die verbliebene Weltmacht USA zwar militärisch führend geblieben, doch die Ergebnisse ihres militärischen Eingreifens haben nicht nur in Afghanistan, sondern auch im Irak, in Libyen und wie es sich andeutet dann auch in Syrien zerfallene Staaten zurückgelassen, in denen die Menschen, gegeneinander gestellt, keine Entwicklungsperspektiven sehen und zur Quelle staatsübergreifender Unruheherde werden. Die ökonomische Ausbeutung, die politische Ausnutzung religiöser Spaltung und die Instrumentalisierung religiöser Gruppen in diesen Ländern sind zum Bumerang gegen die USA und ihre Verbündeten geworden.

Nicht nur auf politischer, auch auf ökonomischer Ebene wachsen Probleme heran. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 ff hat gezeigt, dass die kapitalistischen Zentren Wirtschaftswachstum brauchen. Nicht nur für die Warenausfuhr brauchen sie den Weltmarkt. Die Kapitalisten der industriell hochentwickelten Staaten sind gezwungen, ihren riesigen Kapitalüberschuss im Ausland gewinnträchtig anzulegen. Indem in den Industriezentren Maschinen und Kommunikationstechnologie weiter zusammenwachsen, entstehen Produktionskapazitäten, die die Absatzprobleme erhöhen.

Während die deutsche Wirtschaft seit der Krise 2008 ff in der EU dominiert, werden die südlichen Staaten der EU zu Industriebrachen und damit zu sozialen Problemregionen. Da der EU-Binnenmarkt kaum noch wachsen kann, wird weiterhin Produktion zu den großen Absatzmärkten verlagert, wo zudem die Produktionskosten geringer sind. Der chinesische Markt ist deshalb für die Weltwirtschaft, die sich von der Krise 2008 ff noch immer nicht wirklich erholt hat, wichtiger denn je. Zwar ist die pro Kopf-Produktion der USA viermal so groß wie die Chinas, doch nach Berechnungen des IWF beträgt der chinesische Anteil an der Weltwirtschaft inzwischen 16,5% gegenüber einem US-Anteil von 16,3%. Und die Kaufkraft der chinesischen Bevölkerung liegt laut IWF über der der US-amerikanischen. Wenn man vergleicht, was ein US-Amerikaner und ein Chinese für eine Tasse Tee oder Kaffee ausgeben müssen[1].

Der Anteil der Schwellen- und Entwicklungsländer am Welthandel ist auf rund 50 Prozent gestiegen. Über die Schwellenländer hinaus findet weltweit in einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern ein Wirtschaftswachstum statt, das einen Prozess der Industrialisierung über Sonderwirtschaftszonen einschließt – relativ viele auch in Afrika. Die selbstversorgende Wirtschaftsweise wird in diesen Regionen nach und nach abgelöst. Außerhalb der kapitalistischen Zentren wachsen also Kräfte heran, denen sich die kapitalistischen Zentren nur noch gemeinsam entgegenstellen können.

Was Unternehmerkreise schon seit vielen Jahren im Auge und beraten haben, eine gemeinsame transatlantische Handelszone, wird unter dem Eindruck und der Entwicklung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise nun von den Regierungen vorangetrieben.

Ziele der transatlantischen Bourgeoisien mit TTIP

Unter den veränderten internationalen Verhältnissen wollen sich die USA und EU gemeinsam neu formieren. Mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP wollen sie nicht nur über den Abbau nichttariffähiger Handelshemmnisse eine Intensivierung des Handels zwischen den USA und der EU erreichen. Ist Freihandel auch ein Motor für rasante Weiterentwicklung und Konzentration der Produktivkräfte und wird in TTIP auch ein Freifahrtschein für die Ausbeutung von Mensch und Natur befürchtet, so hat eine Freihandelszone durch ihre Begrenzung weitere Ziele: Mit TTIP soll der mächtigste ökonomische Block auf der Erde entstehen.

Deshalb ist dieses Abkommen nicht einfach ein Abschotten gegen die Schwellen- und Entwicklungsländer, wie es auch von bürgerlichen Journalisten kritisiert wird. Stehen auch die Unternehmen der USA und der EU zueinander in Konkurrenz, die Bourgeoisien dieser Wirtschaftsmächte positionieren sich mit TTIP gemeinsam gegen die großen, wirtschaftlich aufstrebenden Länder, die ihre eigene Industrialisierung voranbringen wollen. Die Wirtschaftsmacht von TTIP soll sie dazu bringen, die von ihr vorgegebenen Handelsregeln anzuerkennen – vor allem China. Die Bundesregierung antwortete auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke: »*Die normsetzende Kraft des Abkommens kann zum Hebel einer politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung werden.*« Und das mit dem generellen Ziel, die Staaten, die im Aufbau ihrer Industrie sind, auf Abstand zu halten.

Gemeinsam wollen die kapitalistischen Zentren ihren technologischen Vorsprung als Herrschaftsmittel sichern und vergrößern. Dazu soll ihnen TTIP dienen. Alles wird dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt unterworfen, also nicht nur die Wirtschaft. Auch die Dienstleistungen am Menschen, Vorsorge, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sollen darauf ausgerichtet werden, dass der höchstmögliche Profit erzielt wird.

Wie das Transpazifische Freihandelsabkommen TPP zeigt, wird bei solch einem Abkommen tief eingegriffen in bisher national bestimmte Bereiche wie Dienstleistungen, Investitionsschutz, Niederlassungsrecht, Gesundheits- und Pflanzenschutz, technische Handelsbarrieren, öffentliche Beschaffung, Schutz des technischen Know-hows (»geistigen Eigentums«), Arbeits- und Umweltstandards.

Entsprechend fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie, *»in Bezug auf den Schutz von geistigem Eigentum, den Zugang zu Rohstoffen und Energie, Wettbewerbs- und Handelserleichterungen Regeln zu erarbeiten«*. Es ist bemerkenswert, dass die USA schon bei den bisherigen Mitgliedern von TPP Wert auf gleichen Wettbewerb mit Staatsbetrieben legen, obwohl sie bisher diesem Freihandelsabkommen noch gar nicht angehören.

Im Ausbau transatlantischer Energiekooperation zeigt sich der EU ein Weg zur Verringerung der Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland. Mit TTIP als Rechtsrahmen und als wirtschaftliche Einheit kann auch eine strategische Einigkeit gefördert werden: TTIP als wirtschaftliche Grundlage der NATO, die die Politik der Gewinnmaximierung *»mit anderen Mitteln fortsetzt«*, mit Hilfe ihrer überlegenen Waffensysteme. Die ökonomische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten wird bereits in der Satzung der NATO angesprochen.

Die weltpolitischen Adressaten

Können die transatlantischen Industriezentren auch weltweit vielen Staaten ihre Bedingungen aufdrücken, so doch nicht den Ländern mit starkem staatlichen Einfluss auf die

Wirtschaft und ihre Entwicklung – wie besonders China und Russland. Betonte Obama auch öffentlich, Amerika habe darauf hingewirkt, China überhaupt erst in die Weltwirtschaft zu integrieren – die Politik der USA ist darauf ausgerichtet, China und Russland, die sich ihrer aggressiven Politik der Förderung ihrer wachsenden Unternehmergewinne nicht unterwerfen, zu »zähmen«. In diese Richtung zielen ihre weltweiten militärischen Stützpunkte sowie aktuell ihre verstärkten Aktivitäten im pazifischen Raum gegen China und die direkte Einflussnahme auf ehemalige Sowjetrepubliken. Ein Beispiel ist ihre aktuelle konfrontative Politik in der Ukraine.

Russland, das eine Modernisierung seiner Wirtschaft benötigt, ist besonders für europäische Unternehmer ein Markt, den sie zum so notwendigen Wachstum ihrer Profite brauchen. Allerdings sind sie von diesen Geschäften nicht so abhängig wie vom chinesischen Markt. Aufgrund seiner nuklearen Zweitschlagskraft lässt sich Russland jedoch nicht einfach durch den Westen gängeln.

Chinas Marktgröße ist von solcher Bedeutung, dass die Weltwirtschaft nicht mehr auf den Handel mit und die Produktion in China verzichten kann; denn hier findet inzwischen das entscheidende Wachstum ihrer Gewinne statt – trotz der chinesischen Anteile an den Unternehmen (Joint Ventures). Allerdings müssen sie sich inzwischen den Bedingungen Chinas beugen. Die Chinesen können den Konkurrenzkampf der kapitalistischen Unternehmen für ihre technologische Entwicklung nutzen und durchsetzen, nicht nur eine billige Werkbank zu sein. Sie fordern z.B., dass ausländische Unternehmen im Lande in die Forschung investieren müssen, wenn sie in China expandieren wollen. Wenn Chinas Wirtschaftswachstum nicht mehr zweistellig ist, so weil die Wirtschaft von Quantität auf Qualität umstellt wird: Statt Verschwendung soll der Wirkungsgrad erhöht werden. Das wirkt sich dann auch auf den Export aus.

Die **Schwellen- und Entwicklungsländer** bilden keine Einheit. Wie sie von den Unternehmen der kapitalistischen Zentren gegeneinander auskonkurriert werden können, zeigt sich z.B. in der Textilindustrie. In Kambodscha haben sich die Textilarbeiterinnen in einem langen opferreichen Kampf einen staatlich garantierten Mindestlohn erkämpft. Nun schießen in Myanmar (Birma) Textilfabriken aus dem Boden. Und der Lohn der Arbeiterinnen liegt noch unter dem in Bangladesch und Sri Lanka. Essentiell sind sie für industriell hochentwickelte Staaten als Rohstoffquellen, Absatzmärkte und (verlängerte) Werkbank für Billigproduktion, wie es auch aktuell in den Forderungen der deutschen Industriellen zum Ausdruck kommt.

Ein transatlantischer Wirtschaftsblock wird die aufstrebenden Länder verstärkt unter Druck setzen, ihre Rohstoffe zu verscherbeln und noch preisgünstiger zu produzieren – auch über eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Arbeiter. Wenn mit TTIP die Zölle für den Handel zwischen den USA und der EU gesenkt und z.B. Prüfverfahren, nationale Produktnormen und Standards angeglichen werden, sinkt die Konkurrenzfähigkeit von Drittstaaten, weil ihre Waren im Verhältnis teurer werden. Schon jetzt richten sich die Klagen vor Schiedsgerichten überwiegend gegen Schwellen- und Entwicklungsländer.

Über diesen Weg, der schon bei TPP vorgezeichnet ist, soll nun mit bilateralen und interregionalen Abkommen versucht werden, jegliche Handels- und Wirtschaftsregulierung durch die Regierungen der Vertragspartner auszuschalten. Mit ihrem technologischen Entwicklungsvorsprung erhoffen die kapitalistischen Zentren dafür genügend Druck ausüben zu können. Der transatlantische Block will also mit TTIP grenzenlose Rechte in Produktion, Handel und Dienstleistungen global durchsetzen, um so der eigenen Wirtschaft die im Kapitalismus notwendige wachsende Gewinnmaximierung weiterhin zu ermöglichen.

Die Perspektive dieser Entwicklung heißt Verschärfung der weltweiten politischen und sozialen Konflikte, die sich so schon in den Folgen des Klimawandels, der Flüchtlings- und Hungerprobleme in Ländern des Südens zeigen.

Das Projekt TTIP in den globalen Widersprüchen

Die Zielsetzung der industriell hochentwickelten Staaten ist erheblichen Widersprüchen ausgesetzt. Während in den Industriezentren der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft zurückgeschraubt und den Kapitalisten durch Privatisierungen Möglichkeiten zu Kapitalanlagen gegeben wird, können sich in Schwellen- und Entwicklungsländern Industrien nur mit anfänglichem Schutz durch den Staat entwickeln (selbst in England begann die Entwicklung der Industrie Ende des achtzehnten Jahrhunderts unter Zollschutz). Neben China und Russland sind es auch andere Schwellen- und Entwicklungsländer – wie auch in Südamerika – in denen der Staat und seine Regierung bei der Industrialisierung eine große Rolle spielen.

Da die Entwicklungs- und Schwellenländer mit China an der Spitze die Stimmenmehrheit in der Welthandelsorganisation WTO haben, kann diese nicht mehr ohne weiteres von den USA und der EU zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Ziele genutzt werden – was ihnen jahrzehntelang möglich war. Mit der Weigerung, ihre Agrarmärkte zu öffnen, trugen Indien und China erheblich zum Scheitern der Doha-Welthandelsrunde bei.

Auch die wirtschaftlich aufstrebenden Staaten sehen sich in einem Widerspruch. Ist für sie – auch in Erwartung von Investitionen – die Perspektive attraktiv, einen garantierten Marktzugang zu den großen Volkswirtschaften USA und EU zu erhalten, so können Länder wie z.B. Russland, China, Vietnam, Indien, Indonesien, Kambodscha, Laos, Myanmar die totale Öffnung ihres Binnenmarktes nicht hinnehmen. Eine umfassende Deregulierung des Waren-, Dienstleistungs- und Investitionsverkehrs würde sie ihrer selbstbestimmten Wirtschaftsentwicklung berauben.

Arbeitsbedingungen, wie sie in Bangladesch und anderen Billigstandorten herrschen, können in China und auch in Russland nicht so einfach dauerhaft durchgesetzt werden. Und das ist keine Perspektive für die transatlantischen herrschenden Klassen. Der Abhängigkeit besonders europäischer Unternehmen vom chinesischen Markt steht also das Gesamtinteresse der transatlantischen Bourgeoisien – formuliert von der US-Bourgeoisie – gegenüber, China ihre Wirtschaftsnormen aufzuzwingen, wie z.B. gleiche Konkurrenzbedingungen, Offenlegung staatlicher Unterstützung für Staatsunternehmen, Regelungen durch Schiedsgerichte durchsetzen.

Die Versuche der USA, China zu isolieren, beantworten die Chinesen strategisch mit ihrer Außenwirtschaftspolitik: Ist China auch nicht konfliktfrei mit seinen Nachbarn Indien und Vietnam, die USA konnten nur geringe Vorteile daraus ziehen. Auf ihrem 6. Gipfeltreffen im Juli 2014 haben Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika beschlossen, eine eigene Entwicklungsbank und einen Reservefonds zu gründen, um die Entwicklungsländer in ihrem selbständigen ökonomischen Weg zu unterstützen. Damit hat die Kooperation dieser BRICS-Staaten ein höheres Niveau erreicht und ein Zeichen für selbstbestimmte Entwicklung gesetzt.

Auf der Konferenz der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) im November 2014 in Peking

konnte China mit einem Fahrplan für die Freihandelszone RCEP, der 16 Staaten[2] angehören, punkten. Insbesondere die bevölkerungsreichen Staaten Indien und Indonesien, die die weitreichenden Liberalisierungsforderungen der TPP nicht erfüllen können, stehen dahinter. Das RCEP-Abkommen sieht vor, die besonderen wirtschaftlichen Gegebenheiten der beteiligten Länder zu berücksichtigen. Über Ziele und Verpflichtungen wird nur im Konsens entschieden. 2015 sollen die Vereinbarungen abgeschlossen werden.

Ebenfalls im November unterzeichnete China mit 21 Staaten die Absichtserklärung, eine Asiatische Infrastruktur-Investment-Bank (AIIB) zu gründen[3]. China stellt 50 Milliarden US Dollar für den Bau von Häfen, Eisenbahnen oder Straßen zur Verfügung, und setzt damit ein weiteres Zeichen für eigenständige Entwicklung. Außerdem soll ein 32-Milliarden-Euro-Fonds den Bau einer neuen »Seidenstraße« in Zentralasien beschleunigen. Diese Vorhaben werden zweifellos eine stärkere Verknüpfung der Märkte und Wirtschaftswachstum der Region zur Folge haben, eine Politik, mit der China in Afrika angefangen hatte.

Einer möglichen Blockierung von Energielieferungen auf dem Seewege beugt China durch Gaslieferverträge mit Russland vor, das diese Wirtschaftsverbindung wegen der Sanktionen des »Westens« dringend braucht.

Obama warb auf dieser Apec-Konferenz vergeblich für die Transpacific Partnership TPP – mit dem Ziel, China davon auszuschließen. TTIP steht also wie TPP für die Blockbildung der kapitalistischen Zentren. 17.2.15 ■

2) Die Mitgliedstaaten der Regional Comprehensive Economic Partnership RCEP umfassen den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) mit Brunei, Myanmar, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam sowie die sechs Staaten, mit denen ASEAN das Freihandelsabkommen vereinbarte: Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland.

3) Die 21 Gründungsstaaten sind: Bangladesch, Brunei, China, Indien, Kambodscha, Kasachstan, Katar, Kuwait, Laos, Malaysia, Mongolei, Myanmar, Nepal, Oman, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand, Usbekistan und Vietnam. Laut Medienberichten in den USA und Australien soll der amerikanische Außenminister John Kerry zuletzt heftigen Druck ausgeübt haben, um dafür zu sorgen, dass US-Bündnispartner der AIIB-Gründung fernbleiben.

Die Haltung der Gewerkschaften zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP

In den Gewerkschaften setzte die Diskussion über das Freihandelsabkommen im Frühjahr 2013 ein. Der DGB-Bundesvorstand positionierte sich am 29.4.2013 zu den bis dahin bekannten Vorhaben[1].

Ihm ist immerhin klar, dass *»ein Abkommen zwischen politisch und wirtschaftlich so mächtigen Regionen… globale Auswirkungen hätte und entsprechend kein ‹gewöhnliches› Handelsabkommen«*[2] sei. Er sieht die Vorteile, da *»von einem … Handelsabkommen mit den USA positive Wohlfahrtseffekte ausgehen können«*[3], warnt vor übertriebenen Erwartungen, wie sie von Politik und Unternehmensverbänden propagiert werden. Einen derartigen Abbau von Handelshemmnissen – hält der DGB nicht ohne weiteres umfassend möglich und bemerkt, dass das unter Umständen auch gar nicht voll und ganz wünschenswert sei. Er fordert, *»dass Wohlfahrtsgewinne die Lebenssituation der Menschen verbessern.«*[4]

Dazu muss das Abkommen *»insbesondere:*

- *unter umfassender demokratischer Beteiligung der Parlamente und der Zivilgesellschaft verhandelt und kontrolliert werden,*
- *klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards beinhalten und in keiner Weise soziale und ökologische staatliche Regulierung behindern (wozu auch die Möglichkeit gehört, öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung sozialer Bedingungen zu knüpfen),*
- *garantieren, dass für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens die selben Arbeitsstandards und -rechte gelten wie für andere Beschäftigte im Zielland,*
- *nicht zu einer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche – insbesondere öffentlicher Dienstleistungen – führen oder Regulierung behindern,*
- *keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, die zu einer Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten führen könnten, oder die Möglichkeiten des Staates beschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen.«*[5]

Die **IG Metall** positionierte sich in den »*Wirtschaftspolitischen Nachrichten*« im **August 2013**[6] im Prinzip zustimmend zu diesen Punkten des DGB. **Ver.di** dagegen äußerte sich im **Dezember 2013** erstmals in einer ausführlichen Stellungnahme: Bei TTIP handle es sich um ein Freihandelsabkommen, das *»der Wirtschaft enorme Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten bringen«*[7] und ihre politische Macht stärken werde. *»Die Achsen der Weltwirtschaft sollen zu Gunsten dieses Blockes verschoben werden. Aufstrebende Länder wie Brasilien, Russland, China und Indien werden sich den von diesem Block gesetzten Regeln anpassen oder mit erheblichen Nachteilen rechnen.«*[8] müssen Etwas Positives kann ver.di dem Freihandel nicht abgewinnen, da sie den Glauben an den freien Welthandel nicht teilt. »*Die wirtschaftlich Mächtigeren ziehen in der Regel* den größten *Vorteil aus einem weitgehend unregulierten Handel*«. Wo-

1) vgl. Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): Zu den geplanten Verhandlungen für ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) Berlin, 29.04.2013 Herausgeber: DGB-Bundesvorstand Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik Verantwortlich: Claus Matecki

2) bis 5) ebenda

6) http://www.igmetall.de/03-2013_freihandelsabkommen_v2_e4a995ae-020b06227a2d580870f8bd8eba31b609.pdf

7) Angriff auf Löhne, Soziales und Umwelt. Was steckt hinter dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP? ver.di Bundesverwaltung - Bereich Politik und Planung Bereich Wirtschaftspolitik Dez. 2013

8) vgl. Stellungnahme des DGB, FN 1)

9) bis 12) ebenda

13) vgl. Stopp TTiP – Jetzt erst recht!, GE W, 19.09.2014

rin sie das große Interesse vor allem großer Unternehmen und ihrer Verbände an dem Abkommen begründet sieht[9]. Ebenso wie der DGB und die europäischen Gewerkschaften fordert ver.di,:

- »Soziale und ökologische Ziele müssen gleichrangig mit den wirtschaftlichen Zielen verfolgt werden. Das heißt: Anpassung von Umweltvorschriften und Standards jeweils auf dem höchsten Niveau, vollständige Ratifizierung aller ILO-Sozialstandards in der EU wie in den USA, Sicherung von Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechten in transatlantischen Unternehmen auf höchstem Standard. Wenn Beschäftigte zur Arbeit in die USA oder nach Europa entsandt werden, dann muss das Ziellandprinzip gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.
- Die Rechte von Verbraucherinnen und Verbraucher müssen ebenfalls auf höchstem Niveau geschützt werden.
- Der Schutz von persönlichen Daten und der Schutz von Urheberrechten muss gewährleistet werden.
- Öffentliche Dienstleistungen sind aus dem Abkommen auszuklammern. Bisherige EU-Vereinbarungen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen dürfen nicht durch die Hintertür durch das TTIP bedroht werden. Das in der EU geltende Subsidiaritätsprinzip, wonach Kommunen, Länder und Mitgliedsstaaten ihre Daseinsvorsorge weitgehend selbst gestalten, muss strikt beachtet werden. Auch für das öffentliche Beschaffungswesen dürfen keine Regelungen erfolgen, die zu weiterer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führen.
- Investoren/Staat-Streitschlichtungsmechanismen sichern einseitig die Privilegien für Investoren. Sie schützen ihre Profite und bewahren sie vor den Kosten von notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen in den Vertragsstaaten. Deshalb lehnen wir Investoren/Staat-Streitschlichtungsverfahren im TTIP ab. Die Rechtsordnungen beider Wirtschaftsräume bieten ausreichenden Schutz für Investoren. Die Entscheidung der EU, nicht über audiovisuelle Dienstleistungen als Träger kultureller Vielfalt zu verhandeln, muss ebenso Bestand haben wie die UNESCO-Konvention zum Schutz der Vielfalt der Kultur.«[10]

Gewerkschaftsübergreifend haben sich die Forderungen im Verlauf von 2013 konkretisiert und es ist die Bereitschaft entstanden, »*TTIP zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen* (zu) *machen.*«[11] Ver.di kam zum damaligen Zeitpunkt zu der konsequenten Haltung, das Abkommen bei Nichterfüllung der Forderungen abzulehnen. [12]

Der **GEW-Hauptvorstand** lehnte das geplante Abkommen im **März 2014** ab[13], die **NGG** forderte Aussetzung der Verhandlungen.

Der **IG-Metall-Vorsitzende Detlef Wetzel** forderte in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau im **März 2014** den Stopp der Verhandlungen. Darin lehnte er nicht nur den Investitionsschutz ab. Es scheine bei TTIP darum zu gehen, *»Verfahrensregeln zu vereinfachen und Produkt-Standards abzusenken, nur um den Unternehmen Kosten zu sparen.«* Wenn es bei den Verhandlungen um die Angleichung der unterschiedlichen Standards in den USA und Europa gehe, würde die IG-Metall ihre ablehnende Haltung überprüfen. *»Wenn aber nur Schutzrechte für Verbraucher und Arbeitnehmer abgesenkt werden, sagt die IG Metall Nein«.* Auch, wenn die Rechte der Arbeitnehmer nicht Bestandteil der Verhandlungen seien, befürchtet er Nachteile für die Arbeitnehmer in Europa. So bringe die Liberalisierung *»immer eine Verschärfung des Wettbewerbs mit sich. Die Konkurrenz wird härter, in diesem Fall die Konkurrenz Europas mit den USA, wo die Arbeitnehmerrechte deutlich schwächer sind und die Gewerkschaften von der Politik teilweise massiv bekämpft werden. Und da ist dann schon sehr die Frage, ob beispielsweise die deutschen Regeln zur Mitbestimmung in einer Freihandelszone nicht angegriffen werden.«*[14]

Während der **ver.di-Vorsitzende Bsirske** auf den 1. Mai-Kundgebungen 2014 den Schwerpunkt seiner Rede auf die bevorstehende Europawahl setzte, erklärten Vorstandsmitglieder der IG Metall ihre eindeutige Ablehnung des Freihandelsabkommens. Der DGB-Vorstand machte ebenfalls Position deutlich.

Im Vorfeld der Europawahlen stellte ver.di deren Bedeutung in einen Zusammenhang mit TTIP. Ver.di rief auf, zur Wahl zu gehen, »*damit sich nicht erneut die marktradikalen Kräfte durchsetzen…*«[15]

DGB-Kongress im Mai 2014 . . .

Sigmar Gabriel kündigte auf den DGB-Bundeskongress am 14. Mai 2014 an, *»einen Beirat zu den Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen einzuberufen. Darin sollen Arbeitgeber, Gewerkschafter, Kulturschaffende und Verbraucherschützer vertreten sein. Ziel sei ein Maximum an Transparenz«,* …und er *»betonte… Deutschland lebe vom offenen Welthandel wie kaum ein anderes Land.. Deshalb gelte es, die Chancen des TTIP-Abkommens zwischen der EU und den USA genau gegen die Bedenken abzuwägen.« Er stellte klar, dass die derzeitigen Verhandlungen nicht zur Absenkung von Sozialstandards führen dürften. Zudem bekräftigte er seine Forderung an die EU-Kommission, das TTIP-Verhandlungsmandat endlich zu veröffentlichen.«*[16]

Neben einem zahnlosen Antrag des alten Bundesvorstands, der nur Bedenken zum Ausdruck brachte, aber keine Forderung stellte, lagen den 400 Delegierten drei weitere Anträge zum TTIP vor, die forderten, *»dass die geheimen Verhandlungen zu* (...) *TTIP sofort gestoppt werden«*[17] müssen. Die Diskussion in den Einzel-Gewerkschaften war jedoch schon weiter. Dafür spricht, dass der neue **DGB-Bundesvorstand und Marlis Tepe** (Vorsitzende der GEW) jeweils eigene Initiativanträge einreichten. Marlis Tepe berichtete, dass *»die GEW* (sie*) und die GEW-Delegierten aufgefordert* (habe)*, .. für ‚beenden' zu plädieren, weil wir einfach nicht glauben können, dass die Vorstellungen, die wir mit diesem Handelsabkommen oder auch überhaupt mit Handelsabkommen verbinden, in die Tat umgesetzt werden können. Deshalb haben wir gesagt: beenden.«*[18]

Die Delegierten ließen sich mit der von Gabriel in Aussicht gestellte Teilhabe nicht ködern. Sie beschlossen am 15. Mai 2014 einstimmig die Forderung, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA auszusetzen und stellten Anforderungen an die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Der DGB wendet sich nicht grundsätzlich gegen ein Freihandelsabkommen. *»Die Aussetzung soll dazu genutzt werden, einen transparenten Verhandlungsauftrag der* (EU) *neu zu bestimmen, um damit einen grundsätzlichen neuen Ansatz in der globalen Handelspolitik zu etablieren. Im Mittelpunkt muss dabei stehen, eine faire Gestaltung von Handelsbeziehungen und damit einen gerechten politischen Ordnungsrahmen für die Globalisie-*

14) Frankfurter Rundschau vom 04.03.2014
15) ver.di – publik extra – Europawahl 2014
16)http://www.spd.de/aktuelles/TTIP/http://www.spd.de/aktuelles/120126/20140514_gabriel_dgb_ttip.htmlTransatlantisches Freihandelsabkommen 14. Mai 2014
17) 20.Parlamant der Arbeit, Arbeit Gerechtigkeit Solidarität, Stand 15.04.2014, S. 939
18) Protokoll »*20. DGB-Bundeskongress, 5. Tag, 15. Mai 2014*«, S. 274
19) http://www.igmetall.de/03-2013_freihandelsabkommen_v2_e4a995ae-020b06227a2d580870f8bd8eba31b609.pdf
20) vgl. Stellungnahme des DGB, FN 1)

rung im Interesse der Beschäftigten und der Verbraucher zu schaffen, anstatt durch Marktliberalisierung und Deregulierung allein den Wettbewerbsdruck zu erhöhen.«[19]

Gemeinsames Positionspapier von Sigmar Gabriel und Reiner Hoffmann …

Der Beschluss war selbstverständlich nicht im Interesse der Unternehmer und der Regierungskoalition. Unter dem Titel *»Anforderungen an Freihandelsgespräche zwischen der EU und den USA unter der Berücksichtigung von Nachhaltigkeit, Arbeitnehmerrechten und der Gewährleistung der Daseinsvorsorge«* formulierten Bundeswirtschaftsminister und SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel und DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann daher ein gemeinsames Positionspapier.

Diese Positionen unterlaufen den Beschluss des DGB. Es ist davon auszugehen, dass Gabriel von der Koalition zur Erfüllung des Koalitionsvertrags beauftragt wurde, den Einfluss der Gewerkschaften zu neutralisieren. Ebenso ist sicher, dass das Positionspapier vor seiner Veröffentlichung schon in den oberen Gewerkschaftsetagen der Einzelgewerkschaften diskutiert und um Zustimmung gerungen wurde. Hierfür spricht, dass sich der ver.di-Arbeitskreis der Gesamtpersonalräte der deutschen Großstädte auf seiner Tagung im Bremen vom 10./11. September 2014 mit dem Positionspapier beschäftigte. Er stellte fest, dass »*die formulierten Maßstäbe …in die richtige Richtung* (weisen)«[20].

… und die Diskussion in den Gewerkschaften

Nach Bekanntwerden dieses Positionspapiers entbrannte eine heftige Diskussion in den Gewerkschaften. Die GEW forderte am 19. September 2014 die Verhandlungen sofort zu stoppen und erinnerte an den Beschluss des Bundeskongresses des DGB. Die NGG forderte: *»TTIP-Verhandlungen aussetzen!«* und weitete die Forderungen der Gewerkschaften zu TTIP auf das Abkommen CETA aus. Der Hauptvorstand der IG-Metall machte noch einmal deutlich, dass es beim klaren »*Nein*« zu TTIP bleibt, wenn die Kernpunkte ihrer Forderungen nicht erfüllt sind. Etliche ver.di-Bezirkskonferenzen und einige DGB-Kreisverbände lehnten die Verhandlungen über TTIP und TISA ab. In ihrer Begründung lehnten sie sich an den Beschluss des DGB-Kongresses.

Der Versuch von Gabriel und Hoffmann, den Beschluss des Bundesvorstandes nachträglich zu kippen, stieß auf Gegenwehr mit noch unklarem Ausgang. Die hervorgerufene Kontroverse leitete jedoch eine Phase gewerkschaftlicher Aktivitäten ein.

Es kommt zum Thema TTIP erstmalig zu einer Zusammenarbeit zwischen gewerkschaftlichen Kreisen und NGOs wie attac. Die IG Metall bringt ihre ablehnende Haltung auch in praktische Aktionen zum Ausdruck und verweist auf den *»Aktionstag gegen TTIP am 11. Oktober.«* Einige lokale Gewerkschaften beteiligten sich an den Aktionsbündnissen gegen TTIP, CETA und TISA und riefen zur Teilnahme am Aktionstag, dem 11. Oktober 2014 auf.

Resümee

Wir können nicht abschätzen, wie sich die Diskussionen in den Gewerkschaften weiterentwickeln werden. Bisher läuft die Diskussion im hauptamtlichen Bereich und auf Delegiertenversammlungen. Hingegen ist TTIP noch nicht Diskussionsgegenstand in den Betrieben. Dazu müssten die Gewerkschaften ihre Mitglieder mit gezielten Flugblättern informieren und Veranstaltungen dazu organisieren. Um TTIP (auch TISA und CETA) zu verhindern, sind praktische Schritte erforderlich. Soweit sind die Gewerkschaften jedoch (noch) nicht. Ob die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit ihre Mitglieder gemeinsam mit den anderen Gegnern von TIPP zu Aktionen aufrufen, ist fraglich, da wir nicht davon ausgehen, dass sie die Gräben zwischen sich und der SPD noch tiefer ziehen wollen. Auch werden sie die Koalition weder in Gefahr bringen noch gar sprengen wollen. Fraglich ist auch, ob der DGB und seine Einzelgewerkschaften überhaupt den gemeinsamen politischen Willen entwickeln können, praktisch gegen die Freihandelsabkommen vorzugehen. Dies hätten sie unter Beweis stellen können, wenn sie ihre Mitglieder zentral zur Teilnahme am Aktionstag aufgerufen hätten.

Bemerkenswert ist immerhin, dass sie sich (bisher) in ihren schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen gegen diese politische Maßnahme stellen. Von den Inhalten her beurteilt besteht eine gewisse Einigkeit.

Da, wo es möglich ist, muss »*Einfluss*« auf gewerkschaftliches Handeln genommen werden, die Kritik an TTIP formuliert und dazu aufgefordert werden, Aktionen dagegen zu machen. Schließlich haben die DGB-Gewerkschaften erkannt, dass das Freihandelsabkommen eine Gefahr für Arbeitnehmer und Verbraucher darstellt. Bisher hofft allerdings auch die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, dass Politiker wie Gabriel es auch in ihrem Sinne richten werden.

Stand Dezember 2014 ■

Islamismus, Terror, Pegida

Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel von der islamischen Geistlichkeit fordert, das Verhältnis des Islam zur Gewalt zu klären, dann ist die Reaktion der heimischen Imame vorhersehbar: Sie hatten bereits vor dieser Aufforderung wiederholt betont, dass der Koran Hass und terroristische Akte verbiete. Das mag so sein. Es mag auch sein, dass die Bibel Mord und Völkermord verbietet. Zugleich ist es aber doch auch an dem, dass die sogenannten Buchreligionen bei Bedarf auch andere Interpretationen zugelassen haben, wenn die Zeiten danach waren. Geeignete, das heißt willige, Theologen gab und gibt es immer, die Schwarz zu Weiß und Weiß zu Schwarz umfärben, wenn die Umstände es erfordern. Wichtiger aber ist: Die Beschwichtigungen des Islamrats greifen zu kurz, weil sie den religiösen Islam vom politischen Islam trennen. Es sind Varianten des politische Islam, die in Gestalt von al Kaida, von Boko Haram, Islamischem Staat, al Nusra Front und Anderen den bewaffneten Kampf gegen den Westen aufgenommen haben. Dabei identifiziert dieser kämpfende Islam auch einheimische Despoten und Regierungen des Mittleren Ostens und des subsaharischen Afrikas mit dem Westen und überzieht sie mit Krieg.

Die Region vom Persischen Golf bis Palästina war seit dem Fall des Osmanischen Reichs im Gefolge des Ersten Weltkrieges in Unruhe. Die Versuche, sie im Rahmen der seinerzeitigen britischen und französischen Imperien zu Staaten im westlichen Sinne zu formen, mündeten in die Etablierung von regionalen Militär- und sonstigen Diktaturen. Das Interesse des kapitalistischen Westens an ihnen beschränkte sich im Wesentlichen auf die Ausbeutung der

ökonomisch und militärisch bedeutsamen Ölfelder. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat die Aufsicht der USA an die Stelle der ermatteten britischen und französischen Oberherren. Die Phase der Blockkonfrontation zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager vom Kriegsende bis zum Fall der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte tatsächlich eine konservierende Wirkung auch für die Verhältnisse im Mittleren Osten; die Großmächte respektierten im Großen und Ganzen fast überall auf der Welt ihre gegenseitigen Einflusssphären und versuchten, Konfrontationen zu vermeiden, die zu einem Atomkrieg hätten führen können. Das änderte sich gerade im Mittleren Osten fast unmittelbar nach dem Untergang der Sowjetunion, als die Regierung Bush Senior den Irak angriff. Der zweite Irak-Krieg der USA im Jahr 2003 unter Georg W. Bush, dem Junior, endete mit der Besetzung Iraks durch die Amerikaner und ihre »willigen Verbündeten«. Im Nachhinein wissen wir, dass die USA spätestens hier den Geist aus der Flasche entließen, der den Dschihad entfachte, den (auch) militärischen Kampf um die Neugestaltung der arabischen Welt und gegen die Herrschaft des Westens (was immer die Kämpfer darunter verstanden)[1]. Ohne sich über die Konsequenzen im Klaren zu sein, hatten sie die Aufrüstung des Dschihad im Mittleren Osten bereits Jahre zuvor durch die Unterstützung der Taliban Afghanistans im Krieg mit der Sowjetunion unterstützt.

Gesichter des politischen Islam

Es verbietet sich, den politischen Islam unserer Zeit, der sich als Alternative oder Gegenbewegung zum Westen sieht, mit Terrorismus gleichzusetzen, weil es zum Verständnis nicht beiträgt. Das gilt sowohl für den schiitischen Islam Irans und den der libanesischen Hisbollah als auch für die sunnitischen Varianten der türkischen AKP, der Muslimbruderschaften und der Hamas. Seit den großen Kriegen des zwanzigsten Jahrhunderts ist der Terror gegen die Zivilbevölkerung in den bewaffneten Konflikten mehr oder weniger die Regel geworden – und zwar seitens aller Staaten und vor allem der Staaten des Westens. Es können die Flächenbombardements gegen Städte während des Zweiten Weltkrieges ebenso sein wie kollektive Strafaktionen Israels im Gazastreifen, geheimdienstliche Attentate oder Morde mittels Drohnen. Die Unterschiede betreffen Ausmaß und Technik der Aktionen, die wiederum abhängig sind von den ökonomischen und politischen Fähigkeiten der Agierenden. Damit ist die terroristische Aktion für sich genommen kein hinreichendes Unterscheidungsmerkmal, um eine Bewegung oder eine Konfliktpartei als terroristisch zu definieren. Um nicht endlose Debatten über Definitionen auszulösen, wollen wir nur von terroristischen Aktionen sprechen, nicht von terroristischen Staaten, Parteien oder Organisationen, weil die Wahl der Kampfmittel allein wenig über die politischen Absichten und vor allem die politischen Perspektiven aussagt.

Das betrifft auch Organisationen wie den Islamischen Staat (IS), der ursprünglich angetreten war, Irak und (Groß) Syrien als islamischen Staat sunnitischer Richtung neu zu errichten, die al Nusra Front, die den Sturz des Assad-Regimes betreibt, sowie Boko Haram, über die wenig mehr bekannt ist, als dass sie die westliche Bildung ablehnt und ebenfalls nur Muslime als Staatsbürger anerkennen will. Die spezifische Art des Kampfes (verbrannte Erde) vor allem des IS und von Boko Haram ergibt sich im wesentlichen aus dem Kräfteverhältnis zu deren Gegnern, Stichwort asymmetrische Kriegsführung, die Politik der ethnischen Säuberungen aus der Staatsideologie, die einen religiös reinen (sunnitischen) Staat fordert. Die terroristischen Akte, wie Geiselnahmen, Entführungen, (Massen-)Hinrichtungen mit Veröffentlichung im Internet, sollen den inneren Widerstand in den umkämpften Gebieten lähmen und sind Bestandteile der Kriegsführung mit definierten Kriegszielen. Das macht diese Aktionen nicht erträglicher, aber es erlaubt, sie in einem rationalen Rahmen zu sehen. Insoweit unterscheiden sie sich erkennbar von den aktuellen terroristischen Anschlägen im Namen des Islam in den entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens, die nicht Bestandteile einer einheimischen sozialen und politischen Bewegung sind, sondern Akte individuellen Terrors, der sich auf externe Auseinandersetzungen beruft.

Soziale Aspekte

Ein wesentliches Thema des zeitgenössischen politischen Islam ist die Staatenbildung – ein Thema, das scheinbar mit den Vereinbarungen zwischen England und Frankreich im Ersten Weltkrieg (Stichwort Sykes-Picot-Abkommen) abgeschlossen schien. Aber warum gab es dann diese Kämpfe um die Neuordnung der Staatenwelt und die Definition der legitimen Staatsbürger nach religiöser Ausrichtung nicht schon viel früher?

Eine Antwort auf diese Frage lautet, dass die Schein-Monarchien und faktischen Militärdiktaturen in den Ländern des Mittleren Ostens über viele Jahrzehnte von innen heraus nicht ernsthaft bedroht waren und dass auch von außen keine fremde Macht – das hätte nach dem Zweiten Weltkrieg nur die Sowjetunion sein können – die bestehende Aufteilung der Welt in Frage stellte. Eine andere Antwort lautet, dass die sozialen und politischen Kämpfe bis in die zweite Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts in erster Linie Kämpfe gegen die westlichen imperialen Mächte und für die nationale Befreiung waren. Eine weitere Antwort lautet, dass seit dem Untergang des sozialistischen Lagers der Kapitalismus eine Dynamik aufweist, die weit mehr als zuvor selbst entlegenste Regionen in den internationalen Warenaustausch und damit in die internationale Konkurrenz hinein reißt und damit auch die sozialen Spannungen in den sogenannten Entwicklungsländern aufs Äußerste verschärft. Und eine vierte wichtige Antwort lautet, dass erst die Kriege des von den USA geführten Westens seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die modernen Waffen, eine neue Brutalität und Barbarei und damit den Hass der überwiegend moslemischen Bevölkerung gegen den Westen in den Mittleren Osten brachten, der sich seit einigen Jahren in dem aktuellen Dschihad austobt.

Die »Enthauptung« stabiler Tyranneien im Irak Saddam Husseins und Libyen Gaddafis durch den Westen hat lange unterdrückte Konflikte in diesen Ländern aufleben lassen und gesellschaftliche Kräfte auf den Plan gerufen, die um Macht und Einfluss kämpfen. Syrien ist in der Folge des Irak-Kriegs und der Arabellion zersplittert. Die Anführer in den Kämpfen um diese Neuverteilung, zuvor benachteiligte Familienclans, Häupter bestimmter Ethnien oder religiöser Gemeinschaften, sehen sich mit Grundfragen des modernen Staats konfrontiert: Wer ist legitimer Staatsbürger und wer nicht? Wo liegen die Grenzen des Staatsgebiets? Welche Konfession(en) ist/sind mit dem Staat verträglich, welche nicht? Wem steht die Ausbeutung der Bodenschätze zu und wem nicht? Wie kommt eine legitime und akzeptierte Regierung zustande und wer darf sie bilden?

Aber auch außerhalb der Kriegszonen waren die Widersprüche in den Gesellschaften gewachsen. In Ägypten hatte die Unzufriedenheit mit der Militärdiktatur unter Husni Mubarak zum (parlamentarischen) Sieg der dor-

1) Bereits der Krieg der Sowjetunion in Afghanistan und später der Tschetschenienkrieg hatten den Hass vieler Muslime gegen den Westen neu angefacht, der dann im »Krieg gegen den Terror« der Regierung Georg W. Bush mit dem Einmarsch in Afghanistan neue Nahrung fand.

tigen Muslimbruderschaft und der Präsidentschaft ihres Kandidaten Mursi geführt. Für deren Partei war die Türkei unter der Regierung der AKP Vorbild, was gleichermaßen eine ökonomische und technische Orientierung am Westen beinhaltete – insoweit durchaus im Einklang mit der kemalistischen Aristokratie – aber zugleich eine religiös-ideologische Abgrenzung zum Westen einschloss. Ein notdürftig maskierter Militärputsch beendete fürs Erste diesen Weg und brachte den Ex-General al Sisi an die Spitze des Staates. Die arabischen Golfstaaten um Saudi-Arabien, die zuvor schon bei der Niederschlagung demokratischer Bestrebungen in Bahrein mit Panzern aushalfen, unterstützen die Putschregierung ebenso wie Israel und die USA. Es sind auch diese arabischen Regierungen, die von den dschihadistischen Bewegungen (unabhängig von deren staatlichen Zielen) mit dem Westen identifiziert werden und somit als »Feinde des Islam« gelten.

Der Teil der Erde, der in der Außensicht des Westens als die »arabische Welt« bezeichnet wird, (während die panarabische Ideologie dort schon lange bedeutungslos ist) gehört – mit Ausnahme weniger Erdölreicher Golfstaaten – pauschal zu den Verlierern der kapitalistischen Globalisierung nach dem Ende des sozialistischen Lagers. Die Gewinner unter den ehemaligen Entwicklungsländern befinden sich in Asien und (mit Einschränkungen) in Lateinamerika. Wirtschaften, wie die Ägyptens, befinden sich im freien Fall. Nachdem die staatlichen Subventionen für Benzin und Diesel auf Druck des IWF gekürzt wurden, stehen nun die Baumwollbauern Ägyptens vor dem Aus, nachdem auch dort die Beihilfen wegfallen.[2)] Die Konkurrenz des Weltmarkts drückt auf die dortigen Produzenten und rafft sie hinweg, soweit sie nicht zum kleinen Kreis der Oligarchie gehören, die auch das Militär und die Justiz kontrolliert. In dem relativ ruhigen Ägypten hatte die deprimierende wirtschaftliche Situation vor Jahren die jungen Menschen – viele von ihnen mit guter Ausbildung – auf die Straße getrieben. In den Demonstrationen sahen sie eine Möglichkeit, auf die künftige Entwicklung ihres Landes Einfluss zu nehmen. In den vom Krieg zerrütteten Ländern wie Irak, Syrien oder Libyen gehen die Handlungsoptionen für die Unzufriedenen und Kampfbereiten deutlich weiter: Dort gibt es Waffen in Hülle und Fülle und militärische und religiöse Anführer, die nicht nur eine bessere Zukunft versprechen, sondern die heute schon ihre Kämpfer gut und zuverlässig bezahlen, wie es der Islamische Staat tut und die Nusra-Front ebenfalls. Die USA und ihre Verbündeten hoffen, ihre Feinde dadurch zu schwächen, dass sie deren Finanzströme austrocknen. Das wird sicherlich nicht ohne Wirkung bleiben, aber es wird den Kampf nicht entscheiden, weil der Hass gegen »den Westen« bei vielen Menschen, die sich durch seine Repräsentanten um ein besseres Leben betrogen fühlen, dadurch nicht nachlassen wird.

Terror

Der Hass ist das Verbindungsglied zwischen den Kämpfern aus den Kriegsgebieten und den zugereisten Kämpfern aus den westlichen Industriestaaten Europas, wo es nicht in erster Linie das Geld ist, das Berufssöldner lockt. Vordergründig gibt es wenig Gemeinsamkeiten zwischen den jungen Menschen aus den Mittelschichten irakischer oder syrischer Städte und den verbitterten Gleichaltrigen aus den Trabantensiedlungen französischer Großstädte (Banlieus). Aber das Gefühl, dass die Verhältnisse sich eher zum Schlechteren entwickeln und nicht zum Besseren, ist allgemein.[3)] Was auch ähnlich ist, das ist das Gefühl der Ohnmacht, das (vor allem) junge Menschen empfinden, die glauben, dass es nur ihre Herkunft ist, die ihnen einen Aufstieg in eine höhere gesellschaftliche Schicht, einen besseren Lebensstandard, verwehrt. Sie sehen sich als Opfer »der Gesellschaft«, denen es zusteht, für ihre Rechte zu kämpfen. In den Jahrzehnten des »real existierenden Sozialismus« war es häufig die Linke, die diesen Menschen eine gesellschaftliche ideologische und Handlungsperspektive bot, die sozialistischen und kommunistischen Parteien. Seit dem Fall der Sowjetunion ist diese Position bis auf weiteres verwaist. Für junge Muslime im Westen, die sich als Opfer gesellschaftlicher Ungerechtigkeit sehen, bieten nun die dschihadistischen Ideologien und die Kämpfe in den arabischen Staaten ein mögliches Handlungsfeld, wo sie für eine gute Sache einstehen können. Wenn sie dann Anschläge in ihren westlichen Wohn- oder Herkunftsländern verüben, so rächen sie nach ihren Vorstellungen nicht nur sich selbst, sondern die Unterdrückung der gesamten islamischen Welt, so wie sie sie sehen. Es ist nun bei weitem nicht so, dass jede und jeder Moslem, der sich von der Gesellschaft ungerecht behandelt fühlt, zur lebenden Bombe wird; und es sind ja, bezogen auf die Bevölkerung, nur wenige, die auf diese Art und Weise Rache üben. Aber die wenigen, die es tun, haben die Macht, zu erzwingen, dass alle Welt die Augen auf sie richtet.

Die Kämpfe in der moslemischen Welt werden das Gesicht der Region zweifellos verändern. Wie sehr, das wissen wir heute noch nicht und wir müssen auch nicht darüber spekulieren. Die Anschläge in Westeuropa haben auf die Staaten keinen Einfluss, sie verändern jedoch spürbar das gesellschaftliche Klima in den Ländern. Wie bereits bei den Anschlägen der RAF in den Siebziger Jahren, so werden auch die aktuellen Terroraktionen von den herrschenden Klassen dazu benutzt, die Repressionsapparate, d. h. Polizei, Geheimdienste, Militär, auszubauen und neue Gesetze zu verabschieden, die in Zukunft auch gegen nichtterroristische oppositionelle Bewegungen angewendet werden können. Die Mehrheit der Bevölkerung, die dies überhaupt wahrnimmt, akzeptiert das, weil sie sich davon mehr Sicherheit verspricht. Die wenigen Stimmen dagegen im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum fallen in der öffentlichen Wahrnehmung kaum auf. Im Gegensatz zu den herrschenden bürgerlichen Klassen können die sozialistischen Kräfte von terroristischen Aktionen nicht profitieren; auch diesmal spielen sie nur ihren Gegnern in die Hände.

Pegida

Das Ausmaß des Protests in Dresden zeigt, dass die Situation der Menschen in der ehemaligen DDR immer noch eine andere ist bzw. anders empfunden wird, als dies im Westen der Fall ist – dass sie sich als Opfer einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung empfinden, die ihnen von außen durch »die Medien« oder »die Politik« aufgezwungen wird, und dass sie sich gleichzeitig von den internationalen Ereignissen bedroht fühlen, die Flüchtlinge an ihre Türen klopfen lässt, vor denen sie Angst haben. In den alten Bundesländern ist dieses Gefühl offenbar noch nicht so weit verbreitet, was dazu führte, dass die Versuche eines Exports von Pegida bislang wenig erfolgreich verliefen. Das heißt nicht, dass die Lohnabhängigen »im Westen« von den Folgen der kapitalistischen Globalisierung unbeeindruckt geblieben wären. Die vergangenen fünfundzwanzig Jahre, in denen auch Auslandseinsätze der Bundeswehr mittlerweile Routine geworden sind, in denen in den Betrieben

2) Frankfurter Allgemeine Zeitung 19. 01. 2015

3) Dass dieses Gefühl nicht grundlos ist, wird erhärtet durch die aktuelle Studie des Statistischen Amtes der Europäischen Unon: eurostat – »Living conditions in Europe – 2014 edition«; bei Interese bitte googlen.

und Verwaltungen Rationalisierungswelle auf Rationalisierungswelle rollt, in denen öffentliche Dienstleistungen zunehmend privatisiert wurden und Finanzkrisen überhaupt nicht enden wollen, haben das Gesicht der Republik – vor allem in den Augen der Älteren – drastisch verändert; und das durchaus nicht immer zum Guten. Die Zahl der Arbeitslosen mag nachgelassen haben, aber viele der neuen Jobs sind Teilzeitstellen und/oder schlecht bezahlt oder sie sind befristet oder bei sogenannten Personaldienstleistern entstanden. Verglichen mit den fünfundzwanzig Jahren vor dem Fall des sozialistischen Lagers leben wir in einer Zeit ungebremster gesellschaftlicher Dynamik, die bei vielen Menschen ein Gefühl der Unsicherheit darüber hervorruft, was ihnen die Zukunft an Gutem oder Schlechten bringen wird.[3)] Währenddessen wächst der Anteil des reichsten Prozents der deutschen Gesellschaft am Volksvermögen auf über fünfzig Prozent an, während es vor wenigen Jahren noch knapp über vierzig Prozent waren.

Viele Menschen haben sich schon in der Vergangenheit deshalb von den Volksparteien abgewandt. Vor allem die Sozialdemokratie hatte schon in den neunziger Jahren, vor der rot-grünen Agenda 2010 unter der Regierung Schröder/Fischer, Einbrüche in ihrer Stammwählerschaft erlebt, die sie nie wieder wettmachen konnte. Aber der Protest blieb im Wesentlichen stumm. Die extreme Rechte, die neuen Nazis, konnte ihn nicht für sich verbuchen und auch sich bürgerlich gebende rechte Parteien, wie die Republikaner, wurden nicht Sammelbecken der unzufriedenen Nichtwähler und Immer-noch-Wähler. Es hat den Anschein, als entstünde erst jetzt, mit der AfD und der Orientierung auf das Thema Europa, eine chancenreiche Organisation des Rechtspopulismus in Deutschland, die sowohl im Osten als auch im Westen eine breitere Wählerschaft hinter sich sammeln könnte. Diese spricht eher eine Wählerschaft an, deren Herzensanliegen nicht aggressiver Nationalismus und Rassismus, sondern der Wunsch nach gesellschaftlicher Stabilität, nach einem Ende fortwährender Veränderungen in der Welt ist. In Frankreich wird diese gesellschaftliche Stimmung oder Strömung durch den Front National, in England durch UKIP, in Italien durch die Lega Nord repräsentiert; auch in den anderen, kleineren, Industrieländern Westeuropas existieren rechtspopulistische Parteien bereits mehr oder weniger lang.

Um es kurz zu machen: Die Hoffnungen der Wählerschaft dieser Parteien haben keine Grundlage in einem Kapitalismus, dessen Grundprinzip die Konkurrenz ist und wo immer mehr Unternehmen sich gegen internationale Konkurrenz behaupten müssen, weil internationale Handelsvereinbarungen zunehmend Barrieren niederreißen, die dem einzelnen Betrieb noch Schutz geboten hatten.

Aus der Sicht eines Großteils der Demonstranten war und ist Pegida eine Oppositionsbewegung, die sich auf dem Boden der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung befindet, ein bürgerlicher Protest mit einer Protestform, die bürgerliche Kreise in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eher abgelehnt und der politischen Linken zugeordnet hatten. Das erklärt auch, warum Politiker der Volksparteien sich darum bemühen, mit den Protestierenden ins Gespräch zu kommen und die Nazis und deren Anhänger hinauszudrängen. Tatsächlich sind Bewegungen wie Pegida Anknüpfungs- und Rekrutierungsorte für faschistische und nazistische Organisationen, weil die Teilnehmenden für nationale bzw. nationalistische Parolen ansprechbar sind und weil sie selbst derzeit gar nicht fähig wären, solche Massen zu mobilisieren. Die Demonstranten wünschen sich eine Welt zurück, in der es für sie übersichtlicher war, wo nicht eine Krise auf die andere folgte, bzw. wo die Krisen einfache Versorgungskrisen waren, die man gut verstehen und überstehen konnte, ohne Angst vor unabsehbaren Folgen. Und in der Tat war die Welt der DDR und des RGW weit weniger dynamisch und gleichzeitig überschaubarer geregelt, als die Welt im Bonner Westen, der von Anfang an Bestandteil des kapitalistischen Weltmarkts war. Dieser Umstand und der Symbolcharakter Dresdens als Ort des nationalen Protests (»Wir sind das Volk!«) sind wahrscheinlich für die dortige Stärke der Auftritte von Pegida maßgeblich. Aber auch anderswo gab und gibt es in kleinerem Maßstab ähnliche Aktionen und angesichts der absehbaren Zukunft ist wohl eher von einem Anwachsen als von einem Abflauen solcher oder ähnlicher Bewegungen auszugehen, nachdem hier ein Tor aufgestoßen wurde.

Aus unserer Sicht wäre es jedenfalls ein Fehler, diesen Protest und seine Hauptprotagonisten kampflos den Nazis und deren Freunden zu überlassen. Aber es wäre ebenfalls verhängnisvoll, wenn die Anti-Pegida-Bewegung als Selbstdarstellungsplattform des Bundespräsidenten und der Bürgermeister und bürgerlichen Politiker missbraucht werden könnte. Es ist wichtig, dass die Linke selbständig auftritt, ohne im bürgerlichen Protest den Feind zu sehen und dass sie Anknüpfungspunkte dort sucht, um die Nazis zu isolieren und hinauszudrängen. 23. 01. 2015 ■

3) »Keine Experimente“ lautete der Slogan der CDU 1957 mit Bundeskanzler Konrad Adenauer an der Spitze zur Bundestagswahl. Er war vor allem gegen die SPD gerichtet. Heute wäre eine solche oder ähnliche Wahlaussage, die auf die Beibehaltung des Bestehenden zielt, völlig undenkbar.

Begegnung mit Menschen unter Besatzung
Politischer Reisebericht von einem Besuch im **Westjordanland**, Oktober 2014:
Soziale Differenzen / Wirtschaftliche Entwicklung / Siedlungen / Widerstand / Zukunft?
30 Seiten, viele Fotos, subventionierter Preis **4,00 EUR** (+ evtl Spende)
auf das Konto der GFSA e.V. (siehe Impressum)

Generelle »Unzufriedenheit mit der Politik«: PEGIDA

Angst vor dem Islam ist ein sehr begrenztes Motiv

Die Bewegung PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), die im Oktober 2014 scheinbar wie aus dem Nichts auftauchte und vor allem in Dresden für Furore sorgte, wirft für die Linke Fragen auf, wie mit diesem Phänomen umzugehen sei. Wird PEGIDA zu einer nachhaltigen Rechtsverschiebung in Politik und Gesellschaft führen? Was müssen, was können Linke dagegen tun? Worum handelt es sich überhaupt bei dieser Bewegung?

Zur Zusammensetzung von PEGIDA

Eine Forschungsgruppe um den Politikwissenschaftler Hans Vorländer von der Technischen Universität Dresden legte am 14. Januar ds. Js. die Ergebnisse einer Umfrage bei Teilnehmenden an drei PEGIDA-Demonstrationen Ende Dezember 2014 und Anfang Januar 2015 vor. Angesprochen wurden mehr als eintausend Teilnehmende, von denen knapp 400 bereit waren, zu antworten. Die Datenbasis ist den Umständen entsprechend schmal. Dennoch ist sie das sicherste, das zur Zeit verfügbar ist. Wir sind uns dessen bewusst, dass auf dieser Datenlage keine sicheren Beweise erbracht werden können. Wir nehmen sie daher als einen Indikator, der uns erlaubt, Aussagen zu treffen, die über ein rein subjektives und zufällig zustande gekommenes Gefühl hinausgehen. Durch Zeitungen und Tagesschau ist hinlänglich bekannt, dass TeilnehmerInnen der PEGIDA-Demonstrationen mit den von ihnen als »Lügenpresse« bezeichneten Medien nicht reden. Die damit entstandenen Auswertungsschwierigkeiten gehen daher über allgemeine Probleme der Repräsentativität von Umfragen noch hinaus. Wir können aber nur auf verbalisierte Meinungen zurückgreifen, wenn wir politische Vorgänge erfassen wollen. Die »schweigende Mehrheit« nützt uns hierbei nichts.

Eine auf der Internetseite der TUD veröffentlichte Zusammenfassung (Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? http://tu-dresden.de/aktuelles/newsarchiv/2015/1/pegida_pk) ergibt folgendes Bild mit Schlussfolgerungen der ForscherInnen:

»Der ‹typische› PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt aus Dresden oder Sachsen. …«

Weitere wesentliche Fakten:

- *Der Protest wird keineswegs von Rentnern und Arbeitslosen getragen - 70 Prozent der befragten Demonstrationsteilnehmer stehen im Beruf.*
- *Die befragten Teilnehmer der Demonstrationen gegen die ‹Islamisierung des Abendlandes› sind nur zu knapp einem Viertel durch ‹Islam, Islamismus oder Islamisierung› motiviert.*
- *Das Hauptmotiv für die Teilnahme an PEGIDA-Demonstrationen ist eine generelle ‹Unzufriedenheit mit der Politik› (54 %). An zweiter Stelle wird die Kritik an Medien und Öffentlichkeit genannt (20 %); an dritter Stelle folgen grundlegende Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern (15 %), dabei sind Vorbehalte gegen Muslime bzw. den Islam besonders ausgeprägt.*
- *In den Befragungen kommt die Wahrnehmung einer tiefen Kluft zum Ausdruck: zwischen den Massenmedien, der veröffentlichten Meinung und der etablierten Politik auf der einen Seite und den Problemen des Bürgers und dem ‹Willen des Volkes› auf der anderen Seite.*

Weiter ergibt die Studie: 47 % der Befragten gaben an, Arbeiter oder Angestellter zu sein, ein Fünftel bezeichnete sich als selbständig, 18 % waren Rentner und 2 % arbeitslos. Politisch fühlen sich zwei Drittel keiner Partei verbunden. 17 % äußerten, der AfD nahe zu stehen, 9 % der CDU, 4 % der NPD und 3 % der Linkspartei.

Für die 400 eingegangenen Antworten ist der Befund eindeutig, dass das wichtigste Motiv, an den PEGIDA-Demonstrationen in Dresden teilzunehmen, nur für eine geringe Minderheit *»Ablehnung des Islam«* ist. Fragen, die zur weiteren Aufschlüsselung des Hauptmotivs (s. o. 3. Spiegelstrich) gestellt wurden, aber in der obigen Liste nicht aufgeführt sind, ergaben nämlich für die 15 %, die Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern angegeben hatten: 42 % von diesen haben Vorbehalte gegenüber Muslimen und dem Islam, 20 % Angst vor sozioökonomischer Benachteiligung, ebenfalls 20 % Sorge um hohe Kriminalität von Asylbewerbern und 18 % Angst vor eigenem Identitätsverlust und Überfremdung.

Demnach ist davon auszugehen, dass nicht die weltpolitischen Auseinandersetzungen »Westen« contra »Islam« die Menschen auf die Straßen getrieben haben, sondern diese nur den gemeinsamen Begriff im Namen PEGIDA bilden, um für eine möglichst starke Mobilisierung zu sorgen. So haben sich auch die Initiatoren (Bachmann, Örtel) gelegentlich geäußert. Schließlich handelt es sich hier um eine Bewegung mit unklaren und diffusen Vorstellungen, die einen »Leitstern« braucht.

Eine weitere Einschätzung aus Dresden

Im Folgenden geben wir eine Einschätzung wieder, die uns aus Dresden erreichte und von einem ehemaligen Gewerkschaftssekretär stammt. Er berichtet, dass entsprechend der o.a. Darstellung die Studie umstritten ist. Nach seinem Eindruck besteht ein großer Teil der Mitläufer sehr wohl aus »Abgehängten«. Viele PEGIDA-Anhänger kommen demnach aus den Stadtteilen Prohlis und Gorbitz. Dort wohnen überdurchschnittlich viele Hartz-IV-Empfänger und Arbeitslose. Dort liegen auch die Hochburgen der NPD.

Klar ist aber auch für ihn, dass es sich bei PEGIDA um eine kleinbürgerliche Bewegung handelt. Die Führung bestehe fast zu 100 Prozent aus Kleingewerbetreibenden, die wirtschaftlich wenig erfolgreich waren und sind. In Dresden und in ganz Ostdeutschland sei das Kleinbürgertum (Gewerbetreibende, Selbständige, Beamte usw.) wenig ausgeprägt. Von daher müsse die Masse der PEGIDA-Anhänger der Arbeiterklasse zugerechnet werden, was sich zum Teil auch an den mitgeführten Transparenten zeige. *»Viele beinhalten soziale Forderungen, die wir ebenfalls unterstützen. Die Studie spricht davon, dass die PEGIDA-Anhänger ein ‹für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen› hätten. Aber was sind denn, die ‹sächsischen Verhältnisse›? Da es in den meisten Betrieben heute keinen Tariflohn mehr gibt, arbeiten sie unter miserablen Bedingungen. Lohndumping ist an der Tagesordnung. Wenn dann einer ein ‹leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen› hat, dann heißt das, dass es ihm trotzdem wirtschaftlich nicht besonders gut geht. Die Denke ist: ‹… und dann kommen jetzt auch noch die Asylanten. Denen stecken es die da oben hinten und vorne rein und ich, ich rackere und rackere und sehe trotzdem kein Land›. Da reicht es dann dem Sachsen. Es ist eine Neidhaltung, die je nachdem einmal die Wessis trifft (aber da traut man sich nicht offensiv aufzutreten) und jetzt die Flüchtlinge. Mir ist schon in meiner Zeit als*

Gewerkschaftssekretär eine ähnliche Haltung in manchen Belegschaften aufgefallen. Anstatt zu kämpfen, schleimte man lieber nach oben und trat nach unten. Nach meinem Eindruck ist es bei der PEGIDA ähnlich.«

Er fährt fort: *»Auf die Frage, warum gerade in Dresden die Bewegung so stark ist, weiß ich keine Antwort und es konnte mir darauf auch niemand eine plausible Antwort geben. Es wird auf die Politik der CDU in Dresden zurückgeführt, die in den zurückliegenden Jahren stets sehr zuvorkommend gegenüber den Nazis war und Antifaschisten bekämpfte. Es wird die Justiz genannt, die Antifaschisten vor die Gerichte zerrt (Lothar König[1]). Es wird auf den breiten braun-reaktionären Sumpf hingewiesen (NPD und AfD haben zusammen rund 15 %) und auch auf die DDR-Sozialisierung. Vieles davon mag dazu beitragen, dass die PEGIDA so stark wurde. Aber es erklärt nicht, warum das in Dresden so ist und nicht gleichermaßen in Leipzig, Chemnitz oder Zwickau.*

Nachdem die PEGIDA-Demos einmal liefen, haben sicher die mediale Aufmerksamkeit und die aufgescheuchte Politikerkaste zur weiteren Mobilisierung dieser reaktionären Masse beigetragen. Die Teilnehmerzahlen stiegen ja im Dezember von Montag zu Montag. Dabei kam ein großer Teil nicht aus Dresden. Selbst aus den westdeutschen Bundesländern wurde angereist. Wir gehen in Dresden davon aus, dass 6000 bis 7000 Aktive aus der Stadt stammen.«

Besonderheiten in Ostdeutschland

PEGIDA und ihre regionalen Ableger haben sich auf alle Teile der Bundesrepublik ausgedehnt. Sie sind aber nicht flächendeckend verteilt und außer in Dresden auch nicht sehr stark: Im Allgemeinen erreichen sie Teilnehmerzahlen im dreistelligen Bereich, in Frankfurt nur zweistellig. Daraus ist gefolgert worden, dass sich hier erneut eine Erblast der DDR zeige: Die DemonstrantInnen wünschen sich eine Welt zurück, in der es für sie übersichtlicher war, wo nicht eine Krise auf die andere folgte, weniger dynamisch und gleichzeitig überschaubarer usw. Dies sei eben die Welt der DDR und des RGW gewesen. Es scheint ein weiterer untauglicher Versuch zu sein, die DDR 25 Jahre nach ihrem Ende für die heutige Lage verantwortlich zu machen. Welchen Sinn hat es für die Einschätzung der heutigen Situation, den Menschen in Ostdeutschland 25 Jahre nach der »Wende« von 1990 ihre Sozialisation in der seinerzeitigen DDR anzulasten? Geht es nicht vielmehr um Entwicklungen seit 1990 statt um die Zeit davor?

Es hat nicht viel Sinn und es ist hier auch nicht der Raum, das Thema der psychosozialen Auswirkungen etwa der Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie im Westen und realsozialistischer Parteidiktatur im Osten oder des Ausbleibens einer 68er-Bewegung in der damaligen DDR zu diskutieren. Letztere war eine für die BRD wichtige soziokulturelle Erneuerung, aber sie hat sich nicht so durchgreifend umgesetzt, dass autoritäre Einstellungen hierzulande etwa verschwunden wären. Diese Zeiten sind vorbei, die Probleme, die die Menschen auch in Ostdeutschland heute belasten, sind durch den Kapitalismus verursacht. Dazu kommt, dass inzwischen Generationen herangewachsen sind, für die das alles Historie ist.

Enttäuschungen und Bedrohungsängste sind angesichts der vielfältigen Krisen seit dem Untergang der Sowjetunion und ihrer Verbündeten real, aber sie erfassen nicht nur den Osten. Als Stichworte dazu: das leere und unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen nicht einlösbare Kohl'sche Versprechen der »blühenden Landschaften« im Osten der Republik, der scharfe innenpolitische Rechtsruck durch die verheerende Asyldebatte der frühen neunziger Jahre, die Agenda-2010- und Hartz-IV-Politik der Koalition von SPD und Grünen, die nicht enden wollende Finanzkrise im Euro-Raum seit 2007, all das Ausdrucksformen unsicherer Verhältnisse, in denen die vermeintliche »Sozialdemokratisierung« der Politik durch Merkel & Co. in der Sicht der PEGIDA-DemonstrantInnen als Ausverkauf in die falsche Richtung wahrgenommen wird.

Es ist schwierig, zur subjektiven Verarbeitung objektiver Belastungen und Probleme Stellung zu nehmen (dafür gibt es z.B. Umfragen wie die oben zitierte). Ohne hier in Einzelheiten gehen zu können: »Das Volk« in der ehemaligen DDR sieht sich als Sieger von 1989, der aber in den folgenden 25 Jahren einen Großteil der Zeche selber zahlen musste, weil es die versprochenen »blühenden Landschaften« nicht gab. Der Soziologe Heinz Bude (Uni Kassel) schildert seine Eindrücke so (FR v. 16.2.2015): »*Was auf der Bühne von Dresden sich zeigt, war ein Ausdruck des Erschreckens darüber, dass Ostdeutschland gar nicht mehr existiert. … Aber das* (‹Wir sind das Volk!›, Anm. d. V.) *ist deshalb so ein verlorener Ruf, weil ein großes Wir im Moment seines Verschwindens aufgerufen wird. Die ostdeutsche Soziallandschaft ist derart fragmentiert, dass von gemeinsamen Ideen und Interessen keine Rede mehr sein kann. Die Lebensverhältnisse in Dresden-Neustadt haben mit denen in Parchim nichts mehr zu tun. Es sind ganz unterschiedliche Welten, die mit der Klammer Ostdeutschland nicht mehr zusammengehalten werden können.«*

Dresden ist aber auch im Osten die einzige Stadt, in der die Proteste zahlenmäßig ein derartiges Ausmaß aufweisen. Schon in Leipzig sind die Verhältnisse andere: Dort ist LEGIDA radikaler, aber auch sehr viel kleiner als PEGIDA in Dresden. Also muss es auch lokale Faktoren geben, die Dresden so besonders machen. Als regionale Phänomene werden häufig genannt: in Sachsen die seit 25 Jahren andauernde Regierung einer als besonders rechtslastig und autoritär geltenden CDU sowie in Dresden der jährliche sogenannte »Trauermarsch« aus Anlass der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, der von Neonazis im Februar durchgeführt wird.

Um das Wesentliche noch einmal hervorzuheben: Die DDR gehört unbedingt zur Vorgeschichte dieser Entwicklung. Aber was das Leben der Ostdeutschen in den vergangenen 25 Jahren durcheinandergewirbelt hat, war nicht der »Realsozialismus«, sondern der Kapitalismus der BRD. Das verbindet -bei allen Unterschieden- »Wessis« und »Ossis«, west- und ostdeutsche Arbeiterklasse miteinander.

Eine rechtspopulistische Bewegung

Was bedeutet das alles für die politische Wahrnehmung und Ausrichtung der PEGIDA-Bewegung? Wie ist spezifisch ihr Verhältnis zur AfD zu sehen, der sich eine relative Mehrheit derjenigen Befragten zugewandt zeigt, die sich überhaupt noch einer Partei verbunden fühlen? Zumindest ein wesentlicher Teil der führenden Funktionäre der AfD sieht in PEGIDA ein Rekrutierungsfeld und Wählerpotenzial. Bisher konnten rechtsextreme (wie die NPD) oder sich bürgerlich gebende rechte Parteien (wie die Republikaner) allenfalls bis zur Ebene der Landtagswahlen zeitweilig davon profitieren. Ob die AfD weiterhin Erfolge erzielt und ein nachhaltiger Bestandteil des Parteiensystems wird, ist noch nicht wirklich klar. Die Wahl rechter bzw. rechtsextremer Parteien auf der einen, die Beteiligung an rechtspopulistischen Aufmärschen auf der anderen Seite sind beides Ausdrucksformen eines tiefen Misstrauens gegen die herrschenden Eliten, ohne dass ein Ausweg aus den

1) Stadtjugendpfarrer in Jena, der im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen bei Demonstrationen von Rechtsextremisten in Dresden am 19.2.2011 wegen »*schweren aufwieglerischen Landfriedensbruchs*« vor Gericht gezerrt wurde. Der Prozess wurde am 10.11.2014 gegen Zahlung von 3000 Euro eingestellt.

Problemlagen, die der Kapitalismus verursacht, in Sichtweite erscheint.

Die AfD enthält mindestens drei Strömungen. Die erste, ursprüngliche und wohl immer noch wichtigste, vertritt ökonomische, neoliberale, eurokritische Positionen und wird weithin sichtbar durch Bernd Lucke und Olaf Henkel repräsentiert. Die zweite ist als nationalkonservativ zu bezeichnen und folgt einem Nationalstaatsverständnis, das an das 19. Jahrhundert denken lässt; ihr Aushängeschild ist Alexander Gauland, Vorsitzender der Partei in Brandenburg. Als dritte Richtung ist diejenige erkennbar, die christliche Werte (Familie, Kirche) hochhält und von der eine islamkritische Einstellung am ehesten zu erwarten ist; ihr Gesicht ist die sächsische Landesvorsitzende Frauke Petry.

Von diesen Strömungen ist die erste wohl nicht in PEGIDA aufzufinden, ihr dürfte die Bewegung zu »plebejisch« sein. Henkel spricht sich bei jeder Gelegenheit gegen PEGIDA aus, besonders im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf, in dem die AfD zeigen möchte, dass sie auch in einen westlichen Landtag gewählt werden kann. Gauland und Petry dagegen haben PEGIDA bisher ihre Zustimmung ausgedrückt; erst mit dem Rücktritt der von ihnen unterstützten Personen im Vorstand der Bewegung und der nachfolgenden Spaltung hat sich zumindest Gauland enttäuscht von PEGIDA abgewandt. Neben der nationalkonservativen und der christlichen Strömung dürfte die Masse in PEGIDA aus denen bestehen, die aus subjektivem Bedrohungsgefühl heraus auf die Straße gehen, obwohl es sich nicht, wenn man der o. a. Studie folgt, um Personen handelt, die Niedriglöhne und Hartz IV beziehen, sondern solche, die um ihren erreichten Lebensstandard bangen. Sie setzen darauf, Sündenböcke anprangern zu können. Hier sind diejenigen zu finden, die ausländerfeindliche Parolen brüllen, Forderungen zur Verkürzung und Verschärfung der Asylverfahren stellen, für die *»Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur«* (s. Positionspapier der PEGIDA) eintreten usw.

In dieser neuen nationalistischen Rechtswelle, die durch Deutschland schwappt und teilweise auch Nachahmung im benachbarten Ausland findet, tummeln sich natürlich auch Nazis. Zur Teilnahme an PEGIDA-Kundgebungen riefen Vertreter der NPD, die German Defence League und der islamfeindliche Internetblog »Politically Incorrect« auf. Auch einige hundert gewaltbereite Hooligans sollen sich an den Dresdner Kundgebungen beteiligt haben (davon zu unterscheiden, aber im selben Zusammenhang zu sehen ist die Demonstration von 3000 – 5000 Hooligans in Köln am 26.10.2014). Die der Neuen Rechten zugeordneten Zeitschriften »Junge Freiheit«, »Blaue Narzisse« und das Querfront-Magazin Compact (Herausgeber: Jürgen Elsässer, Mitgründer der Montagsmahnwachen 2014) unterstützen PEGIDA. Diese Organisationen sehen in PEGIDA ein Rekrutierungs- und Betätigungsfeld, in dem sie eine Resonanz haben, die sie selbst allein nicht erreichen können. Dennoch sind PEGIDA-Demonstrationen nicht umstandslos mit Naziaufmärschen (wie etwa dem jährlichen sogenannten Dresdener Trauermarsch) gleichzusetzen. Das verbietet schon ein Blick auf die Forderungen und Erklärungen, in denen eine Zustimmung zur bürgerlichen Demokratieform, wenn auch mit gehöriger Rechtsverschiebung etwa im Umgang mit den Themen Zuwanderung und Asyl, zu erkennen ist.

Droht eine neue Rechtsverschiebung?

PEGIDA, das nur in Dresden ein Erfolg war, scheint sich gerade selbst zu zerlegen. Bisher hat sich alles, was am rechten Rand an Bewegungen oder Parteien entstanden ist, nicht lange halten können. Die Gründe hierfür sind in der deutschen Geschichte zu suchen, im innen- wie außenpolitischen Scheitern des Deutschen Reiches von Wilhelm bis Hitler. Auch wenn »der Stammtisch« gerne nach rechts blinkt, so gibt es doch für die schweigende Mehrheit eine entscheidende Beißhemmung. Es geht um die »zwei Diktaturen«. Demnach habe es ja in Deutschland gleich nacheinander zwei radikale Bewegungen gegeben, die in der Sackgasse endeten: die Nazis, dann die Kommunisten. Die zentrale Lehre der neueren deutschen Geschichte lautet in diesem Verständnis: Vorsicht bei allem Radikalen – das kann nur böse enden. So etwas Ähnliches gibt es auch auf der Ebene der Bourgeoisie: Man hat zwei Weltkriege verloren, weil man mit aller Macht die eigenen Interessen durchzusetzen versuchte. Den dritten -den Kalten Krieg- hingegen hat man gewonnen, weil man sich einem größeren Bündnis untergeordnet hat. Die Konsequenz dieser Erfahrung lautet daher: Nie mehr allein, Deutschland will ungern führen. Auch die Mehrheit der Bourgeoisie schreckt daher zurück, wenn es zu radikal wird. Sie setzt dann ihre Macht ein, um so etwas zu unterbinden.

Wenn es also um eine neuerliche »Machtergreifung«, um die Aufhebung der inzwischen verinnerlichten bürgerlichen Demokratie nicht gehen kann, könnte die Zuschreibung eines Nutzens der PEGIDA-Bewegung tiefer gehängt werden. Auch hierfür gibt es ein historisches Vorbild. Es handelt sich hier in Analogie um die Asyldebatte Anfang der neunziger Jahre. Damals gab es auch eine rechtspopulistische, in Teilen und vor allem gegen die Opfer rabiate und mörderische Bewegung, die zu einer Verschiebung des Koordinatensystems nach rechts führte. Das Asylrecht wurde natürlich formal beibehalten (es hätte sonst international einen irreversiblen Schaden gegeben), aber es wurde durch die Verschärfungen weitgehend unbrauchbar gemacht. Auffällig war seinerzeit das Verhalten der SPD, das als vorauseilender Gehorsam bezeichnet werden muss. Welche konkreten Schlüsse hieraus in der gegenwärtigen Situation zu ziehen sind, muss freilich noch offen bleiben. An Krisenherden, auf die zu reagieren ist, besteht kein Mangel.

Dass sich PEGIDA jetzt gespalten hat, ändert nicht viel.Es ist ein Hinweis darauf, dass die Bewegung mit ihren diffusen Zielen und Emotionen in der Mobilisierung nicht weiter kommt, aber politisch unterschwellig präsent bleibt. Die Aufmerksamkeit der etablierten Parteien und ihrer Politik hat sie vorläufig erreicht, jedoch fast nur gestützt auf die Ereignisse in Dresden. In allen anderen Städten, wo sich Ableger versuchen, stoßen sie auf starke Gegenbewegung. Ein Beispiel hierzu bot Frankfurt am 26.1.2015, einem Montag, an dem nach übereinstimmenden Schätzungen von Polizei und Veranstaltern ca. 70 FRAGIDA-Vertretern direkt 4000 GegendemonstrantInnen auf der Zeil und weitere 12000 TeilnehmerInnen einer Kundgebung des Römerberg-Bündnisses (mit Oberbürgermeister, DGB-Vorsitzendem usw.) am Römer gegenüber standen. In der Mainmetropole sind zahlreiche Antifa-Bündnisse und -Gruppen aktiv.

Der in der PEGIDA-Bewegung zum Ausdruck gebrachte Unmut – soweit er sich gegen den herrschenden Block richtet- darf nicht ignoriert und damit kampflos den Nazis und ihren Freunden überlassen werden. Ebenso falsch wäre es aber, sich an Gegenkundgebungen nur im Schatten der bürgerlichen Parteien zu beteiligen, deren Ziele in der Beschwichtigung, Kanalisierung und Instrumentalisierung der Proteste liegen. Dem Nationalismus, dem Rassismus, der Hetze gegen MigrantInnen und Asylsuchenden als Sündenböcken für die sozialen Probleme, die der Kapitalismus verursacht, muss entschlossen entgegengetreten werden. Es waren effektive linke, antifaschistische Gegendemonstrationen, die PEGIDA und ihre Ableger bisher an ihrer Entfaltung gehindert haben. 17.2.2015 ■

■ Das zerbombte und dioxingeschädigte Agrarland hinter sich lassend

Vietnam auf dem Weg zum Industriestaat

Mit dem Beitritt Cubas 2014 zur WTO hat auch dies symbolträchtige revolutionäre Land den planwirtschaftlichen Weg verlassen. Vietnam hatte diesen Schritt schon 2007 vollzogen. Heute – 40 Jahre nach dem Sieg in einem jahrzehntelangen Befreiungskrieg – gehört es zu den wachstumsstärksten Entwicklungsländern. Schon in den achtziger Jahren hatte die vietnamesische KP begonnen, den Weg von der Plan- zur Marktwirtschaft einzuschlagen.

Warum konnte der Sozialismus nicht aufgebaut werden, wo doch die Kommunistische Partei fest in der Bevölkerung verankert war?

Nach den Jahrzehnten der Befreiungskriege stand die Kommunistische Partei vor der schwierigen Aufgabe, den Agrarstaat Vietnam weiterzuentwickeln. Diese Zielsetzung ging über die unmittelbaren Interessen der Bauern, Befreiung von Feudal- Fremdherrschaft, hinaus. Die Verkehrsverbindungen und die Versorgungslage waren in einem desolaten Zustand; Reis musste z.B. eingeführt werden. Den notwendigen Aufbau einer Industrie, mit der die Versorgung der Bevölkerung verbessert werden konnte, unterstützte die Sowjetunion, die schon bei den Befreiungskämpfen mit Waffenlieferungen geholfen hatte.

Vor 40 Jahren: Saigon fällt – der Vietnamkrieg ist zu Ende

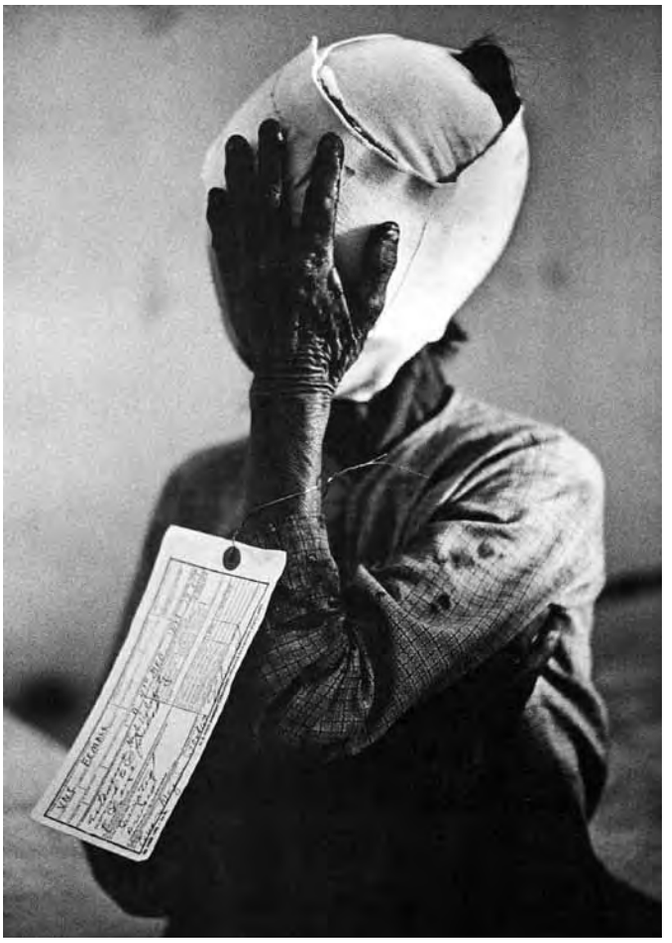
Am 30. April 1975 erobern die südvietnamesische Befreiungsfront und die vietnamesische Volksarmee Saigon. Die letzten Vertreter der US-Besatzer und ihres südvietnamesischen Marionettenregimes müssen Hals über Kopf das Land verlassen. Vietnam ist nach einem dreißigjährigen Krieg wieder vereint. Zur Wiederkehr dieses siegreichen Endes eines nationalen Befreiungskampfes in einem sogenannten Dritte-Welt-Land bringen wir einen kurzen Überblick über die Geschichte Vietnams und einen Artikel zur Entwicklung Vietnams heute, vier Jahrzehnte später.

Das Ziel, in eine *»Periode des Übergangs zum Sozialismus im nationalen Maßstab«* einzutreten, konnte nicht unmittelbar umgesetzt werden, denn zunächst konnte nur der vorhandene Mangel verwaltet werden. Historisch gesehen ist Mangelwirtschaft die Ursache für eine Klassenspaltung der menschlichen Gesellschaft. Die höhere gesellschaftliche Stufe, kann also nur erreicht werden, wenn die Menschen zufriedenstellend versorgt werden können. Zur Entwicklung der Produktivkräfte, um Wohlstand für alle zu schaffen, musste die KP nun die Industrialisierung organisieren. Dazu mussten aus den Bauern Industriearbeiter werden – eine Aufgabe, die historisch gesehen, eigentlich der Kapitalistenklasse zufällt. Und zur Durchführung dieser Maßnahmen musste eine Bürokratie geschaffen werden.

Die zentrale staatliche Lenkung der Wirtschaft und der Vorrang der Schwerindustrie und Kollektivierung der Landwirtschaft führten nicht zu einer Verbesserung der Versorgung der 85-Millionen-Bevölkerung. Unzufriedenheit wuchs in der Bevölkerung. Das Land brauchte die Initiative aus der Bevölkerung heraus.

Die KP Vietnams reagierte: Đôi mói (vietnamesisch für »Erneuerung«) werden die 1986 in Vietnam initiierten marktwirtschaftlichen Reformen genannt. Der private Sektor, der bis dahin nur in Form von Familienunternehmen existierte, wurde gestärkt. Dazu gehörte der Ausbau des Handels mit dem westlichen Ausland, was auch Direktinvestitionen einschloss. Auch der landwirtschaftliche Sektor erhielt mehr Freiheiten: Die Bauern konnten ihre Produktion und Preise selber bestimmen.

Indem die Regierung ausländische Investoren ermunterte, musste sie erfahren, wie diese auf Regelungen und Einschränkungen reagieren. Die marktwirtschaftliche Orientierung des Landes führte zu steigenden Wachstumsraten, und bereits 1989 konnte Vietnam 1.4 Millionen Tonnen Reis exportieren. Heute gehört Vietnam zu den fünf größten Reis exportierenden Ländern. Ähnliche Erfolgsquoten gibt es heute für Pfeffer, Cashewnüssen, Pangasius und Kaffee. Vietnam hat sich in den letzten 15 Jahren zur zweitgrößten Kaffeeexportnation nach Brasilien hochgearbeitet. Initiiert worden war der Kaffeeanbau durch die Entwicklungshilfe der DDR.



Eingebunden in den globalen Konkurrenzkampf

Als 1990 die Handelspartner der sozialistischen Staaten innerhalb kürzester Zeit wegbrachen, ließ sich die KP Vietnams vollends auf die Spielregeln der global vorherrschenden Ökonomie ein; denn für eine isolierte industrielle Entwicklung gab es im Lande keine Voraussetzungen.

Die kapitalistischen Zentren in Europa und Nordamerika hatten durch den Motor Konkurrenzkampf einen enormen Vorsprung in der industriellen Entwicklung erreicht. Diese historisch gesehen fortschrittliche Seite des Kapitalismus musste nun – da er in diesen industriellen Zentren noch nicht überwunden ist – zum Motor im eigenen Lande gemacht werden. Wollte die KP die Vietnamesen weiterhin bei einem möglichst selbstbestimmten Weg der Entwicklung des Landes führen, so galt es die Profitproduktion unter ihrer Kontrolle ins Land zu holen. Dazu mussten wirtschaftliche Kontakte zu den Industriestaaten hergestellt werden.

Dieser Weg ist eine Gratwanderung, denn im Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit antagonistisch. Als Mitglied von ASEAN (1995) und der WTO vollständig eingebunden in die globalen Wirtschaftskreisläufe erfährt Vietnam heute die Vor- und Nachteile, die dies mit sich bringt. Die politische und wirtschaftliche Isolation ist überwunden. Vietnam ist Ziel von Investoren aus den asiatischen Ländern, der USA und auch der EU geworden. In der Telekommunikation sowie im Banken- und Versicherungsgeschäft ist weitgehenden Beteiligungsmöglichkeiten zugestimmt worden. Hauptsächlich erfolgen Investitionen in Vietnam heute noch vor allem, wenn es um Billigproduktion geht. Vietnam wurde zur Fabrik für diese Märkte.

Industrialisierung

Heute liegt der Schwerpunkt der Industrialisierung nicht mehr in der Schwerindustrie, sondern in der Verarbeitung. Vietnam bezieht die wichtigsten Produktionsmittel sowie Eisen-, Stahl- und Chemieartikel aus dem Ausland, insbesondere aus China, Singapur, Taiwan und Japan.

Die Weiterentwicklung der maschinellen Ausstattung und Ausrüstung, Technologie und der Fähigkeiten der Arbeiter, sind eine Herausforderung, die Vietnam mit anderen Entwicklungsländern teilt. Im Lande entstehen Wirtschaftszonen, die für die Wirtschaftsentwicklung von großer Bedeutung sind. Diese Industriezonen sind der Antrieb für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften ist inzwischen größer als das Angebot, da die Geschwindigkeit, mit der Arbeiter Zusatzqualifikationen erwerben, langsamer ist als das wirtschaftliche Wachstum des Landes. Fassen immer mehr internationale Firmen in Vietnam Fuß, so wird es zu einem gegenseitigen Abwerben von Universitätsabgängern kommen. Die Ansprüche der Arbeiter werden höher, die Löhne ebenso. So erzwingt die rasche Industrialisierung eine Reform und Ausweitung des Bildungswesens für die Masse der Bevölkerung, besonders auch für die Frauen.

Rund ein Viertel aller Exporte geht auf das Konto der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie. In Vietnam liegen die Produktionskosten der Textilproduktion niedriger als in China; starke Konkurrenten sind aufgrund ihrer Hungerlöhne andere süd- und südostasiatische und inzwischen auch afrikanische Länder. Die Stärke der vietnamesischen Unternehmen liegt in ihrer Fähigkeit, schnell und flexibel auf neue Aufträge und Umstände zu reagieren. Gearbeitet wird in Neun-Stunden-Schichten für das Doppelte eines Mindestlohnes. Wie in allen Industriezweigen müssen auch für die Bekleidungsbranche Fachkräfte ausgebildet werden, hier besonders Modedesigner.

Ausländische Unternehmen schätzen am Produktionsstandort Vietnam, dass hier die Rahmenbedingungen stabiler sind als in so manchem anderen südostasiatischen Staat. Landesweit ist die Infrastruktur noch unterentwickelt, Stromausfälle beeinträchtigen immer wieder die Arbeit in den Fabriken und auch das Telekommunikationsnetz sowie die Häfen gelten noch als schlecht ausgebaut. Doch in den Industriezonen liegen gute Produktionsbedingungen vor, von eigener Stromversorgung bis hin zur Feuerwehr. Die Ausfuhr der Produkte in die Asean-Staaten ist zudem zollfrei. Und mit dem Beitritt zur WTO wurde es für die ausländischen Industriellen nach und nach möglich, nicht nur Joint Ventures einzugehen, sondern auch volle Lizenzen zu erwerben. Seit 2009 können Unternehmen auch Industriegelände pachten.

In Zusammenarbeit mit Japan sollen die elektronische Industrie, die Industrie für landwirtschaftliche Maschinen, die Verarbeitungsindustrie der Fischerei und die Umweltindustrie entwickelt werden. So soll Vietnam zu einem zuverlässigen Lieferanten der landwirtschaftlicher Produkte und Meeresfrüchte werden.

Produzierten im Jahre 2011 ca. 250 deutsche Industriebetriebe im Land, so ist ihre Zahl inzwischen weiter angestiegen. In Vietnam produzieren neben Siemens und Bosch u. a. auch Adidas, Heidelberger Druck, Seidensticker und Van Laack (Hemden), Triumph (Unterwäsche), Wiha (Werkzeuge), B.Braun (Medizinbedarf). Die deutsche Firma Brenntag hat in Ho-Chi-Minh-Stadt in eine UHT-Laborproduktionsanlage (ultra heat treatment) investiert, da die Nachfrage nach Milch- und ultrahocherhitzten Produkten in Vietnam stetig steigt. Deutsche Unternehmen bilden ihr Personal z.Zt. intern aus bzw. weiter, um für moderne Maschinen und Anlagen sowie effiziente Produktionsprozesse auch das entsprechende Fachpersonal einzusetzen zu können. So erhalten seit Oktober 2013 Jugendliche bei Bosch die Möglichkeit, ihre Berufe in Theorie und Praxis gleichzeitig zu erlernen.

Einbezogen in die Globalisierung ist auch die rückständige Landwirtschaft, in der Handarbeit und Wasserbüffel

vorherrschen. Zwar ist Vietnam weltweit das zweitgrößte Reis- und Kaffeeausfuhrland und der größte Pfefferproduzent. Doch um im globalen Konkurrenzkampf bestehen zu können, müssen die Produkte qualitativ besser und die Produktionsweise modernisiert werden. Millionen Bauern sind auf die neuen Zeiten nicht vorbereitet. Es ist anzunehmen, dass viele ausländische Unternehmer in das nächste Billiglohnland abwandern. Kann dann Vietnam wie China den Schritt zu höherwertiger Produktion gehen?

Auswirkungen auf die Bevölkerung

Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt vergrößerte sich inzwischen auf ca. 2/5, während der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion auf weniger als 1/5 sank. Und die Kluft zwischen Armut in ländlichen Regionen und Reichtum in den Städten wird größer.

Die wachsende Kluft zwischen arm und reich ist auch auf den Straßen der vietnamesischen Städte zu sehen. Zwar dominiert dort heute nicht mehr das Fahrrad, sondern das Moped, doch dazwischen rollen klimatisierte Luxuskarossen ausländischer Produktion. Trotz des Aufgehens dieser Schere glaubt die große Mehrheit der Vietnamesen, dass dieser Weg ihren Kindern ein besseres Leben ermöglichen wird, als sie es haben. Die wachsende Spaltung in Arm und Reich und die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land bereitet den kritisch Denkenden Sorgen. Umweltschützer sehen die Folgen einer rasanten Industrieentwicklung auf die natürlichen Lebensgrundlagen Vietnams zukommen; Luft- und Wasserverschmutzung stellen sie schon jetzt fest. Die Umweltindustrie wird eine besondere Rolle spielen, um die Probleme in der Umweltverschmutzung lösen zu können und die Energie nachhaltig zu nutzen. Darüber hinaus verstärkt sich die Abhängigkeit der vietnamesischen Wirtschaft von ausländischen Märkten, d.h. Vietnam ist einbezogen in die globale Krisenentwicklung des Kapitalismus.

In den meisten, heute steinernen Häusern gibt es auch auf den Dörfern fließendes Wasser und sanitäre Anlagen. Investitionen deutscher Krankenhaus-Konzerne helfen einerseits, die medizinische Versorgung zu verbessern – schaffen anderseits jedoch Abhängigkeiten. Privatisierung im Gesundheitswesen bedeutet, eine Gesundheitsversorgung für Privilegierte oder Reiche zu schaffen. Das Warenangebot für die Bevölkerung ist relativ groß. Die Erfolge bei der Wirtschaftsentwicklung haben Vietnam dabei geholfen, die Armut zu verringern. Tiefe Armut trifft man hauptsächlich noch bei den Bevölkerungsminderheiten der Hochlandregionen an.

Die Vietnamesen spüren allerdings nicht nur das Wirtschaftswachstum. Mit der Arbeit der Bauern und der Industriearbeiter(innen) wird die Industrialisierung finanziert. Da die auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen staatlichen Betriebe nicht mehr subventioniert werden, verlieren viele Beschäftigte ihren Arbeitsplatz. Hier produzierten bisher immerhin Millionen Werktätige mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes. In dieser konfliktreichen Umstellung, die zu Streiks führte, hinkten die Gewerkschaften hinterher. Organisieren im Sozialismus die Gewerkschaften die Arbeiter für die Verbesserung der Produktion, so fällt ihnen in der kapitalistischen Produktionsweise die Aufgabe zu, sie für ihre Interessen gegenüber den Kapitalisten zu organisieren. Selbständige Kämpfe der Belegschaften bleiben da nicht aus. Das starke Wirtschaftswachstum hat Arbeitslosigkeit nicht zum Massenproblem werden lassen und gab den Arbeitern eine Perspektive. Da allerdings jedes Jahr mehr als eine Millionen junger Menschen einen Arbeitsplatz suchen, muss die Wirtschaft mindestens jährlich um 7 Prozent wachsen.

Ohne soziale Kämpfe kommen die vietnamesischen Arbeiter nicht aus. Im Gegensatz zu anderen Ländern der Region haben sie jedoch bei ihren sozialen Kämpfen nicht auch noch die Regierung gegen sich. Nachdem im Jahre 2006 40.000 Arbeiter und Arbeiterinnen zwölf ausländische Firmen wegen zu niedriger Löhne bestreikt hatten, führte die Regierung einen Mindestlohn ein. 2007 legten wieder Massenstreiks die Produktion mehrerer ausländischer Firmen vorübergehend lahm. Eine südkoreanische Firma musste z. B. bestreikt werden, weil sie die Sozialversicherungsbeiträge nicht zahlte, den Arbeitern ungenießbares Essen vorsetzte und nur zwei, von Werkschützern kontrollierte, Toilettenbesuche pro Schicht erlaubte.

Anfang des Jahres 2014 wurden die Mindestlöhne um 14% erhöht. Die Monatsmindestlöhne für ungelernte Arbeiter betragen je nach Region zwischen 1.900.000 Dong (umgerechnet ca. 66 Euro) und 2.700.000 Dong (umgerechnet ca. 93 Euro). Der Lohn von Facharbeitern soll mindestens um 7 Prozent über den jeweiligen regionalen Mindestlöhnen liegen. 2015 sollen die Mindestlöhne so weit erhöht werden, dass auch das Einkommen ungelernter Arbeiter die Grundbedürfnisse abdeckt. Die Zahlen zeigen jedoch auch deutlich, wie Vietnam mit der Inflation zu kämpfen hat.

Da die Wirtschaft im Lande schneller wächst als die Zahl der benötigten Facharbeiter, werden hochqualifizierte Kräfte z.Zt. überall gesucht. Die Regierung geht das Problem durch Investitionen in die Ausbildung an. Angestrebt wird eine duale Berufsausbildung nach deutschem Vorbild. Trotz besserer Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt steht eine Berufsausbildung in der Bevölkerung nicht hoch im Kurs. Es bedarf also auch einer Aufwertung des Bildes vom Facharbeiter.

Erfolgreicher Weg?

Die ausländischen Unternehmer sehen, dass sich Vietnam als »verlängerte Werkbank« für arbeitsintensive Fertigungen bewährt; die Löhne würden jedoch schneller steigen als die Arbeitsproduktivität, und die Arbeitsgesetze schützten Arbeiter schon einigermaßen. Ist das Land auf eine Produktion höherer Qualität vorbereitet, wenn die Billigproduktion abwandert?

Wie in China will in Vietnam die kommunistische Partei die wirtschaftliche Entwicklung über den Weg der kapitalistischen Produktionsweise entfesseln und dabei die Gesamtentwicklung des Landes unter Kontrolle halten. Der KP geht es weiterhin um »den nationalen Aufbau des Übergangs zum Sozialismus«. Bei dem Schritt, für diesen Weg die Verfassung zu reformieren, hat es eine außerordentlich breite öffentliche Diskussion gegeben. In Tausenden von Versammlungen wurde im ganzen Land über diese Verfassungsreform diskutiert. Millionenfache Meinungsäußerungen, Vorschläge und Kommentare begleiteten diesen Prozess. Der eingeschlagene Weg geht über hohe Auslandsinvestitionen, billige Arbeitskräfte und den Export. Mit durchschnittlich fast acht Prozent Wirtschaftswachstum ist Vietnam nach China Asiens dynamischste Volkswirtschaft.

Das Denken der jungen Generation Vietnams ist bestimmt durch den wirtschaftlichen Aufschwung, an dem alle teilhaben wollen. Die Generation der Kämpfer des Befreiungskrieges bemüht sich, der Jugend zu vermitteln, wie der opfervolle Kampf vietnamesischer Männer und Frauen für ein selbstbestimmtes besseres Leben aussah, der fünf Millionen Tote (Zivilisten und Kämpfer) und Millionen Verstümmelte gekostet hat.

Es bleibt die grundsätzliche Frage: Nähert sich Vietnam auf diesem Wege nur den wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen für den Sozialismus? Oder kann

sich das Land durch eine qualitative Entwicklung in der Arbeiterklasse auch den politischen Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft nähern? Wie verarbeitet die KP Vietnams die Auseinandersetzungen zwischen der entstandenen Bourgeoisie und den lohnabhängig Beschäftigten? Kann der im Kapitalismus antagonistische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit im Lande ausgehalten werden? Vietnam hat nicht wie China ein Riesenpolster an Devisen. Wie wird das Land mit weltweiten Wirtschaftskrisen fertig? Wie in China hat die KP auch selber mit den Problemen Korruption in ihren Reihen und in der Bürokratie zu kämpfen. Entwickeln sich unter den Arbeitern Klassenkräfte, die zumindest von entscheidenden Teilen der Partei darin unterstützt werden, ein selbstbestimmtes, kollektiv handelndes Ganzes zu werden?

Der angestrebte Erfolg dieses Weges hängt nicht nur von einer erfolgreichen Industrialisierung und vom Fleiß der Vietnamesen ab. Die Entwicklung der internationalen Verhältnisse – besonders auch der Kräfteverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Klassen in den Industriestaaten – spielt dabei eine entscheidende Rolle. 16.2.15 ■

■ VIETNAM:

Nachholende Industriealisierung

Globalisiert ist zweifellos die kapitalistische Produktionsweise. Die politischen Führungen der Staaten haben jedoch nicht alle die gleiche Herrschaftsgrundlage und nicht die gleiche politische Zielsetzung. In den kapitalistischen Zentren herrschen Bourgeoisien, deren zentrales Ziel die Profitproduktion mit wachsenden Profiten ist (schon Stagnation bedeutet Krise), worauf sich auch ihre Politik aufbaut: weltweite Steigerung der Ausbeutung der Klassen der Lohnabhängigen und der natürlichen Grundlagen.

Die Staaten mit sozialrevolutionärer Ausgangslage haben dagegen die Profitproduktion bei sich eingeführt, um die für den Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft notwendige entwickelte industrielle Produktionsweise nachzuholend aufzubauen. China und Vietnam waren Agrarstaaten mit noch weniger Industrie und einer noch kleineren Arbeiterklasse als im vorrevolutionären Russland, als ihre Revolutionen unter Führung der KP siegreich waren. Auch Cuba war ein Agrarstaat. Sie setzten sich unter der Führung der KP das Ziel, den Sozialismus aufzubauen, standen jedoch vor dem Problem, dass dafür die Voraussetzungen fehlten.

Historisch gesehen hatte eine Mangelwirtschaft zur Klassenspaltung in der menschlichen Gesellschaft geführt: Die Produktion reichte nicht für ein Wohlstandsleben der gesamten Bevölkerung. Historische Aufgabe des Kapitalismus ist es, die Produktivkräfte so zu entwickeln und die Produktion so zu steigern, dass die ökonomischen Voraussetzungen für ein Leben in Wohlstand für die gesamte Bevölkerung da sind. Das geschieht unter Ausbeutung der lohnabhängigen Klassen. Die Anarchie der Produktion in der Gesellschaft treibt die Entwicklung der Produktionsmittel voran, **macht aber in letzter Konsequenz ihre Vergesellschaftung notwendig:** Die Ausdehnung der Märkte kann nicht Schritt halten mit der Ausdehnung der Produktion, für die immer mehr Menschen überflüssig werden. Nur durch die Vergesellschaftung ist es möglich, planmäßig im Interesse der Menschen und der Erhaltung der Natur zu produzieren. Nur so kann die Ausbeutung der Natur und die von Menschen durch Menschen überwunden werden.

Die Oktoberrevolution blieb isoliert

Als die russische Oktoberrevolution isoliert geblieben war, musste entgegen aller Erkenntnis aus der Not heraus die Losung Sozialismus in einem Lande geboren werden. Mit ihr wurde den Menschen in der Sowjetunion eine Perspektive gegeben. Aufgrund der Schwäche der SU wurde ihre Sicherung wichtiger als die langfristigen Ziele der Kommunistischen Internationale: Sozialismus ist nur international möglich.

Die Isolation im imperialistischen Umfeld ließ der SU nicht die für den Weg vom Agrarstaat zum entwickelten Industriestaat notwendige Zeit, wie sie die imperialistischen Staaten gehabt hatten. Der Druck des Imperialismus führte u. a. zu Zwangsmaßnahmen und -arbeit und ließ die Entwicklung einer Arbeiterdemokratie nicht zu. Gearbeitet wurde nach den Anweisungen von oben, um ja keinen Fehler zu machen, denn die ließen sofort den allgegenwärtigen Verdacht von Sabotage aufkommen. Zwar wurde das Bildungsniveau der gesamten Bevölkerung angehoben, die Entwicklung von Initiativen und Verantwortung auf allen Ebenen – notwendig für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft – wurde jedoch unter diesen Bedingungen erstickt. Kritisches Denken verkümmerte. Prägungen aus der Feudalzeit zu überwinden, braucht Zeit. Der faschistische Angriff wurde im 2. Weltkrieg zurückgeschlagen – doch im Kalten Krieg erstarrte die Gesellschaft. Chruschtschows Prahlen (1957), die Wirtschaft der USA in 15 Jahren einzuholen, standen die Produktivitätssteigerungen in den kapitalistischen Zentren entgegen, die denen der in so vielen Bereichen ineffektiven sowjetischen Wirtschaft davoneilten. Unter diesen Gesamtbedingungen konnte die Arbeiterschaft nicht die Fähigkeit

erwerben, die für den Aufbau der Industrie anfänglich notwendige Bürokratie zu überwinden.

Der Aufbau des Sozialismus in der SU ist an dieser Notlage gescheitert: Zwar konnte sich die SU mit einer Industrialisierung den ökonomischen Voraussetzungen für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft nähern, doch sie hatte sich in diesem Prozess von den politischen Voraussetzungen (das gesellschaftliche Engagement der Arbeiter) entfernt, wie es sich dann bei Gorbatschows Glasnost und Perestroika zeigte. Der von Gorbatschow gegebene Spielraum konnte von den Arbeitern nicht ausgefüllt werden.

Bald war den Kommunisten und den Arbeitern weltweit nicht mehr im Bewusstsein, dass es eben nur eine Losung aus der Not war und die negativen Erscheinungen eben dieser Notlage der Isolation im imperialistischen Umfeld entsprangen.

Das Scheitern der Sowjetunion ließ die anderen Staaten mit sozialrevolutionärer Grundlage als Einzelstaaten zurück. In der nun globalisierten kapitalistischen Produktionsweise musste jeder selber klarkommen. Bei dem hohen technischen Entwicklungsstand in den kapitalistischen Zentren war die ständige Neuerfindung des Rades kein gangbarer Weg. Um nicht bei der rasanten technischen Entwicklung total abgehängt zu werden und damit die nationale Selbstbestimmung zu verlieren, wurde ein Weg zur rascheren Industrialisierung notwendig: Die kapitalistische Produktionsweise wurde ins Land geholt.

Marktwirtschaft in China

Der Chinakenner Helmut Peters setzt sich in einem Artikel »*Kapital und ›sozialistische Marktwirtschaft‹ in China* in der Zeitschrift MARXISTISCHE ERNEUERUNG Nr. 100 (Dez. 2014) mit der Frage auseinander, »*weshalb sich die KP Chinas der Marktwirtschaft zuwandte und welche Erfahrungen das chinesische Experiment bisher vermittelte*«. Wir fassen den Inhalt zusammen:

Die dreitausend Jahre alte Ackerbaugesellschaft in China war gekennzeichnet durch bürokratisierten zentralen Absolutismus, Pachtbauern und von Staat und Großgrundbesitzern abhängigen Kleinbauern. *»In dieser Gesellschaft war der Einzelne ein Nichts, die Masse als beliebiges Instrument der Politik der Herrschenden alles. Die Traditionen dieser Gesellschaft waren tief verwurzelt.«*

Der vorkapitalistische Charakter dieser Gesellschaft blieb im Wesentlichen bis zur Revolution 1949 erhalten und war der Boden, auf dem sich die Gesellschaft der Volksrepublik entwickelte. Die geschichtlichen Prägungen wirken bei den Menschen immer noch lange nach. Mao wollte 1953 *»den direkten Übergang zum Sozialismus«* (Kollektivierung in der Landwirtschaft ohne Traktoren) einleiten. Nach diesem Versuch, vom Mittelalter in den Sozialismus zu gelangen, folgte ab 1956 der *»große Sprung nach vorn«* vom »Sozialismus« in den Kommunismus (Volkskommunen, Hinterhofhochöfen). Dann hatte die Volksrepublik zwar die Wasserstoffbombe und Raketen, doch 1987 sah der XIII. Parteitag der KP Chinas 1987, dass China die Armut und der Rückständigkeit eines *»auf manueller Arbeit beruhenden Agrarlandes«* nicht überwunden hatte und deshalb ein *»sehr langes Anfangsstadium des Sozialismus«* zu durchlaufen hatte.

Peters geht in seiner Beurteilung des Sozialismus als Gesellschaftsordnung auf eine bisher vergessene Überlegung Lenins zurück: *»Es ging ihm um die Bedeutung der bürgerlichen Kultur für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsformation. Lenin verstand darunter die Aneignung des materiellen und geistigen Fortschritts der Menschheit im Kapitalismus. Er sah darin die zivilisatorische Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus. Die Aneignung dieses Fortschritts bedingt natürlich eine schonungslose und zugleich differenzierte Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft.«* So gesehen hat China noch nicht die *zivilisatorischen Voraussetzung* für den Sozialismus als Gesellschaftsordnung geschaffen. *»Die historische Mission der KP Chinas in dieser Übergangsgesellschaft besteht darin, auf der Grundlage der bürgerlichen Kultur einen den nationalen Gegebenheiten entsprechenden Weg zum Aufbau des Sozialismus als Gesellschaftsordnung zu bahnen. Dabei besteht über lange Zeit, vor allem beim Fehlen günstiger internationaler Bedingungen, aber auch die akute Gefahr, in eine kapitalistische Gesellschaft abzudriften.«*

1985 stand für Deng Xiaoping die Frage im Vordergrund, wie die Produktivkräfte möglichst schnell entwickelt werden können. Zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft sah er keinen Widerspruch. Zu Beginn der 1990er Jahre erkannte er, dass »die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus ein sehr langer Prozess sein wird, weil der moderne Kapitalismus *noch Raum für seine Entwicklung hat.«* …Und weiter: *»China müsse sich, um seine Produktivkräfte* (im *Anfangsstadium des Sozialismus* – d.V.*) beschleunigen zu können, der Wirtschaftsweise des modernen Kapitalismus bedienen.«* Hier ging es also letztlich um eine existenzielle Frage der Volksrepublik.

Deng war sich der Schwierigkeiten bewusst, die durch das Hereinholen der kapitalistischen Produktionsweise entstehen. Indem die Führung bei den KP Chinas lag und der Staat insgesamt gesehen die Mehrheit am Eigentum der Produktionsmittel behielt, sollte dieser Weg abgesichert werden. Die Auswirkungen der Marktwirtschaft auf die ganze Gesellschaft konnte er noch nicht erkennen. Seitdem China der WTO beigetreten ist, werden nach und nach auch die staatlichen Betriebe den Marktgesetzen unterworfen. Das wirkte sich auch auf die Arbeitsverträge zwischen Beschäftigten und staatlichen Unternehmen aus und führte zu Protestaktionen der Belegschaften (vorbei an den offiziellen Gewerkschaften). Als China 2008 auf die globale Wirtschaftskrise reagierte, ließ die Regierung fast nur staatliche Unternehmen Nutzen aus diesem Konjunkturpaket ziehen.

Für die KP Chinas steht ganz entscheidend die Entwicklung der Produktivkräfte im Mittelpunkt. Deshalb wächst auch die Bedeutung kapitalistischer Elemente. Mit Joint Ventures (»gemischtem Eigentum« soll auch der staatliche Sektor Nutzen aus den Fähigkeiten der Privatunternehmen ziehen, also seine Konkurrenzfähigkeit erhöhen.

Die Steigerung der Produktivität hat China ermöglicht, die Armut mehr und mehr zurückzudrängen und das Bildungsniveau der Bevölkerung zu erhöhen. Das Land, es ist zur größten Handelsnation geworden und hat die größten Währungsreserven. Das ist zweifellos ein Ergebnis des Hereinholens der Marktwirtschaft. Doch was ist der Preis dafür? Die kapitalistische Produktionsweise hat den antagonistischen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital mitgebracht, der bei der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung im Lande eine große Rolle spielt. Aus einer Gesellschaft von fast Gleichen ist eine im Einkommen differenzierte, polarisierte Gesellschaft geworden, an deren Spitze zwei bis drei Prozent Reiche stehen.

Über Peters' Darstellung hinaus ist zu sagen:

Das bisherige ständige Wirtschaftswachstum hat eine größere Arbeitslosigkeit nicht aufkommen lassen. Eingebunden in die globale kapitalistische Produktionsweise werden die zyklischen Krisen mit ihren Folgen jedoch nicht an China vorbeigehen.

In den vergangenen Jahren sind chinesische Arbeiter neben ihrer offiziellen Gewerkschaft aktiv geworden, um sich gegen Mobbing, Missachtung des Arbeitsrechts und

für Arbeitssicherheit, Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne einzusetzen. Junge Arbeiter stellen ihre Proteste ins Netz und verbreiten sie somit. Sie erhalten Unterstützung von Intellektuellen der Universitäten und werden von Anwälten im Auftreten gegenüber dem Führungspersonal der Unternehmer geschult. In der südchinesischen, bevölkerungsreichsten Provinz Guandong waren fast täglich soziale Unruhen. In einigen Provinzen ließen die Behörden Polizei gegen die protestierenden Arbeiter vorgehen.

Diese Entwicklung ist nicht abgeschlossen. Aus ihr folgern die Fragen: Gewinnen die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten dauerhaft die Oberhand? Zu welcher Kraft entwickeln sich die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter? Vor einer entwickelten Arbeiterklasse steht letztlich die historische Aufgabe, die Produktionsmittel wieder zu vergesellschaften. Und kann die KP Chinas (bzw. ein entscheidender Teil von ihr) die sich entwickelnden Kräfte in der Arbeiterklasse für diese Aufgabe organisieren?

Sozialismus kann nur international bestehen. Die Zunkunft wird zeigen, welche Kräfte sich global für eine Änderung der gesellschaftlichen Entwicklung einsetzen werden. ■

■ VIETNAM:

Entwicklung Vietnams – Thesen

1. Vietnam war bis in die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts ein Agrarstaat. Der größte Teil der Bevölkerung waren Bauern. Auch heute noch stellen Bauern mit 50 Millionen die Mehrheit der Bevölkerung dar, wenn auch die Landwirtschaft mittlerweile nur noch weniger als 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt.

Grundlage der Landwirtschaft war (und ist) der Wasserreisanbau, den eine verfeinerte Bewässerungstechnik mit einfachen Geräten, aber hoher Sorgfalt auszeichnete. Dies brachte eine besondere Beziehung zwischen Bauern und Herrschaft mit sich. Die Bewässerung erforderte einerseits die Zusammenarbeit der Bauern eines Dorfes, zum anderen eine Zentralgewalt, die vor allem für Wasserregulierung, Deiche und Dämme zuständig war. Die aus dieser Aufgabe erwachsene Oberschicht lebte im Wesentlichen von den Abgaben bzw. Steuern, die die Bauern zu entrichten hatten.

2. Funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Bauern und Oberschicht, herrschte »Harmonie«. Da die Herrschenden aber dazu tendierten, die Abgabenschrauben mit der Zeit immer stärker anzuziehen, kam es zu Bauernaufständen. Diese Revolten ereigneten sich in einem relativ regelmäßigen 200-Jahres-Rhythmus mit dem Ergebnis, dass die jeweils bestehende Oberschicht ausgetauscht wurde. So blieb einerseits die königliche Zentralgewalt erhalten, andererseits konnte sich keine Bourgeoisie herausbilden.

3. Die Ausbeutung der Bauern verstärkte sich besonders immer dann, wenn eine ausländische Macht über Vietnam herrschte. Z.B. war das über 1000 Jahre China, das phasenweise Vietnam unterwarf. Dann hatten die Bauern nicht nur die einheimische Oberschicht zu ernähren, sondern auch die ausländische Herrschaft. Dies war die Grundlage für die immer wieder erfolgenden Aufstände gegen die chinesische Herrschaft, die schließlich im 15. Jahrhundert zur endgültigen Unabhängigkeit führten.

4. Als im 19. Jahrhundert Frankreich Vietnam kolonisierte, trat eine ähnliche Entwicklung ein. Frankreich plünderte Vietnam konsequent aus über Kautschukplantagen und Kohleabbau. Alle Investitionen sowie die Kosten der französischen Verwaltung und Besatzung mussten aus dem Land finanziert werden, Gewinne der Unternehmen wurden als Dividenden ausgeschüttet und nicht reinvestiert. Insbesondere die Bauern wurden durch hohe Steuern belastet, darüber hinaus mussten sie die Sklaven stellen, die in den Plantagen und Bergwerken buchstäblich verheizt wurden.

5. Das bedeutete, dass die Bauern nicht nur die einheimische Oberschicht ernähren mussten, sondern auch die französische Kolonialmacht bereichern und deren Verwaltung unterhalten mussten. Diese Situation führte zu Aufständen, die zunächst allesamt von der Oberschicht ausgingen und niedergeschlagen wurden. Aber spätestens die Nge-Thin-Revolte 1930/31 zeigte, dass die Bauern keine Wahl hatten: Sterben oder Aufstand. Ihre zentralen Forderungen waren Steuersenkung und Landreform. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen und Zehntausende hingerichtet.

6. Als die KP Indochinas von der Gruppe um Ho Chi Minh 1930 im chinesischen Exil gegründet wurde, war der Aufstand der Bauern schon im Gange. Im Unterschied zu allen vorhergegangen Führungsgruppen erkannte die KP die Bauernfrage als die zentrale Frage für eine erfolgreiche Revolution. Es trafen sich also zwei wichtige Elemente: zum einen die aufständischen Bauern, die aus sich heraus nicht zu einer gesamtstaatlichen revolutionären Perspektive gelangen konnten, und die Kommunistische Partei, die eine solche Perspektive hatte und sich darüber hinaus die Fähigkeit erwarb, die Bauern zu organisieren und hinter einem gemeinsamen Ziel zu vereinigen: die nationale Befreiung. Dabei war klar, dass nationale Befreiung immer auch die Befreiung der Bauern von der einheimischen und ausländischen Oberschicht bedeutete, die miteinander verbunden waren.

7. Die japanische Besatzung Vietnams verschärfte die Situation für die Bauern ins Schlimmste: Die japanische Besatzungsmacht benutzte Vietnam als Reislieferant und ließ Millionen von Bauern verhungern. Die Bauern mussten jetzt drei Ausbeutungsregimes gleichzeitig ernähren: die einheimische Oberschicht, die französische Kolonialverwaltung, die sich den Japanern ergeben hatte und weiterhin da war, und die japanische Besatzungsmacht. Dies führte dazu, dass die Bauern in Massen dem Vietminh zuströmten, der Bündnisorganisation der KP, und 1945 der allgemeine Volksaufstand losbrach. Die Japaner wurden aus dem Land geschmissen und die Volksrepublik ausgerufen.

8. Im Grunde änderte sich an dieser Grundkonstellation die nächsten 30 Jahre nichts Wesentliches: Ein Aufstand der Bauern geführt von der KP gegen die ausländische Besatzungsmacht und die einheimische Oberschicht um die Befreiung ihrer selbst und des Landes, was nicht getrennt zu haben war. Erst wollte Frankreich die Kolonie Vietnam wiederherstellen und wurde besiegt, dann griffen die USA ein, errichteten die alte Grundbesitzerherrschaft im Süden wieder und griffen schließlich selber massiv ein. Doch auch sie mussten 1973 trotz eines furchtbaren Vernichtungskrieg das Feld räumen, ihre einheimischen Statthalter wurden zwei Jahre später vertrieben.

9. 1975 waren das Land und die Bauern befreit, aber gleichzeitig war das Land in weiten Teilen zerstört, die Städte im Süden, insbesondere Saigon, übervölkert aufgrund der vor den Bombardierungen des Landes geflohenen Bauern, dazu im Süden ein in die Millionen zählendes Heer von Kollaborateuren, ehemaligen Soldaten, Killern

und Folterknechten. Die KP war einerseits unumstrittene Regierungsmacht, andererseits stand sie vor dem eigentlich unlösbaren Problem des Aufbaus eines sozialistischen Landes. Sie hätte eigentlich nur eine Chance gehabt, wenn Vietnam umfassende Hilfe erhalten hätte; etwa von den USA, die das Land ja zerstört hatten, oder von den sozialistischen Ländern. Faktisch war aber fast das Gegenteil der Fall: Die USA und China unterstützten das Pol-Pot-Regime in Kambodscha, das nun Krieg gegen Vietnam führte, so dass Vietnam gezwungen war, einen Krieg gegen Kambodscha zu führen und das dortige Regime zu stürzen. Daraufhin griff China 1979 Vietnam im Norden an und führte als »Strafexpedition« einen Feldzug der »verbrannten Erde«, den die Vietnamesen erst unter massivem Militäreinsatz zurückschlagen konnten. Die anderen sozialistischen Länder, insbesondere die SU, unterstützten zwar, konnten aber natürlich bei weitem nicht genug leisten um dies alles auszugleichen.

10. Trotz allem wollte die KP in einem »Großen Sprung« einen sozialistischen Aufbau durchführen, indem sie die Bauern in Volkskommunen organisierte und den Kleinhandel verstaatlichte. Nun zeigte sich aber, dass die Bauern nicht mehr bereit waren, der KP zu folgen. Sie hatten für ihre Befreiung gekämpft, ungeheure Opfer gebracht, dieses Ziel war erreicht, nun war Schluss mit Opfern. Denn nichts anderes bedeutete unter den geschilderten Bedingungen der Versuch eines sozialistischen Aufbaus, der natürlich hätte von den Bauern finanziert werden müssen. Sie mussten Reis abliefern, bekamen aber nichts dafür, weil es schlichtweg keine Industriegüter gab, die sie hätten bekommen können. Der »Vertrag« zwischen Bauern und KP war sozusagen beendet.

11. 1981 gerät das Land in eine Krise: Die Wirtschaft bricht zusammen, das Vertrauen der Bevölkerung schwindet. Die KP erkennt, dass es nicht möglich ist, eine historische Entwicklungsetappe in einem Sprung zu überwinden. Sie fährt die Kollektivierung der Landwirtschaft zurück, lässt den Kleinhandel zu und beginnt 1986 die »Doi Moi« (Öffnung, Erneuerung) genannten Reformen: Liberalisierung der Wirtschaft, Zulassung des Privateigentums, Öffnung nach außen. Es beginnt die Phase der »Marktwirtschaft mit staatlicher Lenkung«.

12. Die Geschichte der KP Vietnams zeigt, dass sie im Grunde immer im Auftrag der um ihre Befreiung kämpfenden Bauernschaft gehandelt hat. Aufgrund ihrer richtigen Perspektive konnte sie die Bauern organisieren und führen. Sie hatte zwar eine kommunistische Ideologie, die sie immer mal wieder in Widerspruch zu den Bauern brachte (z.B. bei der Einführung der Volkskommunen in Nordvietnam nach 1954). Aber die Verknüpfung zerriss nicht, solange der Krieg andauerte. Auch in der Außenpolitik während des Krieges zeigte sich diese Verknüpfung z.B. in der Beziehung zur Sowjetunion und insbesondere zu China. Die Vietnamesen nahmen immer die Hilfe an, ordneten sich aber nie den Interessen der beiden sozialistischen Großmächte unter. Darüber kam es auch mit China ab 1967 zum Bruch. In Moskau galten die Vietnamesen daher auch als »engstirnige Nationalisten«. Auch nach 1975 bewährte sich diese Verbindung in der »Politik der Versöhnung« gegenüber dem oben genannten Millionenheer von ehemaligen Feinden im Süden: Die KP verzichtete auf jede strafrechtliche Verfolgung, es gab kein einziges Todesurteil, lediglich die Verschickung in »Umerziehungslager« zwischen in der Regel ein bis drei Jahren.

13. Die KP verfolgt gewissermaßen eine Politik der »Harmonie«, nachdem der über hundertjährige Krieg um die Befreiung der Bauern und des Landes vorüber ist. Damit steht diese Politik in den großen Linien der vietnamesischen Geschichte. Da die Einführung einer kapitalis-tischen Wirtschaft aber voraussehbar zu allem anderen als zur Harmonie zwischen den Klassen und Schichten der Gesellschaft führen wird, ist das Ende offen. ■

■ DAIMLER-BENZ WERK BREMEN

Hier bahnt sich ein Grundsatzkonflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern an –

Wie verhalten sich die IG Metall und die anderen Gewerkschaften ?

Eine erste Meldung aus dem Daimler-Werk Bremen: Am Vormittag des 1. Dezember 2014 verlangten die Arbeiter Auskunft über die Pläne der Geschäftsleitung. Die Antworten des Betriebsleiters Kellermann waren ihnen nicht ausreichend genug. Zwischen 10.00 Uhr und 12.30 standen die Bänder im Rohbau still. Der Betriebsleiter ließ sich bei den Debatten auf nichts ein, blieb bei allen seinen Aussagen im Unklaren, worauf er mit dem Versprechen verabschiedet wurde, dass die Kollegen wiederkommen würden – »*gegen die geplanten weiteren Fremdvergaben und das ganze Raubpaket*«.

Eine zweite Meldung am frühen Morgen des 12. Dezember 2014: *»…stehen die Bänder seit 23.00 Uhr still. Aus Protest gegen Fremdvergabe und Leiharbeit, sowie gegen das Raubpaket der Werkleitung, zogen die Kollegen durch sämtliche Hallen. Mit viel Getöse und Rufen wie ›Wollt ihr 92 Sonderschichten? Raus, raus, raus‹ leerten sich die Hallen…«*

Dieser spontane Versuch der Nachtschicht, sich über elementare Entscheidungen der Werksleitung zu informieren, war nicht das besondere; solche kurzen Arbeitsniederlegungen aus diesem Grund hat es im Werk Bremen wie auch in anderen Daimler-Werken schon öfters in den letzten Jahren gegeben (z.B. Oktober 2012). Ein Sparpaket jagt das nächste Sparpaket, alle mit demselben Zweck: Verdichtung der Arbeit durch höhere Taktraten, Verblödung der Arbeit durch Einfachschritte in Abhängigkeit von Robotern, Wegfall und Reduzierung von Pausenzeiten, Auftragsvergabe in ein anderes Werk des Konzerns, Forderung nach regelmäßiger 6-Tage-Produktionswoche und vieles mehr. Dass den Kollegen das irgendwann mal zu viel wird, damit muss die Werkleitung natürlich rechnen, wenn sie ihr eigenes Vorgehen reflektiert. Es gehört zum Leben, dass in einer großen Belegschaft Empörung entsteht, wenn sie drangsaliert und ihrer Zukunftsaussicht beraubt wird.

Im Fall Daimler Bremen waren Details aus einem »Zukunftsbild 2019« genannten Rationalisierungsprogramm bekannt geworden, die vor allem den Bandarbeitern »Ausweicharbeitsplätze« wegnehmen werden: Da der gesund-

heitliche Verschleiß an den Bändern immer schneller und heftiger eintritt, ist es im Werk seit Jahren übliche Praxis, dass man die letzten Jahre vor Eintritt in die Rente auf einen nicht so belastenden »einfachen« Arbeitsplatz ausweichen konnte (Bezahlung in der Logistik unter Daimler-Bedingungen ca. 25,00 EUR, aber unter Werkvertragsbedingungen dann ca. 8,00 bis 9,00 EUR). Viele Bandarbeiter haben das als Übergang in die Rente fest ins Auge gefasst, ja, sie halten den Stress am Band nur durch mit der Hoffnung, dass es zum Ende ihres Arbeitslebens etwas ruhiger werden würde.

Mitnichten: das aktuell zur Diskussion stehende Sparpaket sieht vor, dass genau diese »einfachen« Arbeitsplätze fremdvergeben werden, sie aus der Entscheidungskompetenz von Daimler rausgenommen werden. Die bisherige Praxis wird also von Daimler unterlaufen, dem Einzelnen geht die Lebensplanung verloren. Das vor der Belegschaft bisher geheim gehaltene »Zukunftsbild 2019« wird allerdings vom Betriebsrat schon mit der Geschäftsleitung verhandelt. Deshalb baut sich erheblicher Frust auf.

In der besagten Nacht war es wohl besonders krass. Es war bekannt geworden, dass im kommenden Jahr vom Betriebsrat zu genehmigende **92 Sonderschichten an Wochenenden gefahren werden sollen, weil die Produktion von jetzt 330.000 Autos auf 400.000 gesteigert werden soll, also 20 Prozent mehr**. Diese Mehrarbeit ist nur mit regelmäßiger Sonnabend-Arbeit zu bewältigen. Gleichzeitig gab und gibt es Stress über die Ankündigung, dass aus der Logistik-Abteilung 141 Arbeitsplätze fremdvergeben werden sollen. Fast alle der 1.300 auf der LKW-Kreuzung vor dem Tor 8 versammelten Kollegen wollten in dieser Nacht nach der Info-Veranstaltung aus Protest nicht mehr weiterarbeiten, sie stempelten und gingen nach Hause. Es war eine ungeplante Aktion wie die Informationsveranstaltung zuvor auch.

Die Geschäftsleitung trat in den nächsten Tagen auf den Plan, versuchte mit Hilfe von extra für die Nachtschicht einbestellten »Personalplanern« und mehr als 80 Vorladungen einzelner Kollegen diese zu verhören (mehr als 20 Fragen) und nach »Drahtziehern« zu fahnden, bekam nichts heraus und verschickte dann direkt zum Jahreswechsel **761 Abmahnungen** per Einschreiben (niemand fragt natürlich, was allein dieser Zeit- und Materialaufwand kostete). Diese Abmahnungen sind unterschiedlich begründet, je nachdem ob der Kollege seinen Abgang gestempelt hat oder ob er noch im Werk blieb.

Diese ungewöhnlich heftige Reaktion drückt aus, dass die Geschäftsleitung Stärke zeigen und einen konfrontativen Kurs fahren will, um **jegliche Kritik an ihren Produktionsplanungen zu denunzieren und künftig für illegal erklären zu können**. Die Gewerkschaft IG Metall hat mit ihrem Bremer Bevollmächtigten Volker Stahmann jemanden, der den Kollegen durch unachtsame Äußerungen direkt nach der Aktion offenbar in den Rücken gefallen ist. Er will – koste es auch an Ansehen bei den Kollegen – die Rolle der Gewerkschaft als »Sozial-Partner« auch bei gegen die Kollegen gerichteten Entscheidungen unbedingt aufrecht erhalten.

Der Betriebsratsvorsitzenden Michael Peters äußerte sich am 21. Januar im »Weser-Kurier« zu dem Vorfall: *»… es hat immer schon Informationsveranstaltungen mit Produktionsausfall gegeben. Wir hatten 2013 eine ähnliche Situation . . . Das ist aber nie geahndet worden. . . . Wir haben zusammen mit der IG Metall den Arbeitgeber aufgefordert,*

die Abmahnungen zurückzunehmen. Die Werksleitung lehnt Gespräche darüber strikt ab. Wir bleiben aber dabei: Die Informationsveranstaltungen sind wichtig und berechtigt«. W-K-Frage: Steht der BR denn geschlossen hinter den Protesten? ***»Selbstverständlich. Genauso wie die IG Metall.«***

Die Maßnahmen der Daimler-Geschäftsleitung sind aktuell noch nicht einmal Verhandlungsgegenstand der IG Metall mit der Geschäftsleitung. **Sollten diese 761 Abmahnungen in den Personalakten bleiben, macht Daimler für alle Unternehmer in der BRD den Weg frei für solche und ähnliche Angriffe auf das Grundrecht der Informationsfreiheit auch im Betrieb.**

Das ist vielen Gewerkschaftern noch nicht klar: Das Direktionsrecht des Unternehmers im Betrieb darf dieses Grundrecht nicht aushebeln und seine Anwendung mit einer Abmahnung bedrohen. Eine Abmahnung enthält immer die ausdrückliche Bedrohung, dem Abgemahnten bei einem erneuten »gleichartigen Fehlverhalten« zu kündigen. Eine Abmahnung ist eine existentielle Bedrohung des abhängig Beschäftigten und seiner Familie. Darüber hinaus: Das kollektive Verhalten der Kollegen in der Nachtschicht, das als individuelles Verhalten ausgeschlossen werden kann, wird durch die Abmahnung mit individuellen Folgen geahndet, was die künftige kollektive, solidarische Interessenvertretung der Gewerkschaft zersetzt. Insofern richtet sich einer der führenden Industriekonzerne der BRD auf verschärfte Konfrontation ein.

Alle 8 bis 10 Jahre wird in der Autoproduktion eine neue Modellreihe aufgelegt, die die breite Umsetzung von inzwischen erreichten Automatisierungsfortschritten zur Folge hat, das bedeutet neue Maschinen, neue Roboter und weitere Auslagerung von Produktionsteilen an Lohndrücker-Firmen, die im Werk selber tätig werden oder bis ans Montageband zuliefern. Diese Betriebe werden mittels Lieferverträgen geknebelt, notfalls ausgetauscht. Das nun bevorstehende Sparpaket des Daimler-Konzerns will u.a. Lohnkosten sparen durch Verlagerung von Verwaltungsjobs von Stuttgart nach Berlin. Gleichzeitig beruhigt Daimler-Chef Zetsche die Kollegen in Bremen: *»Bremen hat beim Anlauf der neuen C-Klasse als Kompetenzzentrum einen tollen Job gemacht«*. Die für das kommende Jahr vorgesehene Produktionssteigerung von 20 Prozent mehr Einheiten allein im Bremer Werk erfordert eine entsprechende Zunahme des Personals. Belegschaft und Betriebsrat fürchten, dass zusätzliches Personal nur durch Lohndrücker-Firmen herangeholt wird.

Der Tarifstreit ist seit dem 26. Februar in Norddeutschland zu Ende, es waren nur wenige Warnstreikstunden am 1. Februar notwendig, um den Start der Verhandlungen für einen Pilotabschluss in Baden-Württemberg auf den Weg zu bringen. Die Unternehmer waren dringend interessiert, die Produktion nicht durch Arbeitsniederlegungen zu stören. Es wäre für die Verhandlungskommission der IG Metall, die natürlich durch den Vorsitzenden Wetzel »im Nebenzimmer« begleitet wurde, ein Leichtes gewesen, zum Ende der Verhandlungen zu fordern, dass die Unternehmerseite schleunigst die Radikalisierung der Beziehungen zu den Gewerkschaften (in Form der Daimler-Abmahnungen in Bremen) zurücknimmt, sonst würde die IG Metall die Tarifverhandlungen abbrechen. Im Nu wären die Abmahnungen vom Tisch gewesen.

Aber wir haben es mit Gewerkschaftsvorständen (denn es ist nicht nur die IG Metall) zu tun, denen es wichtiger ist, die Partnerschaft mit den Unternehmern nicht zu belasten als dass sie widerstandsbereite Belegschaften um die Gewerkschaft sammeln, um diese in bevorstehenden Kämpfen überlebensfähig zu machen.

Gewiss, auch im Bremer Daimler-Werk zeigen sich (wie in anderen Auto-Betrieben in der BRD auch) über die künftigen Wege gewerkschaftlicher Vertretung Differenzen, die sich aktuell in Fraktionen innerhalb der Betriebsräte ausdrücken. Diese Differenzen lassen sich nicht ungeschehen machen, sie werden evtl. noch zunehmen. Aber die von den Unternehmern verlangte Steigerung der Produktion und gleichzeitige Kostenreduzierung (die schon immer für unvermeidlich erklärt wird) wird keine Rücksicht auf unterschiedliche Auffassungen unter den betrieblichen Vertretern nehmen: Alle sind gefordert, alle IG Metaller und andere Gewerkschafter: **Der nächste zu bewältigende Schritt ist die noch nicht durchgesetzte Rücknahme der 761 Abmahnungen in Bremen**. **Es geht um Rechte, auf die alle in der BRD Arbeitenden existenziell angewiesen sind – andernfalls wären wir Sklaven in einem rechtsfreien Raum, im Betrieb.** Hamburg, den 1. März 2014 ■

Mercedes-Benz Bremen:

Das Werk in Bremen ist der größte private Arbeitgeber der Hansestadt und nach Sindelfingen das zweitgrößte (Personalstand: 12.800 Mitarbeiter) Produktionswerk im Daimler-Verbund weltweit. Es befindet sich im östlichen Bremer Stadtteil Sebaldsbrück. Der Standort war ab 1938 von Borgward als Stammwerk gebaut worden und wurde nach dem Konkurs von Borgward von der Firma Hanomag für den Bau von leichten Lkw und Baumaschinen übernommen. Daimler-Benz beteiligte sich ab 1969 an Hanomag-Henschel und übernahm wenig später den Fahrzeugbau von Hanomag-Henschel ganz, wodurch das Werk in den Daimler-Benz-Konzern integriert wurde. Anfangs wurden dort der Harburger Transporter und der Nachfolger Mercedes-Benz T 1 gebaut, später das T-Modell des W 123.

Aufgrund seiner Nähe zu den bundesdeutschen Häfen, vor allem dem PKW-Hauptumschlagplatz Bremerhaven, produziert das Werk Bremen insbesondere auch für den Export nach Übersee.

2011 war mit über 313.000 produzierten PKW das bisher erfolgreichste Jahr in der Geschichte des Werkes, 2012 waren es vermutlich die erwähnten 330.000. ■

Kontakt zur Alternative-Gruppe: g.kupfer@arcor.de
Kontakt zur IG Metall Bremen: bremen@igmetall.de

■ FLUGTRANSPORT-BETRIEB DHL LEIPZIG

Kurzer Prozess

Wer die Tarifrunden zu Lohn bzw. Entgelt des letzten Jahres verfolgt hat, wird festgestellt haben, dass nahezu alle Lohnrunden mit Ergebnissen abgeschlossen wurden, die deutlich über der aktuellen Inflationsrate liegen.

Unter den guten Ergebnissen ragt aber eines hervor, das des **Air HUB Leipzig, des Standortes für die Luftflotte von DHL Express**. Zum 1.12.2014 wurden die Löhne um 4,7 Prozent erhöht und ab 1.12.2015 werden sie um weitere 4,3 Prozent steigen. Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 24 Monate. Wie kam es zu diesem hohen Abschluss?

Neuer Standort – Neue Bedingungen

Der HUB Leipzig wurde von der DHL im Jahr 2008 eröffnet. Das Unternehmen zog alle seine Standorte in Europa zusammen, um von hier aus den internationalen Warenaustausch zu organisieren. Flugbasen wie die in Belgien wurden trotz des heftigen Protestes der dortigen Belegschaft geschlossen. Für die deutschen Standorte wurden erträgliche Sozialpläne vereinbart.

Ein Motiv für die Zentralisierung des Umschlages der Luftfracht war sicher der Kostenvorteil, den die Konzentration auf einen Standort bietet. Der entscheidende Grund, den in Leipzig zu eröffnen, bildeten die üppigen Zuschüsse, die es damals für Investitionen im Osten der Republik gab. Außerdem konnte die Post hier auf ein großes Reservoir von Arbeitskräften zurückgreifen, die »froh« waren, eine auf lange Sicht angelegte Beschäftigung zu bekommen.

DHL-Selbstauskunft:

Wir verfügen über eine Flottenkapazität von mehr als 250 Flugzeugen, darunter 170 eigene Düsenflugzeuge und mehr als 80 kleinere Zubringermaschinen. Mit dieser Flotte bedienen wir mehr als 500 Flughäfen, über 20 regionale Hubs und die drei globalen Drehkreuze in Leipzig, Cincinnati und Hong Kong. Über Partnerschaften mit Drittanbieten haben wir zudem die Möglichkeit, unsere Kapazitäten nach Bedarf anzupassen. Lufttransporte sind ein zentraler Bereich unserer Geschäftstätigkeit – sie sind aber zugleich sehr emissionsintensiv. Im Jahr 2013 hatte unsere Flugzeugflotte einen Anteil von 64 Prozent an unseren konzernweiten Treibhausgasemissionen in den Scopes 1 und 2.

Und schließlich bildete der Umstand, den Flughafen ohne Auflagen auch nachts nutzen zu können, einen wichtigen Anreiz für die Standortwahl des Unternehmens.

DHL nutzte die Gunst der Stunde und trat noch während des Planungsprozesses an ver.di heran. Eine geordnete Tarifstruktur könne es in Leipzig nur dann geben, wenn sich der Fachbereich auf einen gesonderten Tarifvertrag einlasse, der weitgehend von dem sonst für die Beschäftigten der DHL geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen abgekoppelt sei. Etwa 20 Prozent müssten die Löhne nach Vorstellungen des Postvorstandes schon niedriger sein, erklärte die Post.

Der Fachbereich akzeptierte nach einigen Verhandlungsrunden und Korrekturen im Detail das Angebot der Post. Eine Belegschaft, die ihre Interessen artikulieren und durch Arbeitsniederlegungen unterstreichen konnte, gab es ja noch nicht. Und alle Beschäftigten der Post in einer der kommenden Tarifrunden für den HUB streiken zu lassen, erschien dem Fachbereich aus vielerlei Gründen zu riskant.

In den folgenden Jahren versuchte die Post ihre Position gegenüber der Belegschaft und ver.di weiter auszubauen. So stellte sie überwiegend Teilzeitkräfte ein und nutzte das Instrument befristeter Verträge weidlich aus. Anfänglich stieß sie dabei auf wenig Widerstand. Gewerkschaftliche Strukturen mussten sich erst bilden. In der durch Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Niedriglohn geprägten Region um Leipzig gehört DHL zu den wenigen Arbeitgebern, die den vereinbarten Lohn verlässlich zahlen. Mittlerweile arbeiten am Standort Leipzig etwa 3.800 KollegInnen.

Die Arbeit ist hart auf dem Flughafen von DHL. Der überwiegende Teil der Tätigkeiten besteht im Be- und Entladen der Flugzeuge wie der ankommenden und abfahrenden LKW. Aufgrund der engen Taktung der Starts und Landungen und deren Einbettung in international auf die Minute abgestimmten Lieferketten sind die körperlichen Belastungen für die Kollegen sehr hoch. Häufig können keine Pausen gemacht oder müssen kurzfristig Überstunden akzeptiert werden.

Die Achillesferse von DHL Express

Für DHL ist der Flughafen das »Tor zur Welt«, der zentrale Ausgang für das internationale Express- und Speditionsgeschäft. Das Unternehmen ist mittlerweile in nahezu allen Ländern dieser Erde vertreten. Das Geschäft von hier aus läuft gut, was man allein schon daran sehen kann, dass die Post jüngst das erste Drittel einer neuen Halle eröffnete. Ist die erst einmal fertig gestellt, werden sich die Kapazitäten

des Luftdrehkreuzes gegenüber den Anfangsjahren um etwa 50 Prozent erhöht haben.

Wer Waren als Luftfracht versendet, muss dafür schon einen besonderen Grund haben. Denn der Transport mit dem Flugzeug ist sehr teuer. Für eine solche Entscheidung kann der Hintergrund sein, dass Ersatzteile für Maschinen dringend benötigt, dass Lieferungen für terminlich eng gesetzte Produktionsaufträge kurzfristig erfolgen müssen oder aber dass verderbliche Waren keine langen Transportzeiten vertragen. Was auch immer das Motiv für die Wahl des Luftweges für die Beförderung der Güter ist, die Einhaltung der vereinbarten Liefertermine ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Und für das Transportunternehmen sind Verzögerungen beim Transport der Waren oder gar der Ausfall von vereinbarten Leistungen der ökonomische GAU.

Bedingungen erfolgreicher Tarifpolitik

Diesen Umstand nutzte nun ver.di in der anstehenden Tarifrunde. Entgegen den Gepflogenheiten im Unternehmen, vor Aufnahme von Warnstreiks erst einmal die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber abzuwarten und dann allenfalls lau mit begrenzten Arbeitsniederlegungen zu reagieren, legten die KollegInnen bei DHL HUB Leipzig unmittelbar nach Auslaufen der Friedenspflicht die Arbeit nieder. Die Aktion war so gut vorbereitet, dass die Post davon vollkommen überrascht war.

Es hagelte tagelang Proteste seitens der betroffenen Firmen. Sie drohten mit Schadenersatzforderungen. Der Ausgleich solcher Ansprüche wäre ja noch für die Post verkraftbar, doch ihr drohte bei Fortsetzung der Arbeitsniederlegungen vor allem ein Imageschaden: die möglicherweise bei den Unternehmen sich festsetzende Überzeugung, die Post sei hinsichtlich der Termintreue beim Geschäft ein unsicherer Kandidat. Der CPO (Chief Production Officer) des Briefsektors der Post, Uwe Brings, tobte tagelang im Post Tower zu Bonn. DHL Express benötigte knapp eine Woche, um wieder zum Normalbetrieb zurückzukehren.

Kaum war der Warnstreik verklungen, kam es nur zwei Tage später bei den schon vorher vereinbarten Verhandlungen zu einem akzeptablen Angebot. Ursprünglich hatte die Post kalkuliert, einen Abschluss noch einige Zeit hinauszögern zu können.

Nach der PIN AG hat es nun die Belegschaft eines zweiten Unternehmens im Brief- und Logistiksektor geschafft, akzeptable Tarifverträge für sich zu erkämpfen. Beiden gemeinsam war: Es gab einen **starken Druck seitens der Belegschaft auf die Gewerkschaft**, die Einkommen zu verbessern oder sie erstmals zu tarifieren. Jeweils wurden die Schwachpunkte der Firmen ausgemacht und gezielt gestreikt. Hier war nicht Zögerlichkeit am Platz, sondern Entschlossenheit – verbunden mit der klaren Ansage, bis zum Äußersten gehen zu wollen, selbst dann, wenn das jeweilige Unternehmen einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden erleiden würde. Hinzu kam, dass die Streiktaktik von ver.di für die Unternehmen überraschend kam, so dass sie sich nicht darauf vorbereiten konnten.

Ob der ver.di-Fachbereich diese Erfahrungen auch bei den kommenden Tarifverhandlungen im Brief- und Paketsektor berücksichtigt, werden wir gespannt verfolgen.

01.02.2015 ■

■ WEICHENSTELLUNG

ver.di vor schwierigen Tarifrunden bei der Post

Zum ersten Mal seit Jahren hat ver.di in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten der bundesweit 33 Paketzentren am 5. Dezember 2014 zu einer gemeinsamen Aktion aufgerufen. Am Vorabend des Nikolaustages riefen die Betriebsräte von 31 Paketzentren die Beschäftigten zur Teilnahme an einer Betriebsversammlung auf. Mit der Wahl des Termins und der Gleichzeitigkeit der Versammlungen konnte ver.di sicher sein, dass bundesweit die Presse reagieren und der Postvorstand sich ordentlich ärgern würde.

Anlass für dieses Vorgehen des Fachbereichs 10 von ver.di war die Befristungspolitik des Unternehmens. Die Post hatte seit mehreren Monaten im Paketsektor nur noch befristete Einstellungen vorgenommen und so die Quote der prekär Beschäftigten drastisch erhöht. Im Dezember 2014 gab es schließlich 24.000 Zeitarbeitsverträge im Bereich Paket und Brief bei ca. 175.000 Beschäftigten. Davon fallen allerdings nur etwa 130.000 unter die Tarifverträge der Post, die restlichen Beschäftigten sind Beamte. Bezogen auf die Tarifkräfte beträgt die Quote der befristeten Kräfte knapp 20 Prozent. In der Sparte Paket sind die Relationen deutlich höher. In einigen Niederlassungen sollen bis zu 40 Prozent der Beschäftigten mit zeitbefristeten Verträgen arbeiten.

Auf Konfrontationskurs

Ausgangspunkt für diese Vorgehensweise der Post bildet der Tarifabschluss zum Lohn vom April 2013. Damals hatten sich ver.di und der Postvorstand darauf geeinigt, die Tariflöhne ab August 2013 um 3,1 Prozent und ab Oktober 2014 nochmals um 2,6 Prozent zu erhöhen. Der Abschluss wurde verantwortet von der für Personal zuständigen Vorstandsfrau Titzrath. Das für den Brief- und Paketsektor verantwortliche Vorstandsmitglied Jürgen Gerdes hatte das Ergebnis abgelehnt. Nach seiner Auffassung sei es deutlich zu hoch ausgefallen und lasse keine ausreichenden Überschüsse für das Neugeschäft zu.

In den Monaten nach Abschluss des Tarifvertrages entspann sich im Vorstand eine heftige Kontroverse über

die zukünftige Lohnpolitik des Unternehmens. Während Gerdes für eine Konfrontationsstrategie zur nächsten Tarifrunde plädierte, um das Ergebnis von 2013 zu korrigieren, blieb Titzrath bei ihrer moderaten, auf Konsens mit ver.di setzende Haltung. Der Vorsitzende Appel, der zunächst den Tarifabschluss von 2013 mitgetragen hatte, schwenkte um und unterstützte Gerdes. Titzrath verließ entnervt im Sommer 2014 das Unternehmen. Jetzt war klar, wohin die Reise gehen würde.

Als im Juli 2014 die Vertragsverlängerung von Gerdes im Aufsichtsrat zur Entscheidung stand, stimmte ver.di zum ersten Mal seit Gründung des Unternehmens als Aktiengesellschaft gegen die Bestellung eines Vorstandsmitgliedes.

Gerdes hatte sich nach seiner Vertragsverlängerung dafür entschieden, nicht nur eine Korrektur des Tarifergebnisses von 2013 durchzusetzen, sondern die Entlohnungsgrundsätze für die Beschäftigten grundsätzlich zu ändern. Um Druck gegenüber ver.di aufzubauen, ließ er nahezu alle Neueinstellungen in den unteren Lohngruppen befristen.

Von Seiten der Gewerkschaft gab es ab Herbst 2014 einige Stellungnahmen in Form von Erklärungen und Flugblättern zur Befristungspolitik des Unternehmens. Hinweise etwa dazu, dass die Vorgehensweise des Unternehmens nur möglich ist, weil die rot-grüne Regierung im Teilzeitbefristungsgesetz die Möglichkeit geschaffen hatte, Arbeitsverträge bis zu zwei Jahren sachgrundlos zu befristen, fehlten. Weitere Aktivitäten des Fachbereiches blieben aus.

Post schafft Fakten

Überraschend für ver.di verkündete der Vorstand Anfang Dezember eine neue Gesellschaft, die DHL Delivery, gegründet zu haben. Laut Handelsregister soll sie vor allem Paketdienstleistungen erbringen. Alle befristeten Verträge im Paketsektor, die auslaufen würden, so ließ die Post verlauten, würden nicht erneuert. Stattdessen erhielten die Betroffenen das Angebot, unbefristet bei der DHL Delivery anfangen zu können. Auch diejenigen, deren Verträge noch eine längere Zeit bestehen würden, könnten sich für ein Arbeitsverhältnis bei der neuen Posttochter entscheiden. Sie würden die Differenz zwischen neuem und altem Vertrag erstattet bekommen. Die Bezahlung in dem neuen Unternehmen werde sich nach den jeweils regional geltenden Tarifverträgen für Spedition und Logistik richten.

Bei diesen Tarifverträgen handelt es sich um recht spartanische Regelungen. Sie erfassen nur die wesentlichen Bestandteile eines Tarifvertrages, die Bestimmungen zu Lohn und Arbeitszeit, sowie Urlaubslänge, Weihnachts- und Urlaubszahlungen, so sie denn überhaupt angeboten werden. Z.B. gibt es beim Lohn für Zusteller keine Steigerungen nach Arbeitsjahren.

Die Post möchte die Entlohnungsregelungen der Tarifverträge durch unternehmensspezifische Bestandteile ergänzen. So soll es Angebote zu befristeter, freiwilliger‘ Mehrarbeit von bis zu fünf Stunden die Woche geben. Ferner sollen Prämien für gute Leistungen oder für die Erreichung bestimmter Qualitätsstandards gezahlt werden. Die Zusatzangebote sollen einzelvertraglich vereinbart, allenfalls in örtlichen Betriebsvereinbarungen festgehalten werden.

Die vollständige Umstrukturierung der bisherigen Entlohnungsgrundsätze ist tarifpolitisch das eigentliche Ziel des Unternehmens-Vorstandes. Die Tarifverträge im Speditions- und Logistiksektor sind kaum in Auseinandersetzungen entstanden und nur ein grober Maßstab für die wirklichen Zahlungen der Unternehmer. Bei einem Organisationsgrad von maximal 20 Prozent in der Branche ist dies auch nicht verwunderlich. Einige regionale Tarifverträge liegen sogar noch unterhalb des Mindestlohns und befinden sich seit fünfzehn Jahren in gekündigtem Zustand. Die Deliverys in diesen Regionen müssen sich benachbarten Arbeitgeberverbänden anschließen, um die neuen gesetzlichen Vorgaben für die Entlohnung erfüllen zu können.

Selbst wenn ver.di in einzelnen Delivery Standorten in absehbarer Zeit stark würde, muss sie bei der Durchsetzung von Forderungen auf viele andere Unternehmen in der Region Rücksicht nehmen. Und wenn sie in einzelnen Regionen diese Hürde überwinden kann und es hier zu guten Abschlüssen käme, wäre dies noch keine Garantie, dass andere Tarifbezirke dem folgen würden.

Über den Tisch gezogen

Verdi musste sich vorhalten lassen, dass es für den Angriff der Post auf die Haustarifverträge selbst Tür und Tor geöffnet hat. Bereits seit einigen Jahren ist Bestandteil des sog. Beschäftigungspaktes die Abmachung, dass die Post bis zu 990 Zustellbezirke fremd vergeben darf. Dieser Vertrag, der letztmalig 2011 mit einer Laufzeit bis Ende 2015 erneuert wurde, ist nicht daran gekoppelt, dass die Post bestimmte tarifliche Standards bei der Vergabe von Zustellleistungen einhalten muss. Dies verwundert schon allein deshalb, weil die Beschäftigten der Firmen, die diese Leistungen übernehmen, alle zum Organisationsbereich von ver.di. gehören. Es wurde nicht einmal vertraglich festgelegt, dass diese Unternehmen die Leistungen auch selbst erbringen müssen. Häufig engagierten sie dafür Subunternehmen und senkten so weiter die Standards.

Jüngst mussten die ver.di-Hauptamtlichen feststellen, dass sie bei diesem Vertrag hinters Licht geführt wurden. Bei den 990 vergebenen Bezirken ist nicht die bei der Post übliche Bemessung zu Grunde gelegt worden, die auf der 38,5 Std-Woche basiert, sondern die des Arbeitszeitgesetzes, das Zehn-Stunden-Schichten zulässt. So hat die Post in Wirklichkeit ca. 1.200 Bezirke vergeben, also deutlich mehr. als die vertrauensselige Gewerkschaft zugestand. Eine Klage wegen Verletzung des Vertrages wurde nicht erhoben. Es blieb bei verbalem Protest.

Ziel der Post: Weitere Schwächung von ver.di

Die Entscheidung der Konzernleitung zur Gründung eines neuen Unternehmens für den Paketbereich wird die Gewerkschaft auch auf ihrem angestammten Gebiet, dem des Mutterkonzern Post, schwächen. Und dies genau ist die strategische Absicht des Vorstandes. Der möchte nicht nur eine Kostensenkung im Personalsektor durchsetzen und die Arbeitszeiten der Beschäftigten flexibilisieren, sondern

vor allem den Einfluss von ver.di auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten einschränken.

Die aktiven Mitglieder zeigen sich im Moment verwundert darüber, dass der Vorstand seine Attacke zu einem Zeitpunkt reitet, wo es dem Unternehmen recht gut geht. Der Umsatz vor allem im Paketsektor wächst, die Gewinne sprudeln, die Dividende steigt. Dies sind eigentlich die besten Voraussetzungen, um »fair« zu teilen und einige der schmerzlichen Zugeständnisse der letzten Jahre zurückzunehmen. Doch ver.di ist in den letzten Jahren schwach geworden.

Zugeständnisse in der Tarifpolitik

Die Postgewerkschaft, die in den 70er und den 80er Jahre tarifliche Standards setzte, hatte trotz einer umfassenden Kampagne die Privatisierung der Post nicht stoppen können. Sie musste mit ansehen, wie die drei Kernbereiche der ehemaligen Bundespost in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden. Alle Bereiche des ehemaligen Staatsunternehmens wurden der Konkurrenz durch private Unternehmen ausgesetzt.

Anfang 2000 unterschrieb sie ein Papier, die so genannte **Petersberger Erklärung**, mit der sie dem Anliegen des Unternehmens zustimmte, die Tarife bei der Post zu senken. Seit September 2003 liegen die Löhne für Neueingestellte ca. 30 Prozent unter den bisherigen.

Doch mit dem Zugeständnis kehrte nicht, wie von ver.di erhofft, Ruhe in die Tarifpolitik ein. In den folgenden Jahren versuchte der Vorstand die Entgelte weiter abzusenken. In mehreren Tarifrunden ließ sich ver.di darauf ein, Bestandteile des gerade abgeschlossenen »Jahrhunderttarifwerks« befristet auszusetzen als Gegenleistung für das Versprechen der Post, von betriebsbedingten Kündigungen und Ausgliederungen von Unternehmensteilen abzusehen. Die bezahlten Pausen von ca. drei Minuten pro Arbeitsstunde, die so genannten ter-Zeiten, wurden um eine Minute pro Stunde gekürzt; die Überstundenzuschläge bei den Zustellern ausgesetzt; die beiden AZV-Tage zur Disposition gestellt. Und die bezahlten Pausen für die Nachtarbeit wurden zwar tarifvertraglich abgesichert, aber um zwei Minuten gekürzt. Zusätzlich hat ver.di noch in der Tarifrunde 2010 für die Neueingestellten eine Absenkung von 4 Prozent akzeptiert durch Einführung einer sog. Dienstzeitstufe Null. In ihr befinden sich alle befristeten Kräfte.

Mit all diesen Maßnahmen wurde zwar die Forderung des Postvorstandes, die Wochenarbeitszeit zu erhöhen, abgewehrt, aber durch die Absenkung von bezahlten Pausen und Freistellungsansprüchen die tatsächliche Arbeitszeit verlängert.

Verdi hat ihre Tarifpolitik intern als Erfolgsgeschichte verkauft. Die Mitglieder jedoch wurden nicht befragt und nicht einbezogen. Nahezu alle Tarifrunden der letzten Jahre verliefen ohne Arbeitsniederlegungen, so dass die Bindung an die aktuelle Tarifpolitik deutlich geschwächt ist.

Auch bei der Flexibilisierung der Arbeitszeiten kam ver.di dem Unternehmen entgegen. Statt so, wie es der Tarifvertrag fordert, auf feste Arbeitszeiten pro Tag zu pochen, ließ es der Fachbereich zu, dass die wirkliche Arbeitszeiten der Zusteller in Betriebsvereinbarungen geregelt werden. Diese werden von Arbeitsrichtern in Einigungsstellen festgelegt. Ein Streikrecht gegen die Entscheidungen gibt es nicht.

So sehen all die Vereinbarungen vor, dass mitbestimmungsfrei Überzeiten geleistet werden müssen, wenn die Menge der bereit gestellten Briefe oder Pakete dies erfordert. Als 2013 das Bundesarbeitsgericht bei einem ähnlich gelagerten Fall im Krankenhausbereich feststellte, dass den Einigungsstellen bei eindeutigen tarifvertraglichen Regelung eine Ermächtigung zur Festlegung von mitbestimmungsfreier Mehrarbeit nicht zustehe, revidierte ver.di seine Arbeitszeitpolitik für die Zustellung nicht.

Die Gewerkschaft hat mit dem Aufweichen tariflicher Standards selbst die Flanke geöffnet, in die jetzt die Post hineinstößt. Sowohl in der Arbeitszeitfrage wie auch in der Lohnfrage verteidigt ver.di nicht einmal die Regelungen des Tarifvertrages von 2003. Und wenn die Gewerkschaft unter Druck kommt, ist sie wie 2003 und 2010 immer bereit gewesen, für Neueingestellte verschlechterte Bedingungen als für die bisher beim Unternehmen beschäftigten abzuschließen. Dass eine Politik, die Erfolge nur noch auf Kosten eines Teils der Beschäftigten erreichen kann, irgendwann dazu führen wird, dass die Voraussetzungen für eine solidarische Tarifpolitik nicht mehr bestehen, scheint den Spitzengremien des Fachbereichs entgangen zu sein.

Der Vorstand der Post versucht nun, das gesamte Gefüge der Haustarifverträge ins Wanken zu bringen. Er schafft eine Situation, die mit den Mitteln der bisherigen Tarifpolitik kaum zu begegnen ist. Die Beschäftigten in den neuen Unternehmen werden sicher noch nicht kampffähig sein, wenn die jetzt auslaufenden Tarifverträge neu verhandelt werden. Und ob ver.di die KollegInnen im sog. Mutterkonzern zu einer Auseinandersetzung bewegen kann, in der sie für die Interessen der KollegInnen eines „anderen“ nicht von den Posttarifverträgen betroffenen Unternehmens eintreten, darf bezweifelt werden. Ganz unabhängig von der Frage, ob ver.di das überhaupt will.

Bisher keine Antworten von ver.di

In den kommenden Monaten will ver.di sowohl eine **Tarifauseinandersetzung für Lohn** ab Juni und ab **Anfang 2016 einen Auseinandersetzung zu dem sogenannten Beschäftigungstarifvertrag** führen.

Nun hat ver.di auch den Tarifvertrag zur Arbeitszeit gekündigt, – nicht etwa um den Kampf für die 35 Stunden Woche aufzunehmen, sondern um ab April 2015 handlungsfähig zu sein. Dann nämlich soll es mit der Firma Delivery losgehen. Wenn dort wirklich in dem Umfang wie angekündigt Paketzustellleistungen erbracht werden, würde die Post den mit ver.di geschlossenen Vertrag zur Fremdvergabe von max. 990 Bezirken an Fremdfirmen brechen. Ob auf diesem Wege eine Kompensation für die mit dem Abschluss des Vertrages erbrachten Zugeständnisse (Verkürzung der ter-Zeiten, Aussetzung der AZV-Tage) erreicht werden kann, ist mehr als unsicher.

Wenn man dann noch fragt, wie denn der Fachbereich aus dem Stand drei Tarifrunden in den kommenden Monaten bewältigen will, welche Ziele über die klassischen Forderungen hinaus aufgestellt werden sollen, erhält man derzeit keine Antwort. Die mittleren Funktionäre warten auf die Entscheidungen der höheren Gremien und die haben noch nicht entschieden. So vergeht wertvolle Zeit, um sich auf die Auseinandersetzung mit dem Unternehmen vorzubereiten.

Wir wollen hier nicht spekulieren wie die kommenden Tarifrunden verlaufen werden. Der Ausgang hängt von vielen Faktoren ab.

Bisher ist es in der Mitgliedschaft relativ ruhig. Wenn es denn aber los geht, kann es auch sein, dass die Beschäftigten den in den letzten Jahren aufgestauten Frust über die Arbeitsbedingungen bei der Post in die Tarifrunde legen und es unabhängig von den Forderungen von ver.di dem Unternehmen mal richtig zeigen wollen. Immer mehr reift unter den KollegInnen die Erkenntnis, dass ihre relativ komfortable Situation im Verhältnis zu den anderen Beschäftigten der Branche in Gefahr gerät, sollte sich der Arbeitsgeber widerstandlos durchsetzen. 02.03.2015 ■